

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3.30 Mk. monatlich, 1.10 Mk. wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat, eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (selbstgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 8. April 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

„Infame Lüge“.

Am 22. Februar 1904 hielt der Polizeiminister v. Hammerstein im preussischen Abgeordnetenhaus jene Rede, in der er die im Reichstag und in der sozialdemokratischen Presse aufgedeckte russische Kuffenschande zu verteidigen und zu verhüllen bemüht war. Er berichtete dies unmögliche Werk nach jener typisch gewordenen Methode, daß er Einzelheiten des gewaltigen Belästigungsmaterials als unrichtig nachzuweisen suchte. Mit ganz besonderer Enttäuschung aber stellte er damals in Abrede, daß die preussische Regierung so verworfen sein könnte, russische Deserteure an Väterchen auszuliefern. Wörtlich erklärte der Minister:

„Endlich hat der „Vorwärts“ am 18. Februar eine Warnung in die Zeitung gesetzt, die dann von anderen Zeitungen aufgenommen worden ist, daß am 4. Februar preussische Gendarmen zehn Deserteure gefaßt haben und bei Cheladyn den russischen Behörden ausgeliefert haben; es ist das im Regierungsbezirk Oppeln an der russischen Grenze. Diese ganze Darstellung ist eine mühsame Erfindung. Es sind weder russische oder andre Deserteure am 4. Februar oder vorher oder nachher gefaßt und selbstverständlich auch keiner der russischen Regierung ausgeliefert worden. Es ist weiter nichts als eine infame Lüge, die gemacht ist, um die preussische Polizei zu diskreditieren.“

Bei allem demokratischen Mißtrauen haben wir bisher nicht den Mut gehabt, eine Behauptung für wahr zu halten, die ein Minister öffentlich als „infame Lüge“ bezeichnet. Wir neigten in diesem Falle besonders gern dazu, an einen Irrtum der Preßredaktion zu glauben, weil wir aus dem ministeriellen Aufgebot starker Enttäuschung die immerhin erfreuliche Zueicherung entnehmen zu können glaubten, daß die preussische Regierung wenigstens sich den Rest von Feingefühl bewahrt habe, die Auslieferung von Deserteuren als eine unerträgliche Schmach und den bloßen Vorwurf dieser Handlung als eine schändliche Verleumdung zu empfinden. Das glaubten wir!

Seitdem brachten nun wiederholt höchst staatsverhaltende Blätter Nachrichten von Auslieferungen russischer Deserteure. An den Grenzorten sei es sogar zu Menschenjagden und Aufstößen aus diesen Anlässen gekommen. Selbst die zu jeder Unwahrheit bereite offizielle Presse schloß sich wiederholend den „infamen Lügen“, die nach dem Minister v. Hammerstein geeignet waren und bezweckten sollten, die preussische Polizei zu diskreditieren.

Jetzt wird nun von einer Seite, der Herr v. Hammerstein nicht die Tendenz zuschreiben wird, durch infame Lügen die Polizei diskreditieren zu wollen, behauptet, daß die preussische Regierung prinzipiell militärisch russische Auslieferung und in der Befolgung dieses Grundgesetzes so weit geht, selbst geisteskranken Russen aus deutschen Heilanstalten fortzuschleppen, damit Väterchen sie als Kanonenhüter verwenden könne.

Die „Berliner Morgenpost“ hatte berichtet, daß ein geisteskranker Russe Namens Pniower, der in die Kroppler Pflegeanstalt auf Lebenszeit eingekauft war, ausgewiesen ist. In ihrer Entscheidung richtet nun die „Verwaltung der Kroppler Anstalten in Kropff“ in einem öffentlichen Briefe eine Anklage gegen die preussische Regierung, die über alles Maß ungeheuerlich ist.

Die „Verwaltung der Kroppler Anstalten in Kropff“ richtet nämlich an die „Morgenpost“ das folgende Schreiben:

„Die Ausweisung des Pniower ist weder von uns veranlaßt noch gewünscht, sondern ist vom Regierungspräsidenten der Befehl zugegangen, Pniower an die russische Grenze zu bringen, weil die russische Regierung an die preussische Regierung die Bitte gerichtet habe, die in Preußen anwesenden, in militärisch-pflichtigem Alter stehenden Russen an die Grenze zu bringen. Und zwar ist dies auf Kosten der russischen Regierung geschehen. Pniower ist niemals der Anstaltsverwaltung lästig gewesen. Wir hätten ihn gerne behalten, und er wäre hier auch zweifellos geblieben, wenn nicht die russische Regierung ihn gefordert hätte. Wir sind auch jederzeit bereit, den jungen Mann wieder aufzunehmen, und haben nicht das geringste Bedenken, ihn hier zu verpflegen, aber die Macht, uns der Regierung zu widersetzen, haben wir nicht. Die Ausweisung des Pniower bringt der Anstalt nicht den geringsten Vorteil, da der junge Mann hier überall beliebt war und sich nach Kräften beschäftigte. Seine Ausweisung ist daher der Verwaltung im höchsten Grade unangenehm gewesen, und wir haben mit tiefem Bedauern ihn weggehen sehen. Die an die Ausweisung geknüpften Kritik der Anstaltsverwaltung ist daher völlig ungerechtfertigt, denn wenn wir irgend ein Mittel dessen hätten, Pniower zurückzuhalten, so wäre es nicht untersucht geblieben. Der Regierungspräsident in Schleswig hat auch keineswegs ein Interesse daran, den Anstalten in Kropff irgend einen Kranken abzunehmen. Derselbe hat lediglich einer allgemeinen Anordnung Folge geleistet.“

Kropff, den 2. April 1904.

Die Verwaltung der Kroppler Anstalten in Kropff.

Herr v. Hammerstein wehrte sich aufgeregt gegen die „infame Lüge“, die Regierung wäre im Stande, russische Deserteure auszuliefern. Hier wird behauptet, daß die Regierung — auf Wunsch Russlands — sogar die Pflegeanstalten durchstöbert, und Geisteskranke dem Genick aus Weiser liefert. Dieser unglückselige Russe ist doch gewiß kein „Anarchist“, die Anstaltsleitung stellt ihm das beste Zeugnis aus, keine Rücksicht auf die gemeinsame anarchische Gefahr kann also von der Regierung der Wälow und Hammerstein geltend gemacht werden. Offenbar ist die Verwaltung der Anstalten selbst über das Vorgehen so empört, daß sie sich entschloß, in die Öffentlichkeit zu flüchten.

Herr v. Hammerstein mähete mit Zug und Recht den Vorwurf als schärfste Beleidigung empfinden, daß die preussische Regierung Deserteure ausliefere. Dem nach dem geltenden Völkerrecht ist Auslieferung bei Verbrechen und Vergehen gegen militärische Pflichten, Desertion und Nichterfüllung der Wehrpflicht ausgeschlossen. Wenn die russische Regierung die Freiheit hatte, die preussische zu „bitten“, diesen Frevel wider alles Völkerrecht dennoch zu verüben, so wäre es Pflicht der preussischen Regierung gewesen, zum mindesten in einer geharnischten Note gegen diese die Ehre des preussischen Staates schamlos antastende Zumutung zu protestieren! Diese „russische“ Bitte ist eine tausendfach schlimmere Beleidigung der deutschen Ehre, als der von Fanatikern verübte Gesandtenmord in Peking, um dessentwillen doch der Nachzug nach China unternommen wurde.

Aber Russland, so scheint es, darf unsre Ehre mit Füßen treten, wir rechnen es uns noch zur Ehre an, die Krante zu lassen, die uns mißhandelt. Väterchen „bitten“, Preußen möge sich aus der Reihe der Kulturstaaten mit eigener Hand streichen, und der stolze und starke Staat der ja nichts fürchten soll wie Gott, lehnt sich nicht auf gegen die schamlose Verhöhnung, sondern beiläufig, die erbetene Prostitution zu verrichten — so behauptet die Verwaltung der Kroppler Anstalten. Ja, sie behauptet mehr: Selbst Geistesranke sollen in Preußen nicht mehr sicher sein vor der Jarentwort der preussischen Regierung! Ist nun also die „infame Lüge“, gegen die sich Herr v. Hammerstein wandte, jammervolle Wahrheit oder ist die Behauptung der Kroppler Direktion eine „infame Lüge“?

Darüber muß Klarheit geschaffen werden, unverzüglich! Es ist nicht zu dulden, daß Preußen um Russland willen Verbrechen an den allen Kulturvölkern heiligen elementaren Grundfragen des Völkerrechts begeht, noch dazu in einem Augenblick, da dieser völkerrechtliche Frevel allgemein als schwerer Neutralitätsbruch in dem russisch-japanischen Kriege wirken muß!

Der Kongreß von Bologna.

L

Rom, den 5. April.

Vom 8. bis zum 11. April wird in Bologna die sozialistische Partei Italiens ihren 8. allgemeinen Parteitag abhalten.

Auf der Tagesordnung des Kongresses stehen außer den üblichen Berichten des Parteivorstandes, der Fraktion und des „Avanti“ die folgenden Punkte:

- I. Das Eisenbahnproblem (Rofri).
- II. Das Abgabenproblem (Bonomi).
- III. Die Handelspolitik (Soldi).
- IV. Die süditalienische Frage (Ciccotti).
- V. Die soziale Gesetzgebung (Mucialdi).
- VI. Das Verhalten der Partei der Regierung und der Staatsform gegenüber (Vissolati und Labriola).
- VII. Parteiorganisation (Libardi und Guarino).
- VIII. Von den Sektionen vorgeschlagene Themata.

Unter den letzteren befindet sich die Frage der Beziehung zwischen Partei und Gewerkschaft, die Frage nach dem Verhalten der Partei gegenüber dem Eindringen der französischen religiösen Orden in Italien, das Schulwesen, die Alkoholfrage, die Frage nach der Taktik der Partei den Freimaurern gegenüber u. a. m.

Vorausichtlich wird kaum die Hälfte der Tagesordnung in Bologna ihre Erledigung finden. Man dürfte zunächst die Reihenfolge der Tagesordnung verschieben und gleich nach den Berichten die Hauptfrage des Kongresses erledigen: Das Verhalten der Partei der Regierung und der Staatsform gegenüber.

Die beiden Tendenzen, die zum erstenmal auf dem Parteitag in Rom (1900) sich einermäßen deutlich gegen einander abgrenzten, um sich dann im Medelampf von Imola so furchtbar in einander zu wirren, daß es scheinen mußte, es könnte überhaupt nur noch ein Hochmann aus ihnen kug werden, haben für den Parteitag von Bologna ihre Streitfragen auf einige praktische Hauptpunkte zurückgeführt. Man kann wohl sagen, daß dieses gerade die Hauptfrucht der Diskussion der letzten Wochen ist. In den vielen Hunderten von Parteiversammlungen, die dieser Tage zur Wahl von Delegierten und zur Diskussion der Kongressfragen in allen Teilen Italiens zusammengetreten sind, hat die Arbeiterschaft deutlich zu erkennen gegeben, daß sie keine zweite Auflage des Parteitages von Imola wünscht, daß sie des Uebermaßes der Theorie müde ist. Gerade nach dem in hohem Maße theoretischen lombardischen Parteitage von Brescia hat sich dies Bestreben gezeigt, die wichtige, geradezu entscheidende Abrechnung zwischen Revolutionären und Reformisten auf eine einfache, allen verständliche Formel zurückzuführen: kann die Partei im Parlament die Regierung unterstützen oder nicht?

Natürlich ist diese Frage nicht losgelöst von ihrem theoretischen Untergrund zu behandeln; sie hat aber den großen Vorteil, eine klare Situation zu schaffen. Diese Formel empfiehlt sich auch deshalb, weil sie über eine Sache von größter praktischer Wichtigkeit entscheidet, über die die Partei eine Richtschnur braucht und die gleichzeitig als Feldzeichen in dem theoretischen Streite dient, der seit Jahren unsre Partei zerreiht und der nur in die vom Wohle der Partei gebotenen Grenzen gekannt werden kann, wenn eine unzweideutige Kongressentscheidung darüber vorliegt, welchem Feldzeichen die Parteimehrheit mit Vertrauen folgt.

Die beiden Referenten über diese Frage vertreten die Extreme der beiden Tendenzen. Vissolati, der frühere Chefredakteur des „Avanti“ legt folgende Tagesordnung vor:

„Der Parteitag betont von neuem den Grundsatz, daß die Partei jeder Form und Richtung einer bürgerlichen Regierung gegenüber den selbständigen Charakter einer proletarischen Massenpartei zu behaupten hat, deren Endziel die Erlösung des Proletariats von der kapitalistischen Ausbeutung ist.“

„Der Parteitag erklärt, daß unter Verbeibehaltung dieses Charakters die Partei denjenigen Regierungsrichtungen Unterstützung gewähren kann, die hinlängliche Garantie dafür bieten, daß sie die Eroberung der jeweilig notwendigsten proletarischen Reformen durch das Proletariat begünstigen werden.“

„Der Parteitag spricht ferner die Absicht aus, sich der bestehenden Institutionen weiter zu bedienen, unbeschadet des Rechtes, seine Kraft für ihre Umwandlung einzusetzen, sobald sie den Forderungen des Proletariats ein direktes Hindernis bilden sollten.“

Der Korreferent, Labriola, hat seine in Brescia angenommene Tagesordnung auf Anregung des Genossen Kari Kautsky in mehreren Punkten modifiziert, so daß sie folgenden Wortlaut erhält:

1. Der Kongreß betont den dauernd und unverfälschten revolutionären und dem bürgerlichen Staate feindlichen Charakter der proletarischen Aktion, erklärt die Umgestaltung der politischen Organisation des Proletariats in eine vorwiegend parlamentarische, opportunistische, konstitutionelle und possibilistisch-monarchische Partei für eine Entartung des sozialistischen Geistes und verwirft, als dem Prinzip des Klassenkampfes und der proletarischen Eroberung der öffentlichen Macht zuwider, jene Zusammenarbeit des Proletariats mit der Bourgeoisie, die ihren Ausdruck in der Teilnahme von Parteimitgliedern an monarchischen oder republikanischen Regierungen findet, sowie in der systematischen Unterstützung eines bürgerlichen Kabinetts.

2. In Erwägung, daß jede reformatorische Tätigkeit in bürgerlichem Regime, auch wenn sie durch die Pression des Proletariats bestimmt und den Arbeitern teilweise nützlich ist — eben weil sie aus einem Zusammenstoßen proletarischer und kapitalistischer Interessen entspringt — immer unvollständig bleibt und den Grundmechanismus der kapitalistischen Produktion nie angreift, erklärt der Kongreß, daß die Herbeiführung der Reformen den bürgerlichen Regierungen zu überlassen ist, ohne parlamentarische Mitwirkung und ohne Kompromiß von Seiten des Proletariats, dessen Aufgabe darin besteht, jene Reformen anzuregen, herbeizuführen und zu kontrollieren, die offenbar die Eroberung vorteilhafter Positionen für die Entwicklung des Klassenkampfes gegen den Kapitalismus darstellen.

3. In Erwägung ferner, daß nicht nur die Grundzüge der sozialistischen Theorie in direktem Gegensatz zu den monarchischen Institutionen stehen, sondern auch die Ausbreitung eines monarchischen Possibilismus von Seiten der Reformisten augenblicklich die Notwendigkeit klarer und unzweideutiger republikanischer Prinzipien-erklärungen mit sich bringt, erklärt der Kongreß, unter Ablehnung jeder dogmatischen Formel, daß die Agitatoren ihre Tätigkeit auch darauf zu richten haben, das Bewußtsein der Unvereinbarkeit zwischen Proletariat und Monarchie in den Massen zu verbreiten.

4. In Erwägung endlich, daß die parlamentarische Tätigkeit der Partei gipfelt in der Propaganda, in der Einführung des Proletariats in die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten und in der Kontrolle der Regierungshandlungen, und die Partei nicht erwartet, im Parlamente den Sozialismus herbeigeführt zu sehen, weder durch Abschaffung des kapitalistischen Eigentums, noch auch durch jene vorbereitenden politischen und ökonomischen Eroberungen, die außerhalb der italienischen Verfassung liegen, erklärt der Kongreß, auf keine Angriffs- und Verteidigungsmittel der Regierung gegenüber zu verzichten und sich auch den Gebrauch der Gewalt vorzubehalten, falls diese notwendig werden sollte.“

Mit den Unterschriften hervorragender Parteigenossen versehen zirkuliert noch eine dritte Tagesordnung, die eine vorübergehende nicht systematische Unterstützung eines Kabinetts gelten läßt und etwa anberathen Spalten für ihre Motivierung beansprucht. Die Hauptkraft des Kongresses fällt auf die Abstimmung über diesen Punkt. Obwohl bereits die Verhandlungen von einigen hundert (gegen 250) Partei-Abteilungen vorliegen, bei denen sich, nach ungefährender Schätzung, Vissolati, „mittlere Tendenz“, und Labriola etwa zu einander verhalten wie 1 : 5 : 4, wäre es vorzuziehen, über den Ausgang Vorherfragen zu machen.

Denn es bestehen in Italien 1207 sich mit ihren Beiträgen auf dem laufenden befindliche Partei-Abteilungen, die berechtigt sind, 1273 Delegierte zu senden, je einen Delegierten auf hundert eingetragene Mitglieder oder auf jede Fraktion von 100. Hierbei sind 14 sezessionistische Sektionen, die zur Vertretung berechtigt sind, nicht einbezogen. Bei namentlicher Abstimmung wird — zum erstenmal auf italienischen Parteitag — nach dem bei den englischen Trade-Union-Kongressen üblichen System verfahren werden, nach dem jeder Delegierte soviel Stimmen hat, als er Mitglieder vertritt.

Nun findet der Kongreß gerade im Centrum der reformistischen Bewegung, in der Emilia, statt; voraussichtlich werden fast alle der dortigen Partei-Abteilungen, bei den geringen Reisekosten, Vertreter senden. Es handelt sich um 216 Sektionen mit einem Anrecht auf 229 Delegierte. Hier sind also Ueberraschungen nicht ausgeschlossen.

Soviel ist aber auch schon heute zu erkennen, daß eine Mehrheit zu Gunsten der Spaltung der Partei sich nicht finden wird. Die Mailänder Reformisten und Revolutionäre sowie die Neapolitaner Revolutionäre verhielten sich gegenüber der großen Masse, die die Einheit will.

Jedenfalls ist noch keiner unsrer Kongresse mit solchem Interesse von allen Seiten erwartet worden, wie dieser. Jede größere italienische Zeitung sendet einen Special-Verichterstatter. Von auswärtigen Genossen sind bis jetzt angemeldet Dr. Victor Adler aus Wien, Pappaport von der Parti Socialiste de France (Guesde-Bailant) und Dr. Robert Michels.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. April.

Zur Herero-Frage.

In Nr. 4 der Zeitschrift „Die deutschen Kolonien“, herausgegeben von Pastor Gustav Müller und Dr. E. Th. Förster, wird in einem Artikel „Zur Herero-Frage“ in ruhiger und von Sachkunde zeugender Weise das Raubhandels-System erörtert, das nach dem übereinstimmenden Zeugnis aller Sachverständigen eine der Hauptursachen des Herero-Aufstandes bildet.

Zunächst wird in dem Artikel in ihren wesentlichsten Bestimmungen jene Verfügung zur Einschränkung des Raubhandels mitgeteilt, die dann freilich in der Praxis zu den wüthendsten Exzessen der heutigen Händler geführt hat. Die am 23. Juli 1903 erlassene Verfügung lautet:

§ 1. Verbindlichkeiten Eingeborener aus Rechtsgeschäften mit Nichteingeborenen erlöschen innerhalb eines Jahres nach Abschluß des Rechtsgeschäftes, es sei denn, daß vor Ablauf dieser Frist der Gläubiger bei der nach dieser Verfügung zuständigen Behörde Klage erhoben hat. Abgehen hiervon findet eine Unterbrechung oder Demmung des Laufes dieser Frist nicht statt.

Die Klage-Erhörung gilt als nicht erfolgt, sobald der Gläubiger den Rechtstreit einschließlich der Zwangsvollstreckung innerhalb einer ihm zu stellenden Frist fortzusetzen unterläßt. Die Frist ist von der Behörde, bei der der Rechtstreit schwebt, unter der Androhung zu stellen, daß ihre Versäumnis das Erlöschen des Anspruches zur Folge haben werde.

§ 2. Ist die Verbindlichkeit des Eingeborenen gemäß den Vorschriften des § 1 erloschen, so ist der Nichteingeborene von dem Eingeborenen Rückgabe des Geleisteten nur in soweit zu verlangen befugt, als das Geleistete in einer nicht vertretbaren Sache besteht und sich noch im Vermögen des Eingeborenen befindet.

Eine Forderung auf Ersay wegen Verlust oder Verschlechterung der Sache ist ausgeschlossen.

§ 7. Der Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen aus den nach §§ 3, 4, 5 ergangenen Entscheidungen unterliegen diejenigen Vermögensgegenstände der Eingeborenen nicht, die notwendig sind, um ihnen und ihren Familien die Möglichkeit des wirtschaftlichen Bestehens zu sichern.

Der Gouverneur ist ermächtigt, allgemeine Vorschriften darüber zu erlassen, inwieweit hiernach das Vermögen der Eingeborenen von der Zwangsvollstreckung ausgeschlossen ist.

Diese Verfügung stellt einen so selbstverständlichen und bescheidenen Schutz der Eingeborenen dar, daß man billig darüber erstaunen darf, daß die Verfügung erst im vorigen Jahre erlassen worden ist. Muß man doch bedenken, daß die südwestafrikanischen Eingeborenen mit wenigen Ausnahmen des Lesens und Schreibens unkundig und deshalb völlig außer Stande sind, einen Handelsabschluß urkundlich festzulegen. Sie waren folgergestalt den Händlern völlig ausgeliefert. Bekanntlich ist es ja nach den Mitteilungen der Missionare oft genug vorgekommen, daß Eingeborene drei und vier Mal zahlen mußten, da sie sich keine Quittung hatten ausstellen lassen und nicht ausstellen konnten, da sie ja den Inhalt der Quittung doch nicht verstanden hätten. Da die Handelsgeschäfte der herumziehenden, zum Schuldenmachen probozierenden Händler andererseits nur in ganz vereinzelten Ausnahmefällen in Gegenwart eines glaubwürdigen Zeugen abgeschlossen werden konnten, waren die Eingeborenen gewissenlosen Ausbeutern rücksichtslos preisgegeben. Auch die obige Verfügung stellt keinen ausreichenden Schutz vor Uebervorteilung dar, sie versucht in ihrer Tendenz lediglich zu verhindern, daß die Eingeborenen durch den Raubhandel völlig zu Bettlern gemacht werden.

Doppelt unbegreiflich ist es, daß die Regierung solange gezögert hat, den Eingeborenen auch nur diesen minimalen Schutz zu teil werden zu lassen, da nach dem Artikel Major Leutwein bereits seit 1898 — also fünf Jahre vor Erlass der Verfügung! — auf eine Regelung des Kreditwesens gedrungen hat. Die Petitionen der Ausbeuter scheinen für die Regierung schwerer ins Gewicht gefallen zu sein, als die dringlichen Vorstellungen des Gouverneurs, ganz zu schweigen von dem Schutzbedürfnis von 200 000 Eingeborenen!

Ueber den Raubhandel selbst und die Wirkung der Verfügung erzählt ein in der Zeitschrift veröffentlichter Brief ungeheuerliche Dinge. In dem Briefe, der aus Ontjo vom 27. Januar d. J. datiert ist, heißt es:

„Die meisten Händler sollen im Felde ermordet sein und kann man hierin nur einen nicht unberechtigten Nachsatz der Eingeborenen sehen, die sich den unerhörten Vergewaltigungen und Brandschattungen der Händler widersetzen. — Die meisten dieser Händler, frühere Kellner, Maurer u. s. w., meist tief verschuldetes, hantrottendes Gesindel, eine Okahandja-Firma beschäftigt allein 142 solcher Gesellen (?), plündern den Eingeborenen systematisch aus, nehmen ihm das Vieh aus dem Staak zu Preisen, die der Händler vorschreibt. — Ein Händler in Karibib, früherer Kellner Namens W., erzählte vor Zeugen, daß er einem Kapitän einen Saak Mehl gegen Barzahlung zu 120 M. lieferte, wolle derselbe aber auf Bump kaufen, dann verkaufe er dasselbe Mehl zu 60 M. weiß er doch, daß er hernach das Vieh zu Preisen nimmt, die er selbst angiebt. (Wird eine Aufschneider sein.) — Das im Juli vorigen Jahres herausgegebene Gesetz über den Handel mit Eingeborenen, hat dem Paz den Boden eingeschlagen. (Mit diesen selben Worten kennzeichnete Dr. Förster-Berlin beim Erhalt der Nachricht vom Aufstand in der „Deutschen Tageszeitung“ dies Gesetz, gegeben im Juli zu Nordern), und jeder Händler hat genommen, was er hat fassen können, so hat z. B. ein Händler im November von einer Werts für 28 000 M. an Vieh weggetrieben und ein anderer, der 15 M. zu fordern hatte, aber einige Tage warten mußte, bis daß das Vieh herangeholt, hat sich seine Wertzeit gerechnet, daß er mit 4 Ochsen abzog. — Jeder Ochse hatte doch einen Wert von mindestens 60—110 M. (Thatsachen vielleicht übertrieben, Kern der Sache zutreffend.)“

Die eingeklammerten Anmerkungen stammen von den Herausgebern der Zeitschrift, die damit ihre strengste Objektivität an den Tag legen wollen und den Abdruck der Briefe nur unter Mitabdruck der Bemerkungen gestatten. Aber mag man auch ihre Meinung teilen, daß einzelne Angaben übertrieben sind, ihren Kern erklären die Herausgeber ausdrücklich für berechtigt!

Der Aufstand der Hereros stellt also einen Notwehrakt dar, wie er gerechtfertigt in der Geschichte nationaler Erhebungen gegen fremde Eindringlinge kaum jemals dargeboten ist! Wir müssen deshalb mit allem Nachdruck wiederholen, daß der angebliche Kemekebefehl Leutweins, wonach alle diejenigen, die sich an der Plünderung beteiligten, schonungslos bestraft werden sollen — offenbar doch mit Pulver und Blei! — eine furchtbare Härte darstellt!

Der Artikel „Zur Herero-Frage“ enthält auch noch eine interessante Stelle über die „Faulheit“ der Hereros:

„Nach § 7 der mehrfach angezogenen Verfügung unterliegen diejenigen Vermögensgegenstände der Eingeborenen der Zwangsvollstreckung nicht, welche notwendig sind, um ihnen und ihren Familien die Möglichkeit des wirtschaftlichen Bestehens zu sichern. Wir freuen uns von Herzen über diesen gerechten Schutz. Der Artikelschreiber der „Deutsch-Südwestafrikanischen Zeitung“ da-

gegen steht darin eine Prämie für die Faulheit der Eingeborenen. Er findet, daß dadurch ihnen die Möglichkeit gewährt wird zu leben, ohne zu arbeiten. Denn wenn anderwärts das wirtschaftliche Bestehen auf der Arbeit beruht, so ist dies bei den Eingeborenen des Schutzgebietes nicht der Fall. Sie sind in der Lage, bestehen zu können, ohne zu arbeiten.“ Das sind kindliche Vorstellungen. Daß nur ja unsere Zeitgenossen nicht davon hören! Vielleicht erwachte sonst in manchem ein unbezwinglicher Wandertrieb nach diesem endlich entdeckten Schlaraffenlande! Oder sollte wirklich das Aushalten von Hitze und nördlicher Kälte draußen auf einsamem Viehposten, das harte Spähen und Laufen, das Hungern und ängstliche Suchen nach einer Quelle in trockener Zeit, die nie verschwindende Sorge und die häufige Enttäuschung nicht auch „Arbeit“ sein? Wer wird denn so eug von Begriffen sein, die Tätigkeit eines erfolgreichen Hirten von diesem Ehrennamen auszuschließen! Und wenn dann der Herero seine Herden überblickt und an der Zahl der gehörnten Häupter, die ihm trotz der Dürre, der Minderpest und des geheimnisvoll drohenden Zwangsverfahrens geblieben sind, sich herzlich freut, — ist solche Gemütsbewegung sittlich nicht doch noch höher zu werten, als die Ergründung mancher fatten Europäers an totem Gold und kaltem Brumt?

Die Klagen unserer raffgierigen Afrikaner über die „Faulheit“ der Hereros wurzeln lediglich in dem Aergere, daß die Eingeborenen als Viehzüchter zum Teil eine selbständige Existenz fristen konnten, daß sie nicht alle gezwungen waren, als hablose Kulis für einen Spottlohn für sie zu hanteln!

Deshalb schreibt denn auch einer dieser Kolonisten in einem ebenfalls wiedergegebenen Brief:

„Dieser Krieg, so gräßlich wie er ist, wird den Nutzen zu einer wirklich rationalen Erschließung der Kolonien geben, denn wir erhalten die besten Gebiete und das nötige Vieh dazu.“ (!)

Und obendrein die völlig ausgeraubten Eingeborenen als Sklaven!

Minister Schönstedt und die Preshänder.

In den Ostertagen ist in Magdeburg ein deutscher Redakteurtag abgehalten worden, an dem sich etliche vierzig Herren beteiligten. Die Verhandlungen an sich haben keinen höheren Wert als die auf ähnlichen Veranstaltungen gepflogenen und man könnte daher über den Redakteurtag stillschweigend hinweggehen, wenn nicht ein Umstand einige Beachtung verdiente.

Unser Parteiorgan, die Magdeb. „Vollstimme“, berichtet nämlich über eine interessante Enthüllung, die der Vorsitzende der Versammlung, Herr Chefredakteur ten Brink von der „Germania“ gemacht habe. Die „Vollstimme“ schreibt:

Unter Hinweis darauf, daß die Herren Berichterstatter die Sache sehr distinkt behandeln möchten, teilte er folgendes mit: Er und zwei andere Herren (Vollrath, „Vollst.-Zeitung“, und Kippier, „Tägliche Mundschau“) seien beim Justizminister wegen der Selbstbeschäftigungsfrage vorstellig geworden. Anlaß dazu habe der Fall eines „Vorwärts“-Redakteurs gegeben, der drei Monate nach Regel gekommen sei. Der Justizminister habe sich sehr wohlwollend über die Presse geäußert, aber gebeten, von diesem begehrten Wohlwollen der Öffentlichkeit keine Mitteilung zu machen, da es eine eigne Sache sei, als Minister sich wohlwollend über die Presse zu äußern. Der Minister Schönstedt habe versprochen, bei den Gefängnisverwaltungen dafür zu sorgen, daß alademisch gebildeten Redakteuren Vergünstigungen beim Strafvolzug (Selbstbeschäftigung u. s. w.) jedoch keine Selbstbeschäftigung gewährt würden. Allein man solle auch davon „öffentlich nur ja kein Aufhebens machen“; dem betreffenden „Vorwärts“-Redakteur habe er dann sofort diese Vergünstigungen angewiesen. ten Brink teilte ferner mit, daß „maßgebende Personen“ auch wiederholt darum gebeten hätten, solche Redakteure, die Festungsstrafe erlitten, nur ja zu veranlassen, Memoiren über das Festungsleben nicht zu veröffentlichen. Es wisse sowieso schon jeder, daß man es in Weichselmünde z. B. derart gut habe, daß seiner Zeit Maximilian Harden während seiner Haft mehr in Danzig und Neufahrwasser, als in der Festung gewesen sei. Ja, Harden habe einmal sogar während der Dauer seiner Haft in Weichselmünde eine Wabekur in Neufahrwasser gemacht! Wenn man das der Öffentlichkeit auch noch mitteile, hätten es schließlich spätere Gefangene nicht mehr so gut.

Entweder in dem Referat des Herrn ten Brink oder in der Berichterstattung über dies Referat sind eine Anzahl Irrtümer enthalten, die durchaus der Richtigstellung bedürfen.

Als unser Kollege, der in einem der bekannten Hunnenprozesse zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden war, die Haft antreten sollte, hielt er es wie wohl alle Opfer der deutschen Preshverfolgung für seine Pflicht, nach Möglichkeit den Gesundheitschädigungen vorzubeugen, die der deutsche Strafvolzug im Gefolge hat. Er sprach mit dem Vorsitzenden des Vereins Berliner Presse, Herrn Vollrath von der „Vollst.-Zeitung“, über seine Haft, und Herr Vollrath gab seiner Gemüthsregung darüber Ausdruck, daß sich eine Gelegenheit biete, wo der Verein für eines seiner Mitglieder einträte und damit überhaupt in Sachen des Strafvolzuges an Preshverbrechern eine Besserung anstreben könne.

Am Tage nach seinem Eintritt ins Gefängnis konnte unser Kollege Herrn Vollrath in einem Schreiben mitteilen, daß, soweit es sich um seine eigene Angelegenheit handle, die geplanten Schritte gegenstandslos geworden seien, da die in Betracht kommenden Faktoren, Direktor und Arzt des Gefängnisses zu Regel, ihm ohnedies die gewünschten Erleichterungen bereits zugestimmt hätten. Schon vor seinem Eintritt ins Gefängnis hatte unser Kollege von der Gefängnisdirektion diejenigen Vergünstigungen bewilligt erhalten, die bei früheren Gelegenheiten zum Teil schon Preshverbrechern gewährt worden sind. Ihm wurde die Selbstbeschäftigung gestattet, er erhielt die Erlaubnis, auf die „Vollst.-Ztg.“ zu abonnieren, ihm wurde, selbstverständlich gegen Bezahlung, ein Kalesfaktor zur Reinigung seiner Zelle bestellt, er durfte außer eigener Kleidung und Wäsche auch sein eignes Bett benutzen, desgleichen nach Belieben korrespondieren; von andern kleinen, aber im Gefängnis immerhin in Betracht kommenden Erleichterungen nicht zu reden. Es handelte sich im wesentlichen nur noch um die Selbstbeschäftigung, und auch diese wurde unserem Kollegen nach am Tage seines Eintritts ins Gefängnis zugestimmt, nachdem er dem dort amtierenden Arzt ein entsprechendes Attest vorgelegt hatte.

Es sei zum Ueberflus bemerkt, daß alle diese „Vergünstigungen“ in der preussischen Gefängnisordnung ausdrücklich zugelassen sind und es in früheren Fällen einzig an den für den Strafvolzug verantwortlichen Personen gelegen hat, wenn, wie in Wlögensee z. B., über politische Gefangene völlig unnütze Qualen verhängt wurden. Einige Tage nach Empfang der erwähnten Nachricht teilte Herr Vollrath dem dem Gefangenen mit, daß er mit Herrn ten Brink doch zum Minister gegangen sei, wenn auch die günstige Erledigung der zum Anlaß genommenen Gelegenheit die Audienz formell gegenstandslos gemacht hätte. Ueber die Unterredung mit dem Minister erfährt unser Kollege nichts Näheres.

So liegt in Wirklichkeit der erwähnte Fall. Unser Magdeburger Partei-Organ hat recht, wenn es sagt, daß es hier durchaus nichts zu verheimlichen gebe und die angebliche Bitte des Herrn ten Brink um distinkte Behandlung der Sache unangebracht sei. Wenigstens in Berlin hat jeder gefangene Redakteur die Selbstbeschäftigung seit Jahren zugestimmt erhalten; und daß auch die Selbstbeschäftigung auf ein ärztliches Attest hin jetzt endlich einem

Preshänder zugestanden worden ist, das kann im Interesse der guten Sache, die die Journalisten aller Parteien in diesem Falle zu beschützen haben, gar nicht laut genug bekannt gegeben werden. Wir halten es für ganz selbstverständlich, daß die unsern Kollegen gewährten Erleichterungen auch seinen Nachfolgern zu teil werden. Die Gefängnishaft birgt ohnedies noch Qualen genug in sich.

Auch die Herrn Schönstedt in den Mund gelegte Behauptung, daß die erwähnten Vergünstigungen nur akademisch gebildeten Redakteuren zugedacht werden sollen, kann nicht zutreffen. Unsre hier in Betracht kommenden Redakteure sind nicht mit akademischen Graden ausgestattet und doch ist auch ihnen wenigstens der Anspruch auf Selbstbeschäftigung gewährt worden. Es wäre auch noch schöner, wenn da ein Unterschied gemacht würde. Ueber die angeblich so vorzügliche Behandlung politischer Festungsgefangener können wir nicht mitreden. Wir entsinnen uns aber, daß gerade Herr Harden über schwere Gesundheitschädigungen zu berichten hatte, die er seinem unfreiwilligen Aufenthalt in Weichselmünde verdankte.

Nachdem nun einmal auf dem Magdeburger Redakteurtag die Frage der Behandlung politischer Gefangener angeschnitten worden ist und auch wir, aus diesem Anlaß berichtend, unsre persönlichen Erfahrungen bekannt gegeben haben, darf man wenigstens wohl das eine hoffen, daß trotz Kusthat auch in den deutschen Gefängnissen außerhalb Berlins endlich einmal der gar zu standalösen Behandlung gefangener Redakteure ein Ende gemacht wird. Womit selbstverständlich die Forderung der gesetzlichen Regelung des Strafvolzuges nicht von der Bildfläche verschwinden darf. Denn nicht aus Gnade soll politischen Gefangenen die Behandlung zu teil werden, auf die sie in Kulturländern ein Recht haben.

Deutsches Reich.

Die sächsische Landeskonferenz.

Die Verhandlungen und Beschlüsse der Landeskonferenz unsrer sächsischen Parteigenossen setzen die Schreibfedern der bürgerlichen Presse in eifertige Bewegung. Namentlich die freisinnige Presse sieht wieder einmal den Versuch, die Socialdemokratie vor dem Terrorismus der — Socialdemokraten zu retten. Der Beschluß des letzten Tages, der, gegen wenige Stimmen gefaßt, die Einheit der Partei auch in der Frage der Aufstellung der Reichstagskandidaten festsetzt, hat es besonders der privilegiert berlinisch freisinnigen Vorkämpfer angehen, die dem Beschluß folgendes Agelied widmet:

„Aho sie haben sich wieder gedudt und Wölich unterworfen, alle bis auf neun. Zwar warf sich der Leiter der Versammlung in die Brust und rühmte beherzt, daß Chemnitz kein Dresden geworden sei. Und doch ist es dieselbe Komödie, auf der Landesversammlung wie im Trianonaal; schöne Reden, leidenschaftliche Auseinandersetzungen und zum Schluß die übliche Resolution zum größeren Ruhme der Parteileitung und ihrer Taktik, wobei nur noch eine winzige Minderheit den Mut hatte, gegen den Stachel zu lösen. Die Aeger sind gerichtet; vorerst ist die kleine Exkommunikation über sie verhängt; die große wird ihnen in Aussicht gestellt, und in Demut beugt die große Mehrheit ihr Haupt vor der allweisen Parteileitung und erhebt deren Unfehlbarkeit zum unantastbaren Dogma.“

Es war nichts mit der Souveränität der Wahlkreise, die von den „Genossen“ in Hschopau-Marienberg einstimmig gefordert wurde. Das nichts hat die Wählerkraft zu sagen. Was ist die Ruffe, was das Volk? Sie können zahlen und stimmen. Aber nicht stimmen, für wen sie wollen. Denn sind die Wähler eines Kreises allesamt einig. Einen Mann ihres Vertrauens als Kandidaten aufzustellen, so braucht nur ein Centralkomitee dazwischen zu kommen und legt seinen Willen an die Stelle des Wählerwillens, und wenn sich die Wählerkraft nicht geboriam fügt, so wandern die Prozesse zur endgültigen Entscheidung an die römische Kurie, nein, an die Berliner Parteileitung. Hat die gesprochen, so ist die Sache aus. Dann haben die Massen Disciplin, will sagen Kadavergehorsam zu beweisen und hüßlich eingebend zu bleiben, daß sie nichts als Stimmvieh sein sollen.

Das sind die praktischen Folgen des Beschlusses, der gestern in Chemnitz von der Landesversammlung der sächsischen Socialdemokratie gefaßt worden ist.“

Wenn das die glücklichen freisinnigen Wähler lesen, werden sie gewiß einsehen, daß die Geschichte mit dem freisinnigen Judensohne Bernstein als Landtagskandidaten keine Spur von Parteidiktatur darstellt. Auch die einstige freisinnige Größe Seyditz — die freisinnigen des Wahlkreises behaupteten zwar auch, der Mann sei ihnen von der Parteileitung aufgedrängt worden; aber das muß wohl nicht richtig sein. Freisinnige kennen so was gar nicht.

Doch im Ernst: aus diesem Gerede leuchtet nur der Kerger darüber, daß unsre sächsischen Parteigenossen in aller Ruhe und Sachlichkeit einen Beschluß gefaßt haben, von dem sie sich die beste Lösung etwa zukünftig auftauchender Differenzen versprechen. Der Kerger über die Einheit der Partei leuchtet auch aus den Auslassungen des „Berliner Tageblattes“ hervor, das nach Mitteilung einiger Äußerungen von der Chemnitzer Tagung schreibt:

„Diese Stichproben dürften genügen. Sie zeigen, daß die Mißstimmung über die autokratische Art, in der die Socialdemokratie geleitet wird, doch recht weite Kreise der Partei ergriffen hat. Daß die extreme Richtung nichts Besseres zu thun weiß, als auf die bürgerliche Presse zu schelten, die angeblich dem Parteivorstande in die Suppe gespuht habe, ist recht erheitend. Soll diese Presse vielleicht der Rebel-Wehring-Clique den Gefallen thun und an der Vorbereitung der sozialistischen Diktatur mitarbeiten? Das wäre doch eine Selbstverleugung, die ihr schlecht gelohnt würde. Umgekehrt gilt es, die breiten Massen so viel wie möglich über die Gefahren des sozialdemokratischen Terrorismus aufzuklären. Nach den Verhandlungen in Kappel darf man hoffen, daß auch innerhalb der Socialdemokratie die Wahrheit auf dem Marsche ist. Vielleicht ringt sich auch in Deutschland einmal ein Willensdampf durch, so sehr die radikale Socialdemokratie über ihn zittern mag.“

Dasselbe Lied stimmt die „Berliner Zeitung“ an, die behauptet, mit dem Chemnitzer Beschlusse sei der Fundamentalsatz der socialdemokratischen Taktik zu Grabe getragen. Herr v. G., der Verfasser des Artikels, müßte eigentlich schleunigst in unsre Partei eintreten, denn solange er draußen bleibt, wird er doch gar nicht in die Lage kommen, unsre Fundamentalsatzgrundsätze vor uns selber zu retten. Also los, Herr v. G., wir sind in großer Gefahr und brauchen einen tüchtigen Doktor, der uns wieder auf den rechten Weg bringt.

Sogar die „Postzeitung“ beginnt für Freiheit zu schwärmen und behaupten nicht mehr und nicht weniger, als daß in unsrer Partei so eine Art Soldatenmishandlungen geübt würden. Der Zusammenhang ist etwas seltsam, aber so ein „Esel“ bringt alles fertig. Die „Post“ schreibt also:

„In der That übt auch die Partei eine eiserne Disciplin, welche nicht nur mit Hilfe des Boykotts, sondern auch größter körperlicher Mishandlungen durchgeführt wird. Eine Beschwerde gegen solche Mishandlungen giebt es natürlich nicht für die „Genossen“. Und die Leute, die ein solches „Schlimm“ pflegen, zeteren fortgesetzt über militärische Mishandlungen, die verboten sind, die schwer bestraft werden und gegen die sich die Soldaten beschweren können. Das zeigt, daß es den Socialdemokraten weniger um die Abstellung von Mishandlungen an sich zu thun ist, da sie die selben ja von „Genossen“ auf jede Weise entschuldigen und zu beschönigen suchen, sondern daß es ihnen nur auf Anklagen gegen die Armee ankommt, um das Vertrauen zu derselben im Volke zu erschüttern und die Disciplin in derselben zu untergraben.“

So viel Lärm um die einfache Thatsache, daß eine Partei sich durch ihre freigelegte Generalversammlung ein Gesetz giebt, wie

ste Streitfälle in ihren Reihen am besten schlichten kann. Denn um nichts weiter handelt es sich, wie der gefasste Beschluß zeigt. Die Wahlkreisorganisation der Partei wird sich nach wie vor den Kandidaten anschauen, die Komitees, das sind die freigeählten Ausschüsse mehrerer Wahlkreise, haben das Recht zu prüfen, ob die getroffene Auswahl zu billigen ist. Und erst, wenn zwischen diesen und der Wahlkreisorganisation eine Differenz entsteht, sollen die obersten Parteinstanzen entscheiden. Das Gerde von Autokratie und Diktatur ist so unsinnig wie möglich. Die Instanzen unserer Partei, Ausschüsse, Komitees, Parteivorstand, sind ja auch nur selbstgewählte Verwaltungsausschüsse der Partei, die das Vertrauen der Mehrheit der Parteigenossen auf ihren Platz gestellt hat und die sich alljährlich der Neuwahl unterziehen müssen. Können sie am Schlusse ihrer einjährigen Amtsperiode ihre Maßnahmen nicht rechtfertigen, haben sie nicht im Sinne ihrer Auftraggeber gehandelt, dann werden sie nicht wieder gewählt. Demokratischer kann man gar nicht verfahren. Organisation bedeutet immer eine Einschränkung des Einzelwillens zu Gunsten der Gesamtheit. Die sogenannte volle Autonomie ist kein demokratisches, sondern ein anarchisches Ideal. Und die Demokratie in einer nur auf gemeinschaftliche politische Ueberzeugung gestellten, durch das gemeinsame Ziel zusammengehaltenen Partei kann nur in der Entscheidung der Mehrheit zum Ausdruck kommen. Der Chemnitzer Beschluß ist nichts weiter wie der Ausdruck des einheitlichen Willens der Mehrheit, und zwar der erdrückenden Mehrheit der organisierten Parteimitglieder und die Betonung der Einheit der Partei.

Die Königstreue des Generalissimus.

Wir hatten vor einigen Tagen auf die Behauptung des Herrn Normann-Schumann hingewiesen, daß die Majestätsbeleidigungen, um deren willen er verfolgt sei, in Wirklichkeit von dem Generalfeldmarschall Grafen Waldersee begangen worden seien. Hierzu schreibt die „Zukunft“:

Die Artikel, wegen deren Herr Normann-Schumann verfolgt wurde, hatten sich hauptsächlich mit dem Dienenleiden des Kaisers beschäftigt. Ich bin überzeugt, daß die Angaben, die er in den Prozessakten gemacht hat, der Wahrheit nahe kommen, überzeugt, daß er ihre Wahrheit beweisen kann. Und diese Ueberzeugung teilt mit mir mancher Vetterle. Wenn es gelang, den Kaiser als totkranken Mann hinzustellen und im Wandergelände deutscher Politik eine undurchsichtige Wirrnis zu schaffen, schlug für den „Kaiser“ die Stunde. Und dieser Meister war natürlich der fromme Mann, der mit ganz anderer Wirkung als Caprioli und Hohenlohe den unbotmäßigen Massen die Gebieterlaute zeigen würde. Wohl ausgekommen, Vater Lamormaini! Welches Interesse hätte Herr Normann-Schumann (der mittlerweile maoliert gegen seine eignen Artikel in der Presse polemisierte, um den Wirrwarr noch toller zu machen) sonst auch daran gehabt, mit Gefährdung seiner Haut über den Kaiser Nachles zu schreiben? Ein Mann seines Kalibers hätte sich viel eher doch der herrschenden Macht vermielet. Herr v. Tausch, der Kriminalkommissar, der den ungebildigen Goldsucher im Auftrag des großen Strategen oft zu ruhiger Raifon bringen mußte und als Angeklagter dann auf schwierigem Terrain so tapfer schwiag, hat vom Hause Waldersee Dank verdient.

Will man die ganze Tragweite dieser Behauptungen ermessen, so muß man bedenken, daß diese Majestätsbeleidigungen zum Teil in einem ausländischen Blatt, in einem Organ des französischen Erbfeindes verübt sind. Besonders auffällig ist und scheint die Richtigkeit der Behauptung zu stützen, so wahrhaftig sie klingt, daß in den Artikeln, die nachweislich der nachweisliche Agent Waldersees Normann-Schumann zum Druck befördert hat, der Graf Waldersee als „Chef der deutschen Reaktion“ angegriffen wird — eine Taktik, die nur den Zweck haben konnte, die Spuren zu verwischen.

Der gegenwärtige preussische Kriegsminister hat kürzlich im Reichstag erklärt: die Hauptfrage für einen Soldaten sei die Königstreue. Ihm sei ein Königstreuer Soldat, wenn er auch ein paar Ringe weniger schließt, lieber als ein Sozialdemokrat.

Frage: Gilt von der Königstreue daselbe wie von der Religion? Daß sie nur dem Volke, den Untergebenen erholten werden muß, während der höchste Offizier hinterlistig gegen die Majestät intrigieren darf?

Und wie steht es mit dem Monarchismus der konservativen Partei, deren Vertrauensmann Graf Waldersee gewesen ist!

Sollte man nicht alles Interesse haben, das Schweigen zu brechen und diesen jede Autorität erschütternden Skandal aufzuklären? Es kann doch nicht so schwer sein, sich des Herrn Normann-Schumann zu bemächtigen. —

Die Lotteriekonkurrenz. Jeder Bundesstaat will seinen eignen Spielteufel haben, der benachbarte wird ausgesperrt; jeder Bundesstaat will aus dem Lotteriespiel für sich allein profitieren. Andre Bundesstaaten sind im Spielparticularismus vorangegangen, Preußen thut nun das Seine. Das dem Abgeordnetenhaus zugewandene Gesetz will die Verstrafung des Spiels in außerpreussischen Lotterien und den Vertrieb von außerpreussischen Losen in umfassendem Maße und durch schwere Strafen herbeiführen.

Wer in außerpreussischen Lotterien spielt, wird danach mit Geldstrafe bis zu 600 M. bestraft. Wer sich dem Verkauf oder der sonstigen Veräußerung eines Loses, eines Losabschnittes oder eines Anteils an einem Lose oder Losabschnittes außerpreussischer Lotterien unterzieht, insbesondere auch, wer ein Los, einen Losabschnitt oder einen Losanteil dieser Art zum Erwerb anbietet oder zur Veräußerung bereit hält, wird mit Geldstrafe bis zu 1000 M. bestraft. Die gleiche Strafe trifft denjenigen, welcher bei einem solchen Geschäft oder einer solchen Handlung als Mittelsperson mitwirkt. Ist die Zuwiderhandlung durch eine Person begangen, welche Loshandel gewerbsmäßig betreibt, oder bei ihm gewerbsmäßig Hilfe leistet, oder ist sie durch öffentliches Auslegen, Ausstellen oder Aushängen oder durch Verlesen eines Loses, eines Losabschnittes, eines Bezugscheines, eines Anteilscheines, eines Angebotes, einer Anzeige oder eines Lotterieleines oder durch Einrücken eines Angebotes, einer Anzeige oder eines Lotterieleines in eine in Preußen erscheinende Zeitung erfolgt, so tritt Geldstrafe von 100 bis zu 1500 M. ein. Jede einzelne Verkauf- oder Betriebshandlung, namentlich jedes einzelne Anbieten, Vereithalten, Auslegen, Ausstellen, Aushängen, Verlesen eines Loses, eines Losabschnittes, eines Bezugscheines, eines Anteilscheines, eines Angebotes, einer Anzeige oder eines Lotterieleines wird als besonderes selbstständiges Vergehen bestraft, auch wenn die einzelnen Handlungen zusammenhängen und auf einen einheitlichen Vorfall des Täters oder Teilnehmers zurückzuführen sind. Noch höhere Strafen werden für Mißfall angedroht. Der Gelektwurf soll schon am 1. Juli 1904 in Kraft treten. —

Der Kardinal Ropp-Prozess soll nach zuverlässigen Informationen eine Neuaufklage erleben. Die Staatsanwaltschaft geht nämlich gegen polnische Zeugen, deren Aussagen in den neuerlichen Erklärungen und Verhörungen oberster Geistlicher als unwahr bezeichnet wurden, mit einer Untersuchung wegen Meineids vor! —

Eine Freispruchsthat. Aus Königsberg kommt dieser Nachklang von der Landtagswahl: Wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs hatten die Führer der Freisinnigen Volkspartei zu Königsberg ein hiesige Parteigenossen bei der Staatsanwaltschaft denunziert. Wie es in der Anklage heißt, sollen die Angeklagten am 2. November 1903 in die von den vereinigten liberalen Parteien zu einer Wählerversammlung gemieteten Räume widerrechtlich eingedrungen sein und außerdem die Angeklagten auf die Aufforderung des Vorsitzenden dieser Versammlung, des Stadtverordneten-Vorsitzers Th. Krohne, sich nicht entfernen haben, und zwar gewinnhaftig. Der Termin zu dieser Verhandlung vor der

Strassammer war auf den 7. April festgesetzt. Schon auf die Gegenstift des Verteidigers zur Anklage wurde gegen drei der angeklagten Genossen, worunter sich auch der leitende Redakteur der „Königsberger Volkszeitung“ befand, das Verfahren eingestellt, weil dieselben nicht hinreichend genug verdächtig erschienen. Da nun aber die übrigen acht Angeklagten zum großen Teil Angestellte der Redaktion und Expedition der genannten Zeitung sind, war tags zuvor den Abonnenten mitgeteilt, daß am 7. April die Zeitung nicht erscheinen könne, weil die Angestellten der Redaktion und Expedition an diesem Tage auf der Anklagebank sitzen würden.

Da geschah aber ganz was Merkwürdiges. Etwa 20 Stunden vor Statfinden des Termins wurde den Angeklagten vom Gericht mitgeteilt, daß der Termin aufgehoben und das Erscheinen der Angeklagten nicht erforderlich ist. Welches die Veranlassung zu der plötzlichen Aufhebung ist, ist noch nicht bekannt. —

Ueber den heutigen Geschichts- und Religionsunterricht

äußerte sich Professor Dr. Schwend-Stuttgart in folgender ehrlich-mannhafter Weise: Im Geschichtsunterricht sollte endlich mit der Forderung der Vollständigkeit gebrochen werden. Ländliches Wissen sei angesichts der vorhandenen Fälle doch nicht mehr erreichbar. Mit Recht verhält sich der Schüler die Territorialgeschichte. Tot sei für ihn ferner die preussische, bayerische, württembergische u. s. w. Lokalgeschichte. Wie entsetzlich kost mure ihm die Prozedur jener langweiligen, nichtssagenden Brandenburger an: Friedrich I., Friedrich II., Albrecht Achilles, Johann Cicero, Joachim I., Joachim II. (Weiterleit). So marmoralt wie ihre Bilder in der Siegesallee. (Große Weiterleit und Weisfall.) Wer kann von uns Lehrern selbst über sie Auskunft geben? (Weisfall.) Und ein 13jähriger Junge muß in einem weitverbreiteten Lehrbuch fünf volle Seiten über diese Rollen sich einprägen. Und die bayerische und württembergische Dynastengeschichte ist ganz ebenso öde und wertlos wie die preussische. Lassen wir doch die alten Wiedermänner in ihren Gräbern ruhen; uns Deutsche des Deutschen Reiches gehen sie gottlob nichts mehr an. Ebenio sei es mit der Religionsgeschichte. Nirgends herrsche so viel Inkonsequenz wie in diesem Fach. Der moderne Staat sei religionslos. Seine Mittelschulen seien paritätisch, und doch stehe der Religionsunterricht nicht nur an erster Stelle, sondern werde in einer weit über die Bedürfnisse der Bildung herausgehenden Weise eifrig betrieben. Demgegenüber müsse die Schule mit aller Entschiedenheit betonen, daß dieser Religionsunterricht Aufgabe der Kirche, nicht aber der Schulen, vollends der höheren Lehranstalten sei. Es sei nicht erforderlich, weshalb gerade die gebildeten Schichten dieser religiösen Bearbeitung intensiver ausgesetzt sein sollen als die andern, die nach dem Austritt aus der Volksschule sich voller religiöser Freiheit erfreuten. Redner fordert daher, daß die historische Belehrung über die Religion dem Geschichtsunterricht überwiegen werde.

Wie Professor Schwend denken viele Tausende unsrer Pädagogen. —

Majestätsbeleidigungs-Prozess wegen — Lachen. Der Fortbildungsschüler Sandjor in Scharlach in Oberschlesien soll bei Ausbringung eines Konfektstückes bei der Kaisergeburtstagsfeier gelacht haben. Eine eingehende Untersuchung wurde eingeleitet, die Anklage von der Preussener Staatsanwaltschaft erhoben, der Verbrecher aber freigesprochen. —

Husland.

Attentatsversuch gegen den König von Spanien?

Aus Barcelona wird amtlich gemeldet: Als der König die Arbeits-Ausstellung verließ, plachte eine Bombe. Zwei Landleute wurden verwundet; ein Verdächtiger ist verhaftet worden.

Spanien, das Land der Pfaffen, des Hungers und der Polizeibrutalität, ist naturgemäß auch das Land der Anarchisten. Trotzdem ist es höchst fraglich, ob das Attentat wirklich von anarchischer Seite ausgegangen ist oder ob es sich nur um eine Polizeiaktion handelt, die inszeniert wurde, um die längst entthüllten Tortur-Schneuslichkeiten der Polizei nachträglich in milderem Lichte erscheinen zu lassen. —

Ein ferneres Telegramm aus Barcelona vom 7. April besagt:

Der König besichtigte heute vormittag mehrere Weinlager und eine Weberei; er unterhielt sich mit den Arbeitern und äußerte, sein größtes Vergnügen sei, die Arbeiter zu schauen. Sodann besuchte der König die im Bau befindliche Kirche der Heiligen Familie. Ueberall wurde der König mit Jubel begrüßt, namentlich in den Arbeitervierteln, wo geslagt war.

Die Arbeiter werden über die naiven Erklärungen des siebzehnjährigen Königs wohl nachträglich die Köpfe gezuckt haben. Der junge König hat bis jetzt zum „Schutz“ der Arbeiter veräußert wenig gethan. Und es gäbe so unglücklich viel zu thun. Gerade aus Barcelona selbst wird uns gemeldet:

Es herrscht eine große Unruhe in Barcelona. Die Stimmung ist eine sehr erregte und zwar eine Folge der drückenden industriellen Krisis. Viele Fabriken sind vollständig geschlossen und in andre wird nur die halbe Tageszeit gearbeitet. Man befürchtet, daß auch in diesen die Arbeit bald ganz eingestellt wird. Die Zahl der Arbeitslosen nimmt immer mehr zu, gegenwärtig schätzt man sie bereits auf 6000. Personen, welche die Verhältnisse genau kennen, versichern, daß die Zahl bald noch größer sein wird.

Frankreich.

Zu dem bevorstehenden französisch-englischen Uebereinkommen wird dem „Matin“ aus London telegraphiert, um den Wünschen der mit Maroko in Verbindung stehenden englischen Kaufleute zu entsprechen, habe sich die französische Regierung verpflichtet, die Handelsfreiheit in Maroko für die Dauer von 30 Jahren zu verbürgen. —

Schweden.

Die Wahlrechts-Demonstrationen, die zu Ostern im ganzen Lande stattfanden, gaben von neuem den Beweis, daß die schwedische Arbeiterchaft unablässig in ihrem Kampfe für staatsbürgerliche Gleichberechtigung ausharrt und auch nicht gewillt ist, sich mit dem neuen Regierungsvorschläge zur Wahlrechtsreform zufriednen zu geben. In Stockholm beteiligten sich trotz des Schmutzwetters ungefähr 6000 Personen, darunter viele Frauen, an der Demonstration. Die Versammlungen, die vor der Stadt auf dem alten Sammelplatz von „Bill-Jons“ stattfanden, nahmen eine Resolution an, die mit den Worten schließt:

„Unser Volk hat so lange bei den Mächtigen um Gerechtigkeit gebittet, ohne daß auf seine Bitten mit etwas andrem als mit Hohn oder mit einem bedauernden Nein geantwortet wurde. Nun ist für das Volk die Zeit vorbei, um Gerechtigkeit zu bitten, nun fordern wir sie und fordern sie voll und ganz, und sollten unsre Worte auch nicht in dieser Reichstagsperiode Gehör bei den Mächtigen finden, so muß auf sie die Schuld fallen, wenn wir uns genötigt sehen sollten, zu zeigen, daß wir bereit sind, unsere Worten Handlungen folgen zu lassen. Nieder mit allen Verpfuschungsplänen. Her mit dem ehrlichen allgemeinen Wahlrecht!“

Die Verammelten marschierten in großem Demonstrationszuge mit sechzig Fahnen und zehn Musikchören in die Stadt nach dem Volkshaus, wo sich der Zug auflöste. Die Polizei beschränkte sich darauf, dem Zuge die Straßen frei zu halten. —

Außerdem fanden, soweit bis jetzt Berichte vorliegen, in circa 50 Städten Wahlrechtsdemonstrationen und Versammlungen statt, die alle den Verhältnissen entsprechend zahlreich besucht waren. In

Malmo beteiligten sich 4000 Personen, in Göteborg, wo Oranting sprach, 2000, in Gese 8000, in Drebro hatten sich ca. 5000 Personen auf dem Großen Markt versammelt, in Skovstad zählte man 8000 Teilnehmer und selbst in kleinen Städten und Orten waren teils hunderte, teils 1000—1500 Teilnehmer erschienen.

In verschiedenen Städten haben auch bürgerliche Reichstags-Abgeordnete zu ihren Wählern über die Wahlrechtsfrage gesprochen. Einige dieser Versammlungen erklärten sich ebenfalls für den sozialdemokratischen Wahlrechtsvorschlag, einige für den liberalen und einzelne für die Regierungsvorlage.

Asien.

Japanische Kultur und Bildung wird auch von China immer mehr geachtet und anerkannt. So halten sich zur Zeit 1400 Chinesen zum Zwecke ihrer Fortbildung in Japan auf; davon befinden sich 75 auf Universitäten, 8 auf hohen Schulen, 305 auf Mittelschulen und technologischen Instituten, 15 in Mädchenschulen, 4 in Primarschulen, 103 im Heere usw. Der älteste von diesen Chinesen ist 60, der jüngste 7 Jahr!

Mit solchen statistischen Ergebnissen stimmt recht gut die Auffassung des Grafen Leo Tokio überein, die dieser in den letzten Tagen einem Interviewer des „Figaro“ gegenüber bekundet hat. Tokio giebt der Ueberzeugung Ausdruck, daß Japan, wenn man es ruhiger Evolution überlasse, für die Kulturentwicklung der Menschheit in Zukunft noch etwas bedeuten könne. Die Eigenart der gelben Rasse bei uns Europäern noch viel zu unbekannt, als daß wir uns ein maßgebendes Urteil über ihre Entwicklungsfähigkeiten zu bilden vermöchten. —

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Eine bevorstehende japanische Massenlandung.

Soul, 6. April. (Meldung des Neuterischen Bureaus.) Ein vom Norden hierher zurückgekehrter amerikanischer Missionar meldet, auf der Höhe von Haidchu, fünfzig Meilen nördlich von Tschemulpo, befinde sich eine japanische Transportflotte, die aus vierzig, darunter einigen sehr großen, Schiffen bestehe. Man nimmt an, daß diese Flotte einen Teil der zweiten Armee, die erste und dritte Division, befördere, welche in Pönampfo gelandet werden sollen.

Von der Jalu-Wandung.

Tokio, 7. April. (Meldung des Neuterischen Bureaus.) Einer Drahtmeldung aus Soul zufolge laufen die japanischen Zugsdampfer ungehindert in die Jalu-Wandung ein. Die Landung geht an verschiedenen Punkten der koreanischen Uferseite des Flusses vor sich, wie man hier annimmt, unter dem Schutze japanischer Kanonenboote.

Ein Tungusen-Angriff.

London, 7. April. „Daily Mail“ meldet aus Shanghai, eine Räuberbande habe einen russischen Vorposten bei Liaojang angegriffen; eine Anzahl russischer Soldaten wurde getötet oder verwundet. Die Telegraphenleitung wurde von den Räubern zerstört und die Eisenbahn beschädigt. — „Daily Chronicle“ meldet, 5000 Mann russischer Verstärkungen seien nach dem Jaluflusse unterwegs.

Weiteres von der patriotischen Brandschakung.

Aus Petersburg wird uns von einem neuen Mittel berichtet, das die russische Regierung erfunden hat, um für den Kriegsfonds zu sparen. Bis jetzt schon blies bei der zwangsweisen Entreibung von „freiwilligen Beiträgen“ unter der ärmeren Bevölkerung niemand verschont, als etwa die Inassen der Gefängnisse; nun sollen auch diese noch zur Weiteher herangezogen werden! Die Verwaltung des bekannten Petersburger Gefängnisses „Krest“ (Kreuz) hat es fertig gebracht, die Sträflinge eines Teiles ihres lauren Verdienstes zu berauben.

Das seines Namens würdige Gefängnis dient als Untersuchungsgefängnis und zur Abkühlung von Gefängnisstrafen für „politische Verbrecher“. Das „Krest“ ist allgemein bekannt durch den raffiniertesten Ueberwachungsdiens, durch die Rigorosität des Regimes, das die Gefängnisinassen gänzlich von der Außenwelt isoliert (es werden z. B. gar keine neuen Zeitungen und Revuen zugelassen). Zum Ueberflus hat sich das Gefängnis im vorigen Jahre durch die bestialische Verprügelung seiner „rebellischen“ Inassen berühmt gemacht. In dieser Musteranstalt nun werden die Strafgefangenen zu Zwangsarbeiten angehalten, von denen ihnen selbst vier Fünftel des Verdienstes zu gute kommt, wovon noch die Hälfte zurückgehalten und zu einem „eisernen Fonds“ accumuliert wird, der dem Sträfling erst nach abgehaltener Strafe als „Betriebsfonds“ für ein neues Leben“ eingehändigt wird. Die Accordlöhne sind aber so absurd niedrig, daß z. B. ein Hespier ganze 40 Kopeken im Monat verdient!

Auf diese armseligen Kopeken ihrer Opfer hat es nun die Verwaltung des „Krestes“ abgesehen. Seit Anfang des Krieges werden in die Jellen frischeste Vullerins vom Kriegsschauplatz — natürlich lauter Siegesboischaften — geliefert. Beamte der Verwaltung erscheinen in den Kantinen und halten patriotische Ansprachen. Die Behandlung der Sträflinge wird eine überaus milde. Und die Moral von der Geschichte: man bittet um „freiwillige Steuern“, wobei sogar die Inanantastbarkeit der „eisernen Fonds“ aufgehoben wird. Natürlich opfern die Sträflinge unter einem solchen Druck ihrer Feiniger das verdiente Geld, und der blutige Schweiß der „politischen Verbrecher“ wandert zum Fiskus, um die zarischen Finanzen zu retten.

Krieg dem Kriege.

Die Redaktion der „Jolca“ hat zur Verbielfältigung und Verbreitung in Russland einige neue Flugchriften hergestellt: „Ein wahres Wort des Finanzministers“ (aus Anlaß einer Aeußerung des Ministers über die Verwendung der Spareinlagen), „Wer soll der Alleinherrscher Russlands sein?“ und schließlich ein Flugblatt zur Verhinderung neuer Judenkatwalle während der russischen Ostern, unter dem Titel: „Der braucht die Judenkatwalle?“

Partei-Nachrichten.

Ein sozialdemokratischer Jugendbund in Dänemark.

Am Gründonnerstag und Karfreitag fand in Kopenhagen ein Kongreß der sozialdemokratischen Jugendvereine Dänemarks statt, an dem auch drei Delegierte des schwedischen Jugendbundes als Gäste teilnahmen. Der Kongreß beschloß einstimmig, einen „sozialistischen Jugendverband“ zu gründen, dessen Zweck sein soll:

„Die sozialistischen Jugendvereine zu planmäßiger Arbeit für die Ausbreitung des modernen Socialismus unter der arbeitenden Jugend zu sammeln sowie eine antimilitaristische Agitation zu betreiben. — Ein agitatorisches sozialistisches Organ für die Jugendbewegung zu begründen und zu erhalten; eventuell sozialistische Schriften herauszugeben und größere Versammlungen in Begenden abzuhalten, wo die Jugendbewegung noch keinen Eingang gefunden hat.“

Sodann wurde einstimmig beschlossen, unter dem Titel „Ny Tid“ (Neue Zeit) ein Blatt zu begründen, das in stark sozialistisch-agitatorischem Geist geleitet werden und das offizielle Organ des Jugendverbandes sein soll. Als Redakteure wurden Arbeitsmann Chr. Christensen und Bankassistent Jørgensen gewählt. Das Blatt erscheint in Kopenhagen. Als Vorsitzender des Verbandes wurde Ed. Axelöre gewählt. — Beschlossen wurde ferner, einen Militärklub zu bilden, der zu lassen, der zur Agitation unter den in nächsten Tagen in Dienst tretenden Militärsplichtigen verbreitet werden soll.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Den Wahrheitsbeweis erbrachte hat in einer Beleidigungssache der Verantwortliche der „Frankischen Tagespost“, Genosse Eberhard in Nürnberg, aber dennoch wurde er verurteilt. In einer humoristischen Wochensplauderei war geschildert, wie gewisse Geschäftsleute den „unlauteren Wettbewerb“ durch Denunziationen bei Gericht zu bekämpfen suchen, wobei aber gewöhnlich nur Geschäftsneid im Spiele ist und weniger das Bestreben, dem „reellen Geschäft“ Schutz zu verschaffen. Es war ferner mitgeteilt, daß einer dieser Herren, der einen eignen Denunzierklub gegründet, dessen Vorstand er war, schleunigst seinen Austritt aus dem Verein erklären mußte, um nicht

ausgeschlossen zu werden, weil er sich selber wegen unläuterer Geschäftspraktiken vor dem Verein verantworten sollte, daß er von anderen Geschäftsleuten Schuße mit Pappdeckelsohlen gekauft, aufgeschritten und in seinem Schaufenster ausgestellt habe, um die Betreffenden zu blamieren, von denen ihm aber einer mit dem gleichen Mittel gedient habe. Dadurch fühlte sich der Schuhhändler verletzt getroffen. Das Gericht erkannte dahin, daß der Wahrheitsbeweis vollständig erbracht sei, doch müsse E. wegen formeller Verleumdung zu 20 M. Geldstrafe verurteilt werden.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

15. Sitzung vom Donnerstag, den 7. April 1904, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung gegen 1/2 Uhr mit einem warm empfundenen Nachruf für den um Berlin hochverdienten Direktor Jessen von der I. Handwerker-Schule. Die Versammlung hört die Worte des Vorsitzers stehend an.

Darauf wird in die sehr umfangreiche Tagesordnung eingetreten, deren Beratung zum Teil seit 3-4 Wochen rückständig ist.

Der Vorentwurf zum Neubau einer Anstalt für Hospitaliten in Buch hatte mit einem Kostenüberschlag von 8287 000 M. abgeschlossen, der von der Mehrheit als viel zu hoch in der ersten Lesung beanstandet wurde. In der Ausschussberatung hat man sich dahin geeinigt, daß die Anstalt für 1500 statt 1700 Hospitaliten entworfen, aber auf einmal (nicht zunächst nur für 500) ausgeführt wird; ferner die Gesamtanlage nach neueren Plänen des Stadtbaurats so zusammengezogen wird, daß die Kosten 6 1/2 Millionen nicht übersteigen, daß nur in der Hälfte aller Pavillons Aufzüge angelegt werden, daß endlich auch die sonstigen vom Anstaltorium des Friedrich-Wilhelm-Hospitals vorgezeichneten Forderungen Berücksichtigung finden, dabei aber von der Vergrößerung des Versammlungssaales Abstand genommen wird.

Referent des Ausschusses ist Stadtv. Barth (A. L.). Von den Stadtv. Hinge und Genossen (Soc.) ist beantragt, in allen Pavillons Aufzüge einzurichten.

Stadtv. Hinge: Wir werden der Vorlage auch in der neuen verkleinerten Form zustimmen, um dem Kostendeckelung in der Unterbringung unserer Hospitaliten schleunigst abzuhelfen. Wir wünschen aber wenigstens die Anlage von Aufzügen in allen Pavillons. Es handelt sich doch um alte, gebrechliche Leute, die zum Teil in der dritten Etage untergebracht werden sollen. Es würde sich nur um fünf Aufzüge mehr handeln, also um eine Mehrausgabe von 20 000 M. Die Kosten bei einer Gesamtausgabe von 6 1/2 Millionen keine Rolle spielen.

Stadtv. Dr. Langerhans: Behufs Verminderung der Ausgaben für diese Anlage ist im Ausschuss angeregt worden, nicht dreiflüchtig, sondern zweiflüchtig zu bauen. Ich bin meinerseits durchaus dafür, denn bei der Menge kostspieliger sozialer Aufgaben, die Berlin zu erfüllen hat, will ich billig bauen, wenn ich dabei ebenso gut, ebenso zweckmäßig und ebenso angenehm bauen kann. Der Plan des Stadtbaurats, die Dachgeschosse auszubauen, genügt mir nicht, und der Hinweis auf die Bauordnung für die Vororte, wonach mehr als drei bewohnte Geschosse übereinander nicht angelegt werden dürfen, ist nicht durchschlagend, da deren Geltung für Buch nicht feststeht. Sagen wir überall eine vollständige dritte Etage auf, so können wir mehr als 1500 Hospitaliten unterbringen, und das wäre doch sehr wünschenswert. Die Hospitaliten sind alte, gebrechliche Leute, aber keine Slesken (Widerstand), solche würden zu Unrecht dort sitzen. Diese Hospitaliten brauchen keine Aufzüge. Mit einer bis zwei erparnten Millionen können wir anderweit viel Gutes leisten. Ich beantrage deshalb ausdrücklich, die Häuser dreiflüchtig zu bauen. Mein Nachsinn, auch kein Argut kann gegen den dreiflüchtigen Ausbau etwas Stichthaltiges einbringen. Auch dreiflüchtige Hausbauten werden dem Verrat erlauben, architektonisch gefällige Bauwerke hinzustellen. Die Personenaufzüge beantrage ich ganz fallen zu lassen.

Stadtbaurat Hoffmann: In Herzberge, Dalldorf und Nuthofen hat Berlin durchweg zweigeschossige Pavillons gebaut und nur die Verwaltungsgebäude dreigeschossig errichtet. Man kann ja auf drei Geschosse noch ein Dach aufsetzen, aber benutzt werden darf dieses nicht, da die Bauordnung dem entgegensteht. Mache ich die Bauten höher, so muß ich sie auch weiter auseinanderziehen, und der Bau würde dadurch einen sehr veränderten Charakter erhalten; an Stelle des gemüthlichen deutschen Landhauses würde der massive italienische Baustil treten. In Italien verleiht man durch Rampen, Terrassen usw. diesen Gebäuden mit den flachen Terrassenhöfen Abwechslung; diese Ausführung möchte ich Ihnen auf eine Zeit zu verlegen vorschlagen, wo Berlin finanziell günstiger steht. (Heiterkeit.) Mit dem guten deutschen Wassercurm, den Sie ja genehmigt haben, würde diese italienische Anlage auch in einem merkwürdigen Kontrast geraten.

Stadtv. Körte (Fr. Fr.) hält mit dem Stadtbaurat dafür, daß die dreiflüchtige Anlage unzweifelhaft die Kosten noch steigern und die Ausführung des Baues noch weiter verzögern würde. Dagegen spricht er sich gegen die Hofhäuser aus.

Stadtv. Gottfried Schulz (Soc.): Unser Vorsitzender ist doch Arzt und weiß in Hospitalitäre genau Bescheid. Er wird wissen, daß im Friedrich-Wilhelm-Hospital 110 Leute liegen, die gar nicht mehr aus den Betten herauskommen. Dieses Hospital soll aufgehoben und nach Buch mit verlegt werden. Um so nötiger erscheinen also die Aufzüge. In sehr anerkenntniswerter Weise sind übrigens in dem neuen Hospital besondere Räume für die Wärterinnen projektiert. In dieser Beziehung ist es in den Berliner Hospitalitäre sehr übel bestellt.

Stadtv. Haberland (A. L.) stellt sich auf die Seite des Vorsitzers. Um die Frage der Giltigkeit der Bauordnung zu prüfen, sollte die Beschlußfassung bis über acht Tage ausgesetzt werden.

Stadtbaurat Hoffmann tritt auf Grund genauer Berechnungen mit Entschiedenheit der Auffassung entgegen, daß Bauanlagen billiger werden, wenn sie höher aufgeführt werden. Es würde doch geradezu grausam sein, ein für Hospitaliten bestimmtes Gebäude auf dem Lande, wo keine Feuerwehre ist, vierstöckig zu errichten.

Nach dieser Erklärung nimmt Stadtv. Haberland den Antrag auf Verlegung wieder zurück.

Der Antrag Hinge wird abgelehnt, desgleichen der Antrag Langerhans, die Gebäude dreiflüchtig zu errichten, gegen die Stimme des Antragstellers. Angenommen wird dagegen mit knapper Mehrheit der Antrag Langerhans, die Personenaufzüge aufzugeben. Mit dieser Wendung werden die Aufzughentwürfe angenommen.

In der nochmaligen Beratung des Wahlprüfungs-Ausschusses ist nach erneuter Prüfung der Behauptungen der

Proteste gegen die Wahl des Hoteliers Leis zum Stadtverordneten abermals mit 4 gegen 8 Stimmen der frühere Antrag auf Giltigkeit ausreicht erhalten worden. Die beantragte Beweiserhebung über unstatthafte Beeinflussungen und betreffs des belannten liberalen Flugblattes hat die Mehrheit wegen mangelnder Substantiierung der bez. Behauptungen abgelehnt.

Referent ist Stadtv. Nischel, der sich ausführlich über die einzelnen Protestpunkte verbreitet. Unter lebhaftem Polemik gegen die Ausführungen des Stadtv. Liebnecht bei der ersten Plenarverhandlung sucht er insbesondere nachzuweisen, daß die beantragte Beweiserhebung über die behauptete „Kommandierung“ zur Wahl von Leis nicht zulässig war, weil weder die Arbeitgeber oder Vorgesetzten in dem Protest namhaft gemacht sind, noch die angeblich angebotenen wirtschaftlichen Nachteile irgendwie spezifiziert waren. Man habe auch nicht gehört, daß in der Zwischenzeit irgend einem derjenigen, die sich dem angeblich ausgeübten Druck nicht fügten, derartige wirtschaftliche Nachteile zugefügt worden wären. Auch durch eine Vernehmung würde das Verhältnis der Stimmabgabe nicht alteriert, Herr Leis behielte immer die Mehrheit.

Stadtv. Liebnecht (Soc.): Wir haben heute den schon früher von uns gestellten Antrag auf Beweiserhebung wieder eingebracht. Die damalige Annahme des Antrags Goldschmidt involvierte nach

unserer Ueberzeugung die Vornahme der von uns beantragten Beweiserhebung. Es ist diese aber sehr bedauerlicherweise nicht beliebt worden; der Ausschuss hat nur nach einer weiteren Begründung seines früheren Antrages gesucht. Es ist schließlich zugegeben worden, daß Beeinflussungen auch außerhalb des Wahllokals möglich seien, aber das sollen nur antilich sein. Es ist doch aber einfach selbstverständlich, daß es auch wirtschaftliche Beeinflussungen giebt; ich werde einen durchschlagenden Fall dieser Art noch später vortragen. Mit dem Begriff des Wortes „substantiieren“ wird allerdings der größte Unfug gerade von Juristen getrieben; man pflegt sich darauf zurückzuziehen; wenn man von den Argumenten des Gegners nichts wissen will, oder wenn man ein böses Gewissen hat. Hier muß gerade mit dem gefunden Menschenverstand an die Sache herangetreten werden. Abgesehen von dem ebenfalls wesentlichen Protestpunkt, der das Aufschlagen des freisinnigen Wahlbureaus unmittelbar vor dem Wahllokal betrifft, kommt entscheidend die Drohung mit wirtschaftlichen Nachteilen in Betracht. Da kommen 34 Personen in Frage. Es soll nun nicht genügend ausgesprochen sein, von wem zu jener Zeit der wirtschaftliche Druck ausgeübt worden ist. Es ist aber doch angegeben, daß dies von den „Vorgelegten“ geschehen ist. Das genügt, denn zum Beweise der Behauptung bezieht sich der Protest doch auf die Wähler selbst. Kein Bericht, auch nicht das formalistische, würde dieses Beweisergebnis als unsubstanziiert erklären. Wenn nun „befohlen“ wird, Leis zu wählen, so genügt das doch ebenfalls. Zur genügenden Substantiierung des ausgeübten Druckes verlangt man genaue Angaben über die Geschehen, denen sich jeder einzelne Wähler bei Nichtbefolgung des Befehls aussetzte. Ja, die Herren belieben zu scherzen; genügt es denn nicht, wenn der Arbeitgeber seine Stellung mißbraucht zu solchem Befehl? Weiß nicht jeder Arbeiter und Angestellte, was ihm bei Ungehorsam passieren würde? Die Ausführung bestimmter einzelner Nachteile war nicht notwendig. Herr Nischel und Herr Hermes haben auch den Protest durchaus richtig verstanden; sie wissen ganz genau, wo man sich über die Wahrheit der Protestbehauptungen erkundigen kann; sie sind zu dem Inhaber des Hotels Bristol und zum Direktor des Hotels Kaiserhof gegangen, aber nicht zu den Arbeitern. Und jetzt will man hier die Versammlung mit Mitteilungen über solche ganz unverbindliche Gespräche mit den Hoteldirektoren lapidieren! Dieses private Vorgehen der beiden Herren hat gar keinen Wert für unsere Entscheidung. Man hat sogar über etwaige antisemitische Beeinflussungen private Erhebungen angestellt; in bestimmten Bezirken, wo der Referent antisemitische Einflüsse vermutet, hätten die Wähler fast durchweg antisemitisch gestimmt. Das genügt den Herren von der Ausschussmehrheit, weil es ihnen in den Kram paßt, aber die Protestbehauptungen genügen ihnen nicht. Bei der Wahlprüfung sind in Charlottenburg waren Wahlbeeinflussungen durch Freiber und Cigaretten behauptet worden, sowie die Gestattung der Verteilung von Wahlzetteln im Wahllokal. Ueber alle diese Punkte wurde Beweiserhebung beschlossen. Als die Wahl dennoch für gültig erklärt wurde, weil der Gegenkandidat nicht wahlfähig war, hat die gesamte freisinnige Presse ein ungeheures Geschrei erhoben, z. B. sprach das „Berliner Tageblatt“ von einem Skandal, daß ein solcher Mann in der Charlottenburger Stadtvertretung sitze! Wiegt denn etwa der Befehl des Arbeitgebers, die eventuelle Möblierung der ganzen Existenz, leichter als Freiber und Cigaretten? Seien Sie doch wenigstens so einsichtig, wie Ihre Gesinnungsgenossen in Charlottenburg. Sie haben gewiß alle den Artikel des „Berl. Tglbl.“ mit Wohlbehagen gelesen (Widerpruch) — so, Sie lesen also nicht einmal die Zeitungen Ihrer eigenen Partei! Sorgen Sie dafür, daß der Kollege Leis nicht auf Grund ganz ähnlicher Beeinflussungen in den Verband kommt, ein ähnlich ansehnliches Mandat in dieser Versammlung auszuüben. Wenn Sie sich hinter dem Wörtchen „unsubstanziiert“ verstecken, ist das ein Zeichen von bösem Gewissen. Warum fürchten Sie sich, die ausgeführten Verdächtigungen wie eine Seifenblase zum Platzen zu bringen? Doch wohl nur, weil Sie befürchten, es kommt doch etwas heraus. Man spricht hier von Verwilderung des Tones, wenn einem Socialdemokraten gegenüber gewissen Präjudicaten einmal die Worte herausfahren, wie ihm der Schmelz gewachsen ist; wenn man aber wie hier Wortklauberei läßt und sich durch Hinterhältigkeiten flüchtet, so treibt man einer Verwilderung des Parlamentarismus zu, vor der ich warnen möchte.

Stadtv. Galland (A. L.): Von dem Auftrag der Beweiserhebung ist keineswegs bei der Zurückverweisung an den Ausschuss die Rede gewesen. Das Entschieden über Wahlproteste nach Analogie anderer Fälle, die eben ganz anders liegen, ist völlig unstatthaf. Die Behauptung, daß das freisinnige Wahlbureau ein Teil des Wahllokals gewesen sei, ist entkräftet. Die Androhung von Nachteilen gegen Angestellte wird lediglich Hotelbesitzern nachgelagt; man hat deduziert, daß diese auf die Wahl eingewirkt haben, weil Herr Leis ein Hotelbesitzer ist. Dieser Protestpunkt ist ganz willkürlich konstruiert. Man vermeidet absichtlich, Namen zu nennen, man spricht von „Vorgelegten“. Wären doch die Protestheher die angeblich bedrohten Arbeiter befragt! Die Versammlung ist nicht dazu da, andern das Material zu besorgen. Die Protestheher sind gerade sehr gut beraten gewesen, wenn sie keine Namen nannten. Herr Hermes hat keinen Beweis erhoben, sondern sich lediglich informiert. Mein juristisches Gewissen zwingt mich zu der Auffassung der Ausschussmehrheit.

Stadtv. Marggraf (Soc.-fortschritt.): Der Referent hat uns eigentlich bloß eine Verteidigungsrede für den früheren Mehrheitsbeschluss gehalten. Die Zurückverweisung ohne Beweiserhebung ist ganz zwecklos gewesen. Es kommt lediglich darauf an, ob die behaupteten Thatsachen, wenn wahr, zur Kassierung führen könnten. Herr Hermes hat sich privatim erkundigt, das ist alles und natürlich vollständig irrelevant. Der „Vorgelegte“ ist bei allen 34 Wählern leicht zu ermitteln. Daß es genügen soll, wenn ein Hoteldirektor in Abrede stellt, einen Druck ausgeübt zu haben, ist ganz unerlässlich. Das Flugblatt ist allerdings nicht verbreitet worden, aber die Art, wie es zu stande kam und verbreitet werden sollte, ist doch sehr charakteristisch. (Zustimmung.) Gerade weil die unterlegene Partei jetzt nicht in der Versammlung vertreten ist, haben wir alle Ursache, so objektiv als möglich zu sein. Nehmen Sie den Antrag Antritt nicht an, so können wir für die Giltigkeit der Wahl nicht stimmen.

Stadtv. Dr. Neumann spricht sich unter lebhaftem Beifall der Socialdemokraten für die Erheblichkeit des behaupteten Mißbrauchs wirtschaftlicher Ueberlegenheit aus und lamm der mathematisch-kalkulatorischen Methode der Ausschussmehrheit keinen Geschmack abgewinnen. Er tritt für nochmalige Ausschussprüfung und Beweiserhebung ein.

Stadtv. Dove (A. L.) nimmt diese Methode als die Grundlage aller Mehrheitswahlen in Schach. Ihm ist es wie Herrn Galland auch ganz gleich, ob hier Herr Leis oder Herr Pregel sikt, dessen Parteirichtung ihm allerdings sehr unsympathisch sei; aber doch dieser Partei wegen einen Beweis über ganz vage Behauptungen zu erheben, sei unstatthaf.

Stadtv. Liebnecht: Herr Goldschmidt hat sich ausdrücklich für die Beweiserhebung ausgesprochen, und danach ist sein angenommener Antrag zu interpretieren. Ob das Flugblatt überhaupt nicht verbreitet worden ist, steht noch keineswegs fest; geschah es nicht, so gewiß nur deshalb, weil, wie schon Kollege Marggraf ausführte, die Sache zu früh bekannt wurde. (Zustimmung.) Herr Galland hat sich heute als Helfschel, als Medium erwiesen; er hat herabgeduldet, daß die Protestheher hervorragend juristisch gerissen waren, indem sie die Namen der Vorgelegten verschwiegen. Das ist sehr hehlerisch, aber auch sehr ungeschickt, denn wenn sie die Namen verhielten, weil sie sonst wegen Verleumdung bestraft worden wären, so mußten sie ihnen doch bekannt sein. (Weiterkeit und Beifall.) Die einseitigen Informationen der Herren Nischel und Hermes hätten gar nicht veranstaltet werden sollen; gleichwohl hat Herr Hermes seine nichtamtlichen privaten Erkundigungen dem Ausschuss als Material vorgebracht! Die Stadtverordneten sind hier zu Nichtern berufen und für solche sind diese Informationen keinen Pfifferling wert.

In dem Proteste sind doch die Zeugen benannt. Das genügt, sie können vernommen werden. Wollen Sie denn den Vorgelegten glauben, die eines strafbaren Verstoßes beschuldigt werden? Gerade die besten, die klassischen Zeugen sind uns angegeben. Herr Galland hat in einem unbedachten Moment gesagt: Wir besorgen doch nicht die Geschäfte anderer, wir besorgen unsere Geschäfte. Das scheint mir hier zuzutreffen, denn Sie weisen einen angebotenen Beweis mit nichtigen Gründen zurück. Damit geben Sie den Antisemiten das vorzüglichste Agitationsmaterial in die Hand. Damit schließt die Debatte.

Rach persönlichen Bemerkungen der Stadtv. Galland, Marggraf und Dove wird der Antrag Antritt in namentlicher Abstimmung mit 40 gegen 37 Stimmen abgelehnt und die Wahl für gültig erklärt.

Zum Neubau der Dranienbrücke, die eine feste Fahrbahn auf Ueberhöhung erhalten soll, werden insgesamt 528 000 M. und behufs baldigster Inangriffnahme der Arbeiten 200 000 M. als erste Rate pro 1904 gefordert.

Die Vorlage wird kurzer Hand einem Ausschusse überwiesen. Eine Reihe von Stiftungs-Etats wird en bloc ohne Debatte festgesetzt.

Behufs Verstärkung der Feuerlöschwachen in Theatern und ähnlichen Unternehmungen soll der Bestand der Feuerwehrt um 12 Oberfeuermänner und 57 Feuerwehrmänner vermehrt werden. Die daraus erwachsenden Gesamtkosten von 152 450 M. will der Magistrat durch Gebühren von den Unternehmern wieder zur Stadtkasse vereinnahmen. Der Entwurf einer Gebührenordnung wird gleichzeitig der Versammlung unterbreitet. Die Gebühr soll für jeden Chargierten 3,30, für jeden Feuermann 2,50 M. betragen.

Stadtv. Bamberg (A. L.) beantragt, hauptsächlich wegen der Gebührenordnung, Ausschussberatung.

Stadtv. Singer protestiert gegen eine so summarische Erledigung von Vorlagen, wie sie in den letzten zehn Minuten vorgenommen sei. Der Ausschuss bleibe ja eventuell ohne jede Direktive. Die zur Beratung stehende Vorlage begründet Redner mit größter Sympathie. Bei dem anstreifenden, verantwortungsvollen Dienst der Feuerwehre sei es ein Fortschritt, wenn die Ueberwachung der Theater nicht in die dienstfreie Zeit des Feuerwehrpersonals verlegt wird. Die der Versammlung zugegangene Petition der Theaterdirektoren bittet Redner umbersichtigt zu lassen. Er habe bisher von den Herren höher gebacht; es sei unglücklich, daß sie sich gegen die kleine, ihnen zugewandte Gebühr sträuben, und geradezu verwerflich, daß sie für den Feuerlöschdienst ihr technisches Personal heranziehen wollen. Das Resultat würde lediglich sein: Ueberbürdung des Personals und geringere Sicherheit des Publikums. Hoffentlich werde die Ausschussberatung keine Verzögerung oder Unbequemlichkeit verursachen. Vorzuziehen wäre jedenfalls die glatte Annahme der Vorlage.

Stadtv. Wallach bittet, diese wichtige Angelegenheit zu verlegen, da seine Fraktion nach den letzten angestrengten Wochen noch keine Stellung dazu habe nehmen können.

Die Verlegung wird abgelehnt und darauf die Ueberweisung der Vorlage an einen Ausschuss beschlossen.

Nach einer weiteren Magistratsvorlage soll das Inselfpeichergrundsstück für 3 1/2 Millionen Mark freihändig erworben werden. Vor zwei Jahren hatten die Eigentümer nur 3 1/2 Millionen gefordert.

Stadtv. Dinsie (A. L.) beantragt mit Rücksicht auf die auffällige Erhöhung des Kaufpreises Ausschussberatung, desgleichen Stadtv. Singer, der ebenfalls diese Erhöhung sehr beklammert findet und die Gründe des Magistrats für seine Zustimmung kennen lernen möchte. Ueber die Notwendigkeit der Erwerbung zu einem so hohen Preise für ästhetische Zwecke, über die Absichten der Verwendung des Terrains wisse man nichts.

Oberbürgermeister Rischnr.: Die Eigentümer haben früher gefordert, sich aber nicht an eine Frist gebunden. Bei der Expropriation würde die Stadt nach untrer Ansicht auch nicht billiger fahren. Nicht ästhetische Rücksichten sind maßgebend, sondern der dringend nötige Neubau der Inselfbrücke. Für diese und zur Regelung der Stromverhältnisse sind Teile des Speichergrundstückes erforderlich.

Die Vorlage geht an einen Ausschuss, desgleichen ohne Debatte das spezielle Projekt nebst Kostenanschlag zum Erweiterungsbau der Pumpstation V. Holzmarktstraße 81/83a.

Schluß 7/10 Uhr.

Wert. In dem Proteste sind doch die Zeugen benannt. Das genügt, sie können vernommen werden. Wollen Sie denn den Vorgelegten glauben, die eines strafbaren Verstoßes beschuldigt werden? Gerade die besten, die klassischen Zeugen sind uns angegeben. Herr Galland hat in einem unbedachten Moment gesagt: Wir besorgen doch nicht die Geschäfte anderer, wir besorgen unsere Geschäfte. Das scheint mir hier zuzutreffen, denn Sie weisen einen angebotenen Beweis mit nichtigen Gründen zurück. Damit geben Sie den Antisemiten das vorzüglichste Agitationsmaterial in die Hand. Damit schließt die Debatte.

Rach persönlichen Bemerkungen der Stadtv. Galland, Marggraf und Dove wird der Antrag Antritt in namentlicher Abstimmung mit 40 gegen 37 Stimmen abgelehnt und die Wahl für gültig erklärt.

Zum Neubau der Dranienbrücke, die eine feste Fahrbahn auf Ueberhöhung erhalten soll, werden insgesamt 528 000 M. und behufs baldigster Inangriffnahme der Arbeiten 200 000 M. als erste Rate pro 1904 gefordert.

Die Vorlage wird kurzer Hand einem Ausschusse überwiesen. Eine Reihe von Stiftungs-Etats wird en bloc ohne Debatte festgesetzt.

Behufs Verstärkung der Feuerlöschwachen in Theatern und ähnlichen Unternehmungen soll der Bestand der Feuerwehrt um 12 Oberfeuermänner und 57 Feuerwehrmänner vermehrt werden. Die daraus erwachsenden Gesamtkosten von 152 450 M. will der Magistrat durch Gebühren von den Unternehmern wieder zur Stadtkasse vereinnahmen. Der Entwurf einer Gebührenordnung wird gleichzeitig der Versammlung unterbreitet. Die Gebühr soll für jeden Chargierten 3,30, für jeden Feuermann 2,50 M. betragen.

Stadtv. Bamberg (A. L.) beantragt, hauptsächlich wegen der Gebührenordnung, Ausschussberatung.

Stadtv. Singer protestiert gegen eine so summarische Erledigung von Vorlagen, wie sie in den letzten zehn Minuten vorgenommen sei. Der Ausschuss bleibe ja eventuell ohne jede Direktive. Die zur Beratung stehende Vorlage begründet Redner mit größter Sympathie. Bei dem anstreifenden, verantwortungsvollen Dienst der Feuerwehre sei es ein Fortschritt, wenn die Ueberwachung der Theater nicht in die dienstfreie Zeit des Feuerwehrpersonals verlegt wird. Die der Versammlung zugegangene Petition der Theaterdirektoren bittet Redner umbersichtigt zu lassen. Er habe bisher von den Herren höher gebacht; es sei unglücklich, daß sie sich gegen die kleine, ihnen zugewandte Gebühr sträuben, und geradezu verwerflich, daß sie für den Feuerlöschdienst ihr technisches Personal heranziehen wollen. Das Resultat würde lediglich sein: Ueberbürdung des Personals und geringere Sicherheit des Publikums. Hoffentlich werde die Ausschussberatung keine Verzögerung oder Unbequemlichkeit verursachen. Vorzuziehen wäre jedenfalls die glatte Annahme der Vorlage.

Stadtv. Wallach bittet, diese wichtige Angelegenheit zu verlegen, da seine Fraktion nach den letzten angestrengten Wochen noch keine Stellung dazu habe nehmen können.

Die Verlegung wird abgelehnt und darauf die Ueberweisung der Vorlage an einen Ausschuss beschlossen.

Nach einer weiteren Magistratsvorlage soll das Inselfpeichergrundsstück für 3 1/2 Millionen Mark freihändig erworben werden. Vor zwei Jahren hatten die Eigentümer nur 3 1/2 Millionen gefordert.

Stadtv. Dinsie (A. L.) beantragt mit Rücksicht auf die auffällige Erhöhung des Kaufpreises Ausschussberatung, desgleichen Stadtv. Singer, der ebenfalls diese Erhöhung sehr beklammert findet und die Gründe des Magistrats für seine Zustimmung kennen lernen möchte. Ueber die Notwendigkeit der Erwerbung zu einem so hohen Preise für ästhetische Zwecke, über die Absichten der Verwendung des Terrains wisse man nichts.

Oberbürgermeister Rischnr.: Die Eigentümer haben früher gefordert, sich aber nicht an eine Frist gebunden. Bei der Expropriation würde die Stadt nach untrer Ansicht auch nicht billiger fahren. Nicht ästhetische Rücksichten sind maßgebend, sondern der dringend nötige Neubau der Inselfbrücke. Für diese und zur Regelung der Stromverhältnisse sind Teile des Speichergrundstückes erforderlich.

Die Vorlage geht an einen Ausschuss, desgleichen ohne Debatte das spezielle Projekt nebst Kostenanschlag zum Erweiterungsbau der Pumpstation V. Holzmarktstraße 81/83a.

Schluß 7/10 Uhr.

Verfammlungen.

Zum Streik der Vergolder. In der gestrigen städt. Besuchen Vergolder-Versammlung gab der Vorstand einen eingehenden Situationsbericht über den gegenwärtigen Stand des Streiks. Demnach haben sich bis jetzt ca. 400 bei den Ringfirmen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen als ausständig auf dem Streikbureau gemeldet. Die übrigen werden sich dem Streik anschließen, sobald sie ihre übernommenen Arbeiten fertiggestellt haben. Außerdem sind an dem Streik noch über 60 im Handels- und Transportarbeiter-Verbande organisierte Packer beteiligt, deren Forderungen folgendermaßen lauten:

Die tägliche Arbeitszeit beträgt 9 Stunden. Der Anfangslohn 22 Mark pro Woche. Nach dreimonatlicher Beschäftigung steigt derselbe auf 23 Mark, nach sechsmonatlicher auf 24 Mark, nach einem Jahre auf 25 Mark. Nach weiterer Beschäftigung für jedes Jahr steigt der Wochenlohn um 1 Mark bis zum Höchstlohn von 27 Mark. Ueberstunden werden von 5-7 Uhr abends mit 15 Proz. und darüber hinaus mit 20 Proz. Aufschlag vergütet.

Die Gesamt-Situation wurde als durchaus günstig bezeichnet, umfomehr, als die Fabrikanten ein so energisches Vorgehen der Arbeiter nicht erwartet hatten. Seitens der Berliner Gewerkschaftskommission ist ersucht worden, den Streik durch eine Vermittelung des Einigungsamtes beizulegen. Der Vertreter der Fabrikanten, Herr Rosenow, aber erklärte es für zweckmäßiger, wenn die Organisation der Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Angelegenheit ohne das Einigungsamt erledigen würden. Bis dahin sind indessen 12 Ringfirmen, 35 Zwißchenmeister und 4 Grundriestanalten strengstens gesperrt. Beschlossen wurde noch, daß jeder in Arbeit stehende Kollege und Kollegin mit einem Wochenslohn bis zu 18 Mark einen Extrabeitrag von 50 Pf. pro Woche, über 18 Mark jedoch einen solchen von mindestens 1 Mark pro Woche an die Streikklasse abzuführen hat.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Marine-Untersuchungskommission. Paris, 7. April. (B. T. S.) Ministerpräsident Combes hat im Einvernehmen mit dem Marineminister Pelletan die parlamentarische Marine-Untersuchungskommission zusammengestellt. Derselben werden u. a. die Deputierten Dauter, Lodron, Zanesson und Chaumet angehören, welsch letzterer Pelletan sehr scharf angegriffen hat. Die Obmänner der fünf ministeriellen Kammergruppen, darunter Jourds, ferner der Senator Clémenceau sowie eine Anzahl hoher Beamter der Marineverwaltung, des Staatsrats und des Rechnungshofes gehören der Kommission ebenfalls an.

Sturmopfer. Königsberg, 7. April. (B. T. S.) Wie die „Gartungische Zeitung“ meldet, ist bei dem Sturm in der vergangenen Nacht bei Rossitten (Kurische Nehrung) ein Fischerboot mit fünf Insassen gekentert, die sämtlich ertrunken sind. Heute nachmittag wurde das Boot mit den Leichen zweier Fischer, die sich angebunden hatten, an den Strand getrieben.

Shanghai, 7. April. (Meldung des „Reuterschen Bureaus“.) Die Russen haben längs der Küste von Zalushan und der Mündung des Jalu Flusses gelegt. Die japanische Armee in Korea hat jetzt verschiedene Punkte des Südflusses des Jalu erreicht.

Landeskongress der Sozialdemokratie Sachsens.

Chemnitz, 6. April. (Fig. Ver.) (Zweiter Tag.)

In der Vormittags-Sitzung wird die Debatte über den Bericht des Centralkomitees, in Betrefflichkeit über den Fall Göhre und den Revisionismus fortgesetzt. Grenz-Leipzig wendet sich scharf gegen die Revisionisten. So sehr man auch befreite, daß der Revisionismus im Falle Göhre eine Rolle spiele, so sei es doch Thatsache, daß der Geist Heines in der Versammlung umgehe und von jeder bei der Frage eine Rolle gespielt habe. Der Dresdener Parteitag komme den gewissen Herren in der Partei sehr ungelogen. Das sei zu begreifen. Dort sei eine Eiterbeule aufgeschloßen worden, leider habe man unterlassen, sie auszudrücken. Er sei der Ansicht, daß man noch hätte entschiedener gegen die Revisionisten vorgehen müssen, wie man es mit den Revisionisten von links in Erfurt gethan habe. Neben Heine und Bernstein sei es besonders Schippel, der durch seine Seitensprünge die Agitation erschwere. Bedauerlich sei, daß sich die Chemnitzer Genossen mit Schippel einverstanden erklärt hätten. Wenn man die unterschiedene Haltung der „Volksstimme“ in Betracht ziehe, sei es kein Wunder, daß der 20. Wahlkreis verloren gegangen sei. Es habe eben daran gefehlt, daß man das Princip nicht genug betont habe. Wenn man die Grundzüge der Partei mehr in den Vordergrund gestellt hätte, würde man in Jschopau-Marienberg auch besser abgeschnitten haben.

A d e n - D r e s d e n : Göhre habe einen Disciplinbruch begangen. Ein solcher habe oft noch schlimmere Wirkungen wie ein Verrat. Unter dem Socialistengeheß hatte man kurzen Prozeß gemacht, als Biered und Geiser die Disciplin dadurch verletzt hätten, daß sie den Ruf für den Kongress in St. Gallen nicht unterschrieben. Wenn der Fall Göhre auch etwas anders liege, so sehe doch fest, daß er sich eines Disciplinbruchs schuldig gemacht habe. Göhre habe zu einem Genossen gesagt: Ich pflege auf die Disciplin. Nun das sind mir schöne Genossen, die sich in solcher Weise über die Disciplin äußern. Ich habe Ihnen vorher gesagt, wie man mit Mitternachtsbesuchen, Biered und Geiser verfahren ist, als sie sich eines Disciplinbruchs schuldig machten, und jetzt will man mit einem Reuling, einem Ueberläufer aus dem bürgerlichen Lager eine ganz besondere Ausnahme machen! Wenn man nun sagt, der 20. Kreis wäre mit Göhre erobert worden, so sage ich, auf einen Kreis, der nur mit solchen Parteigenossen zu erobern ist, wollen wir lieber verzichten. (Sehr richtig!) Göhre ist selbst an allem schuld; ein Parteigenosse, der selbst aus dem warmen Federbette steigt, das ihm die Genossen zurechtgemacht haben, und sich daneben auf einen Steinhaufen legt, hat kein Recht, sich über Zurücksetzung zu beschweren.

Ich möchte aber noch erwähnen, daß wir in fast allen Kreisen Sachsens mehrere verdiente und befähigte Parteigenossen haben, die wohl im Stande wären, ein Mandat auszuüben. Da ist aber die Eifersucht der Parteigenossen untereinander das Hindernis, einen solchen Genossen aufzustellen; es gönnt keiner dem andern etwas, da greift man dann zu solchen Leuten, die erst aus dem bürgerlichen Lager zu uns gekommen sind. Die Parteigenossen sollten sich immer bewußt bleiben, daß es zehnmal besser ist, nach einem Proletarier zu greifen, als nach einem Ueberläufer aus dem bürgerlichen Lager. Die Komitees haben Dank und Anerkennung verdient, da sie eingegriffen und so verhindert haben, daß Göhre wieder auf den Schild erhoben wurde. (Beifall.)

S c h i p p e l - V e r l i n : Die Verhandlungen sind bisher glimpflich verlaufen, vorher hat man mir gesagt, Chemnitz würde ein zweites Dresden. Es hat sich bisher gezeigt, daß man falsch prophezeit hat. Freilich auch ich bin im Irrtum gewesen, als ich annahm, mein Fall würde gar nicht mit zur Erörterung kommen. Die Angelegenheit schwebt noch, wie Sie wissen; es handelt sich um Ausführungen, die ich in einer Berliner Versammlung gemacht habe. Man sagt, es bestände ein Widerspruch zwischen meinen Darlegungen und den über Zollfragen in der Partei herrschenden Ansichten und den Ausführungen maßgebender sozialistischer Schriftsteller. Ich habe aber in jener Versammlung gar nicht meine Ansichten vorgeführt, sondern die Zuhörer in dieser Hinsicht auf mein Buch verwiesen. Ich habe dann dargelegt, warum die Schulzollbewegung gegenwärtig in Deutschland so stark ist, warum Industrie und Landwirtschaft und die kleinen Bauern — nicht wie es bei uns heißt, nur die Großgrundbesitzer — so entschiedene Anhänger der Schulzölle sind. Es ist von mir weiter darauf hingewiesen worden, daß wir mit diesen schulzöllnerischen Bestrebungen als vorhandenen politischen Faktoren rechnen müssen, damit diese Bewegung von uns richtig erkannt und gewürdigt werde; denn ohne eine richtige Abschätzung der Kräfteverhältnisse und der politischen Strömungen kann man keinen politischen Kampf führen. Die Fraktion hat mich nun aufgefordert, mich über die Zollfrage einmal gründlich auszusprechen; das ist nicht leicht (Zwischenrufe), denn ich habe mich schon oft darüber ausgesprochen, und klarer als früher könnte ich es kaum thun. Aber ich will es doch versuchen. Zunächst muß ich mir aber doch überlegen, ob ich den Fraktionsbeschlüssen anerkenne; auch zu dieser Ueberlegung bedarf ich einiger Zeit. Ich kann auch verlangen, daß der Fraktionsbeschluss vom Parteitag aufgehoben wird; ob ich das thun werde, weiß ich noch nicht bestimmt. Entschliche ich mich aber dazu, dann werden wir zum drittenmal die Zollfrage auf der Tagesordnung des Parteitages haben, und zwar jedesmal mit einem Schulzöllner als Referenten. Das erste Mal habe ich über diesen Punkt referiert und das zweite Mal — dazu kann man doch schließlich nur Leute nehmen, die etwas davon verstehen — der Genosse Colmer. Nun werden wir uns eventuell zum drittenmal damit beschäftigen müssen. Auf dem österreichischen Parteikongress ist Dr. Karpeles als Referent mit einer Enghäusigkeit als Schulzöllner aufgetreten, die mich in Verwunderung gesetzt hat. Widen wir nach der Schweiz; an der Spitze der dortigen Arbeiterbewegung steht der Ihnen allen bekannte alte Genosse Greulich, dessen Name einen guten Klang hat und der einer der intelligentesten Parteigenossen ist. Und Greulich ist der Agrarzöllner, er sagt: wir müssen für die kleine Landwirtschaft sorgen, wir dürfen die kleinen demokratischen Bauern nicht zusammenbrechen lassen. Der Schweizer Parteitag hat die Greulich'schen Ansichten zwar zurückgewiesen, aber solche Erörterungen, wie die Stellungnahme Greulich's, müßten uns doch veranlassen, die Dinge ruhig und objektiv zu behandeln. Parteigenossen, hier stimmt etwas nicht bei uns (Zwischenrufe des Genossen Geyer: Sehr richtig!), wir müssen hier gründlich untersuchen, diese Fragen müssen tolerant diskutiert werden; man darf nicht aus jedem Wort einen Strich zu drehen versuchen. (Sehr richtig!) Ich habe nicht die geringste Befürchtung, Genossen, daß man mir hier einen Strich drehen möchte, ich hoffe vielmehr, daß wir uns in aller Ruhe auseinandersehen werden. Ich habe in vielen Dingen eine andre Meinung, das weiß jeder, und bis zum zu Zeiten für andre als die in der Partei herrschenden eingetreten, aber das ist mein gutes Recht, innerhalb der Grenzen unserer Bewegung und unseres Programms, und dieses Recht lasse ich mir auch nicht nehmen, weder von der Fraktion, noch von einer Landeskongress, noch von einem Parteitag. Man wird auch verstehen müssen, daß man über manche Dinge verschiedener Ansicht sein kann. Man wird nicht sagen können, daß es meine Sache sei, den Leuten meine Meinung aufzudrängen; man wirt vor dem Gegenteil vor, ich mache meine Ansicht nicht geltend. Ich habe aber keine Reue, Parteireisenden zu informieren. Parteigenossen! Wie ist bei uns noch jeder Streik aufgelassen? Mit Carl Mühs und der materialistischen Gesichtsauffassung hing es immer an und mit einer dreieigen Kampfabstufung hörte es jedesmal auf. (Lärm.) Und weil ich zu solchen Auseinandersetzungen keine Lust habe, halte ich mit meiner Meinung zurück. Wenn man aber

will, muß ich sie geltend machen. Ich werde in meinem Falle, wie schon erwähnt, dem Fraktionsbeschlusse nachkommen oder mich an den Parteitag wenden. Damit können wir die Sache ruhen lassen, schließlich kann man mit meinem Fall doch nicht jede Instanz inkommodieren.

Der Redner recapituliert darauf die in der Chemnitzer Versammlung angenommene Resolution über seine Haltung zu Zollfragen und betont, daß diese der Situation durchaus entspreche. Es könne keine Rede davon sein, daß er je mit seinen abweichenden Ansichten über die Schulzölle den einheitlichen Kampf gefährdet habe. Wenn die Gegner einzelne Aeußerungen von mir ausnutzen und einzelne Genossen dann damit überfallen, so ist das Sache der betreffenden Genossen.

Ich möchte noch mit einigen Worten auf den Fall Göhre zurückkommen, weil einige Punkte noch nicht genügend aufgeklärt sind. Was wir bisher gehört haben, erschöpft nicht die ganze Frage. Man hat über Göhre abgeurteilt, ohne den Versuch einer Verständigung zu machen. Mit der beschlossenen Erklärung, die dann veröffentlicht worden ist, sind die Komitees vor ihn hingetretten und haben ihm so die Pistole auf die Brust gesetzt. Es bedarf auch noch der Aufklärung, weshalb die Erklärung veröffentlicht worden ist, obgleich man wußte, daß die Reichstagsfraktion eine Verständigung angebahnt und ihrerseits verhindert hatte, daß eine von ihr beschlossene Erklärung in der Parteipresse veröffentlicht wurde. Ich habe Göhre erst vor einigen Wochen kennen gelernt und ihn dabei als einen der tüchtigsten Menschen schätzen gelernt, die mir je begegnet sind, und ich bedauere tief, daß man diesen Mann systematisch schuhriegelt und ihm so jede Thätigkeit unmöglich macht.

R i e h e l - G r o s s e n h a u b e t o n t , daß Geyer, wie sie Göhre gemacht, die Kampffähigkeit der Partei beeinträchtigen.

G r a d n a u e r - V e r l i n : Schippel's Jollpolitik sei eine Frage für sich, die gründlicher Erörterung bedürfe und die auf der Landeskongress nicht ausgetragen werden könne. So sehr er geneigt sei, Schippel wohlwollend zu beurteilen, so schwer werde ihm, seine Stellungnahme zu verstehen. Es ist schwer, ein klares Bild von seinen Ansichten zu gewinnen. Was die Kandidatur Göhre betrifft, so erkläre ich, daß ich dieser Kandidatur nicht im Wege gestanden habe. Ich hatte die Ueberzeugung, daß Göhre ohne Gefahr eine Kandidatur erhalten könne. Angesichts der scharfen Angriffe, die gegen Göhre gerichtet worden sind, und der verschiedenen gegen ihn gerichteten Behauptungen ist es bedauerlich, daß er heute nicht anwesend ist; der Fall Göhre kann nur richtig beurteilt werden, wenn man alle die hierbei in Betracht kommenden Verhältnisse in Betracht zieht, die auf ihn eingewirkt haben. Wir sind leider in Parteidingen oft sehr wenig tolerant und leicht grollsam. (Zurufe.) Wie habe man gegen Göhre gehandelt? Ich spreche ihn gewiß nicht frei, aber sein Unrecht ist nicht von dem ganzen Parteistreit zu trennen. Ich gebe zu, daß es nebensächlich ist, ob Göhre im Reichstage sitzt oder nicht. Wir hätten aber doch vielleicht dadurch gewonnen, daß wir durch ihn einmal interessante Debatten mit Stöder bekommen hätten. (Heiterkeit.) Es ist aber notwendig, die Sache mit Ruhe und Sachlichkeit zu erledigen. Es ist auch ein Fehler, daß man Meinungsverschiedenheiten über Gebühr aufbläht. Wir werden zu leicht erbittert und bringen Persönliches in die Debatte hinein. Der Redner warnt im übrigen davor, den vereinzelt dastehenden Fall zum Anlaß zu nehmen, das Organisationsstatut zu ändern.

H o f f m a n n - V e r l i n : Er teile die Ansicht Geyers nicht, daß ein Kandidat der sächsischen Sozialdemokratie auch Sachse sein müsse. Berlin habe mehrfach Kandidaten aus Sachsen geholt, er erinnere nur an Webel und Liebkecht. Göhre habe Disciplinbruch begangen und die Partei geschädigt. Genosse Schippel hat uns heute wieder verschiedenes über die Jollpolitik in der Schweiz und Oesterreich gesagt, er hat uns erzählt, wie Greulich und andre über die Schulzölle denken, aber welche Ansichten er darüber hegt, darüber haben wir wieder nichts erfahren.

D i e G e n o s s e n R i e h e l - J s c h o p a u u n d L e h m a n n - O l b e r n b a u v e r t e i d i g e n n o c h m a l s d e n S t a n d p u n k t d e r G e n o s s e n d e s 20. W a h l k r e i s e s .

G e y e r - L e i p z i g w e n d e t s i c h s c h a r f g e g e n G ö h r e u n d S c h i p p e l . D e r l e z t e r e h a b e w i e d e r a u f h ä r e r e E r k l ä r u n g e n v e r t r ö s t e t , a b e r n i c h t g e s a g t , w a s e r w o l l e . S e i n e M e i n u n g s ä u ß e r u n g e n u b e r J o l l f r a g e n h a b e n d i e P a r t e i i n d e n K ä m p f e n g e g e n d e n J o l l t a r i f s c h w e r g e s c h ä d i g t . G ö h r e h ä t t e a l l e n V o r s t e l l u n g e n z u m T r o y n i c h t v e r z i c h t e t u n d n o c h i n l e t z t e r S t u n d e g e s c h w a n k t . D a d u r c h h ä t t e e r d e n G e n o s s e n i m 20. K r e i s e d i e F e i t z u r A g i t a t i o n g e r a u b t .

G e y e r - L e i p z i g w e n d e t s i c h g e g e n S c h i p p e l . A u s s e i n e n A u s f ü h r u n g e n g e h e h e r v o r , d a ß i h n n i c h t i n t e r e s s i r t e u n d i h m a l l e s g l e i c h g ü l t i g s e i .

N a c h d e r M i t t a g s p a u s e w i r d e i n S c h l u ß a n t r a g a n g e n o m m e n , w o a u f S i n d e r m a n n d a s S c h l u ß w o r t e r h ä l t . E s f o l g e n e i n e R e i h e p e r s ö n l i c h e r V e m e r k u n g e n .

S c h i p p e l b e s t r e i t e t , g e s a g t z u h a b e n , d a ß e r n i c h t s e h e , h ö r e o d e r l e s e . E r h a b e n u r b e h a u p t e t , d a ß e r a l s P a r t e i g e n o s s e u n d P a r t e i s c h r i f t s t e l l e r n u r A u s e i n a n d e r s e t z u n g e n u b e r s a c h l i c h e D i n g e v e r f o l g e , d a ß e r s i c h a b e r n i c h t v e r p f l i c h t e t f ü h l e , a n p e r s ö n l i c h e m G e z i n k , w i e e s z . B . d i e A u s e i n a n d e r s e t z u n g u b e r R a d i k a l i s m u s u n d R e v i s i o n i s m u s i n D r e s d e n g e w e s e n i s t . A n t e i l z u n e h m e n . S a c h l i c h e n E r ö r t e r u n g e n w e r d e e r s e l b s t v e r s t ä n d l i c h a l s P a r t e i g e n o s s e a l l e g e t m i t I n t e r e s s e f o l g e n . A u f s e i n e S t e l l u n g u n d a u f d e n F a l l G ö h r e k o m m e n d , s a g t S c h i p p e l , e r h ä t t e g e w ä n s c h t , d a ß v o r e i n e r ö f f e n t l i c h e n P r o k l a m a t i o n d e r K a n d i d a t u r G ö h r e d e r P a r t e i v o r s t a n d i n V e r l i n g e f r a g t w o r d e n w ä r e . E r s e i u b e r z e u g t , d a ß d a n n d e r P a r t e i v o r s t a n d e i n m i t l i g z u g e s t i m m t h a b e n w ü r d e .

G r e n z - L e i p z i g s t e l l t f e s t , d a ß , w e n n e r v o n I n t r i g a n t e n g e s p r o c h e n , e r S c h i p p e l d a b e i n i c h t i m K a u f g e h a b t h a b e .

G e r i c h s t e l l t f e s t , d a ß d i e G e n o s s e n d e s 20. K r e i s e s n a c h d e r P r o k l a m a t i o n d e r K a n d i d a t u r E i n l a u f s i c h e n s o v e r s t ä n d i g u n d t a p l e r b e n o m m e n h a b e n , w i e s i e d i e s i m L a u f e d e r V e r h a n d l u n g e n h i e r g e t h a n h a b e n . G e r i c h e r k l ä r t w e i t e r , d e r P a r t e i v o r s t a n d i n V e r l i n h a b e s i c h e i n m i t l i g g e g e n G ö h r e e r k l ä r t u n d w e n n e i n M i t g l i e d d e s V o r s t a n d e s s i c h p r i v a t i m f ü r G ö h r e a u s s p r a c h , s o k ö n n e d a s n u r u n t e r d e r E i n s c h r ä n k u n g g e s c h e h e n s e i n , d a ß m a n G ö h r e e m p f e h l e n k ö n n t e , w e n n h i e r n i c h t d i e b e s o n d e r e n U m s t ä n d e g e g e n i h n v o r l i e g e n w ä r d e n .

D i e i n d e r n a m e n t l i c h e n S c h l u ß a b s t i m m u n g m i t 66 g e g e n n e u n S t i m m e n a n g e n o m m e n e R e s o l u t i o n R i e h e l - G e y e r l a u t e t (d e r g e l e r n t e l e g r a p h i s c h g e m e l d e t e W o r t l a u f i s t u n g e n a u) :

D i e L a n d e s v e r s a m m l u n g e r k e n n t a n , d a ß , w e n n k e i n e L a n d e s v e r s a m m l u n g e n t s c h e i d e n k a n n , d a s C e n t r a l k o m i t e e m i t d e n A g i t a t i o n s k o m i t e e s l o u t § § 8 , 7 u n d 12 d e s O r g a n i s a t i o n s s t a t u t s f ü r S a c h s e n b e r e c h t i g s i n d , b e i A u s s t e l l u n g v o n K a n d i d a t e n f ü r R e i c h s t a g s - u n d L a n d t a g s w a h l e n i n d e n e i n z e l n e n W a h l k r e i s e n m i t z u w i r k e n u n d m i t z u e n t s c h e i d e n . K o m m t e i n e E i n i g u n g z w i s c h e n d i e s e n I n s t a n z e n n i c h t z u s t a n d e , s o i s t d i e A n g e l e g e n h e i t d e r P a r t e i t e i l e z u r e n d g ü l t i g e n E n t s c h e i d u n g z u u n t e r b r e i t e n .

D i e ü b r i g e n A n t r ä g e s i n d d a m i t e r l e d i g t . D e r A n t r a g d e s 7 . K r e i s e s a u f A e n d e r u n g d e s O r g a n i s a t i o n s s t a t u t s w i r d z u r ü c k g e z o g e n .

D i e ü b r i g e n P u n k t e d e r T a g e s o r d n u n g : L a n d t a g s w a h l - r e c h t u n d G e m e i n d e w a h l e n w e r d e n g l a t t e r l e d i g t . D e r e r s t e P u n k t , ü b e r d e n G e n o s s e G e y e r k u z b e r i c h t e t , w i r d o h n e D e b a t t e e r l e d i g t . E i n A n t r a g , d i e P a r t e i m ö g e s i c h i n Z u k u n f t n i c h t m e h r a n L a n d t a g s w a h l e n b e t e i l i g e n , f i n d e t n i c h t d i e n ö t i g e U n t e r s t ü t z u n g . I n e i n e m v o r z ü g l i c h e n 1 1 / 2 s t ü n d i g e n R e f e r a t b e h a n d e l t G e n o s s e R a n g e - L e i p z i g d i e G e m e i n d e w a h l e n . E r g i e b t e i n e n g e s c h i c h t l i c h e n U e b e r b l i c k v o n d e n r e a k t i o n ä r e n M a ß n a h m e n g e g e n d a s G e m e i n d e w a h l r e c h t d e r A r b e i t e r u n d s c h l i e ß t s e i n e m i t g r o ß e m B e i f a l l a u f g e n o m m e n e n A u s f ü h r u n g e n m i t e i n e r s c h a r f e n K r i t i k d e r G e m e i n d e s t e u e r - P o l i t i k d e r s ä c h s i s c h e n R e g i e r u n g . D e r P u n k t G e m e i n d e w a h l e n r u f t e i n e l a n g e D e b a t t e h e r v o r . D i e v o m

Genossen lange vorgelegte Resolution, in welcher unter anderem eine bessere Ausgestaltung der „kommunalen Praxis“ gefordert und den Gemeindevertretern zur Pflicht gemacht wird, periodisch Gemeindevertreter-Kongresse zu veranstalten, wird angenommen. Als Ort der nächsten Konferenz wird Leipzig gewählt. Als Sitz des Centralkomitees wird wiederum Dresden bestellt. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie wird dann die Landesversammlung geschlossen.

R i c h t i g s t e l l u n g . N a c h e i n e m V e r i c h t ü b e r d i e L a n d e s k o n f e r e n z , d e r d u r c h v e r s c h i e d e n e b ü r g e r l i c h e B l ä t t e r g e h t , s o l l G e n o s s e A . D . H o f f m a n n „ p r i n c i p i e l l d i e A b w e i c h u n g a l l e r , d i e a u s b ü r g e r l i c h e n K r e i s e n k o m m e n , g e f o r d e r t h a b e n “ . T h a t s ä c h l i c h h a t G e n o s s e H o f f m a n n e i n e d e r a r t i g e F o r d e r u n g k e i n e s w e g s e r h o b e n .

Erster Internationaler Kongress für Schul-Gesundheitspflege.

Kürnberg, 6. April 1904.

Der weitest große Teil der Beratungen widmet sich in den Abteilungs-Sitzungen ab, die ein ungeheuer reichhaltiges Material bieten. In den Plenar-Sitzungen, für die drei Tage angelegt sind, werden kurze offizielle Ansprachen, sowie Vorträge hervorragender Vertreter der wichtigsten Kulturländer gehalten. Eine Diskussion gibt es in diesen Sitzungen nicht. In den Abteilungs-Sitzungen werden offizielle Referate, deren Thematika von der Kongressleitung bestimmt sind, erstattet und frei angemeldete Vorträge zu den einschlägigen Punkten gehalten, beide mit anschließender Diskussion. Die Zahl der angemeldeten Vorträge ist enorm, und es kann deshalb auch nicht auf alle Einzelheiten eingegangen werden, nur die wichtigsten Punkte sollen hier kurz skizziert werden. Es sind sieben Gruppen aufgestellt, in denen gesondert beraten wird: A. Hygiene der Schulgebäude. B. Hygiene der Internate, schulhygienische Unterrichtsmethoden, Hygiene des Unterrichts und der Unterrichtsmittel. C. Hygienische Unterweisungen der Lehrer und Schüler. D. Körperliche Erziehung und Schuljugend. E. Krankheiten und ärztlicher Dienst in den Schulen. F. Sonderschulen. G. Hygiene der Schuljugend außerhalb der Schule, Hygiene des Lehrpersonals und Allgemeines.

In Gruppe A referierte Prof. Dr. Erismann - Zürich über: Die Orientierung der Schulzimmer, wobei er eine gleichmäßige Beleuchtung durch diffuses Tageslicht und eine Orientierung in nördlicher Richtung empfahl. Der Vorsitzende der Hamburger Schulkommission, Hauptlehrer Meyer sprach über transportable Pabillons als die Schulstätten der Zukunft. Er verwies auf die Schulnot, die durch die Verdrängung der Bevölkerung infolge wirtschaftlicher Ereignisse oft verursacht wird, so daß zur Errichtung von Pabillons gezwungen werden muß. Dabei ist man auf die Vorzüge des Pabillon-systems gekommen. Die Verbreitung des Systems wird durch die hohen Bodenpreise erschwert, deshalb muß man sich bemühen, Terrains, die in Händen des Staates sind und für die nächste Zeit noch zur Verfügung stehen, für Schulbauzwecke nutzbar zu machen, wobei in dessen Bedacht darauf zu nehmen ist, daß die Schule später sich erweiternden dringenderen Anforderungen des Gemeinwohls weichen kann. Aus diesem Grunde müssen transportable Pabillons als die Schulstätten der Zukunft betrachtet werden. Als das bisher bewährteste System erscheint dem Redner das Döcker'sche der Altien-gesellschaft für Baracken zu Riedel in der Lausitz.

In Gruppe B referierte Nervenarzt Dr. V e n d a - B e r l i n über das Maß der Lehrpensia und Lehrziele an den höheren Unterrichts-anstalten. Seine Ausführungen gipfeln in der Forderung internationaler Vereinbarungen über die Lehrziele, da eine Einschränkung derselben auf das hygienisch zulässige Maß nur von einem gemeinsamen Vorgehen aller civilisierten Staaten zu erwarten sei. Der Vortragende fordert ferner die Aufstellung von Statistiken über die geistige Leistungsfähigkeit der Schüler sowohl hinsichtlich der Höhe als auch der Vegabung, Abschaffung des Abiturientenexamens aus gesundheitlichen, pädagogischen und physiologischen Gründen, Gleichberechtigung der körperlichen mit der geistigen Ausbildung, Abschluß des Schul-lurses mit der Untersekunda, Wahlfreiheit der Lehrfächer in den oberen Klassen.

Die gleiche Frage behandelte Professor Dr. S c h w e n d - S t u t t g a r t , der den gegenwärtigen Betrieb des Schulunterrichts als Ursache einer schädlichen Ueberanstrengung der Schüler bezeichnete. An die Möglichkeit internationaler Vereinbarungen glaubt er nicht wegen der allzu großen Verschiedenheit der Unterrichtssysteme. Er verwirft das heutige Prüfungssystem, den übertriebenen Sprach- und mathematischen Unterricht und vor allen Dingen die heutige Methode des historischen und des Religionsunterrichts. Verhaftet ist den Schülern mit vollem Rechte die Terretorial- und Lokalgeschichte. Wie entsetzlich kalt mure und die Prozeßion jener langweiligen, nichtssagenden Brandenburger Friedrich I., Friedrich II., Albrecht Achilles usw. an — so marmoralt wie ihre Bilder in der Berliner Stegallee. Möge man doch derartige Wiederholungen in ihren Gräbern ruhen lassen. Ebenso ist das Einblenden religiöser Memoriestoffes zu verwerfen; der Religionsunterricht soll Aufgabe der Kirche, nicht aber der Schulen sein. Die historische Belehrung über die Religion ist dem Geschichtsunterricht zuzuwenden.

Die Schlichtheiten der Hausaufgaben behandelte Dr. J ä g e r - S c h w ä b i s c h H a l l . Er fordert auf diesem Gebiete „Verkürzung der Arbeitszeit“. Die Hausaufgaben seien am besten ganz zu beseitigen und im Verstum der Schulfestben aufzuteilen. Bei Schülern unter vierzehn Jahren darf auf keinen Fall die tägliche Gesamtarbeitszeit mehr als sechs, später sieben Stunden betragen.

Die Beschäftigung der Schüler außerhalb der Schule befandete Oberlehrer K o l l e r - D a r m s t a d t v o m g e s u n d h e i t l i c h e n S t a n d p u n k t a u s . Er verwirft den Nachhilfe-Unterricht, die Beschäftigung der Schüler bei den Verrichtungen der Eltern, auch die Feldarbeit, Besorgung von Gängen usw., dagegen ist er für jede Art von Sport-bethätigung.

Nervenarzt Dr. W i l d e r m u t h - S t u t t g a r t e n t w i c k e l t e i n e i n e m V o r t r a g e ü b e r : „ S c h u l e u n d N e r v e n k r a n k h e i t e n “ d i e A n s i c h t , d a ß d i e g e i s t i g e n U e b e r a n s t r e n g u n g e n i n d e r S c h u l e b e i d e n N e r v e n k r a n k h e i t e n d e r S c h ü l e r n u r e i n e j e h r u n t e r g e o r d n e t e R o l l e s p i e l e n , d a ß v i e l m e h r e r b l i c h e B e l a s t u n g u n d k o n s t i t u t i o n e l l e , n e r v ö s e u n d a l l g e m e i n s c h w ä c h l i c h e A n l a g e n d i e H a u p t u r s a c h e n s i n d . A u s g e s p r o c h e n n e r v ö s e K i n d e r s o l l e n n i c h t z u f r ü h d i e S c h u l e b e s u c h e n , f ü r e i n e n T e i l d e s e l b e n e m p f e h l t s i c h d i e S c h a f f u n g b e s o n d e r e r S c h u l o r g a n i s a t i o n e n , v i e l l e i c h t i m A n s c h l u ß a n d i e H i l f s s c h u l e n m i t e n t s p r e c h e n d e r e i w e i t e r t e n L e h r p l ä n e n u n d L e h r z i e l e n .

Prof. Dr. H a r t m a n n - V e r l i n w i l l d i e E r z i e h u n g d e s V o l k e s z u r G e s u n d h e i t s p f l e g e n a c h u n d n a c h h e r b e i g e f ö h r t s e h e n d u r c h B e l e h r u n g d e r S c h ü l e r , L e h r e r u n d e n d l i c h a u c h d e r E l t e r n , w o z u s i c h d i e E l t e r n a b e n d e b e s o n d e r s e i g e n .

In der Gruppe C sprach Frau Prof. K r u l e n b e r g - K r e u z n a c h über die Bedeutung der schulhygienischen Bestrebungen für die Frauen und für die Familie. Sie fordert Beteiligung der Frauen an der kommunalen Schulverwaltung, weibliche Schulärzte, die den Unterricht in der Gesundheitslehre in den Mädchenschulen erteilen und eventuell auch den sogenannten Anstaltungsunterricht als Klassenunterricht geben sollen: Belehrung über die schädlichen Wirkungen des Alkohols besonders auf den weiblichen Körper und Bekämpfung der Vermählungen, das Gesunde und Natürliche im Verkehr beider Geschlechter als „unabhängig“ zu verheimlichen.

Die unpraktische Kleidung der Schülerinnen verurteilt Dr. N i c h - A t a s - D r e s d e n , h a u p t s ä c h l i c h w e n d e t e r s i c h g e g e n d i e A n s i t t e d e s K o r s e t t t r a g e n s . I n d e r H y g i e n e d e r K l e i d u n g m ü s s e n d i e B e h r e c i n n e n m i t d e m g u t e n B e i s p i e l v o r a n g e h e n , w a s l e i d e r

Aus Industrie und Handel.

Der Handel Koreas.

Obgleich der zwischen Russland und Japan ausgebrochene Kampf um Korea den Blick der europäischen Politik auf dieses eigenartige Land gelenkt hat, ist doch bisher nur wenig zuverlässiges über die neuere wirtschaftliche Entwicklung Koreas bekannt geworden. Einen Versuch, die Handelsentwicklung der letzten 25 Jahre zu schildern, hat jüngst das „Monthly Summary of Commerce and Finance of the United States“ unternommen, und da der betreffende Artikel von genauer Kenntnis der Verhältnisse zeugt, geben wir ihn im Auszug wieder:

Die neuere Handelsentwicklung Koreas beginnt mit dem Jahre 1882 mit der Freigabe der Vertragshäfen für ausländische Schiffe. Vorher beschränkte sich der Handel Koreas nur auf den Umsatz im Lande selbst und den Verkehr mit den benachbarten Gebietsteilen. Schon im Jahre 1876 hatte Japan einen Vorstoß gemacht und wenigstens für seinen Handel den Zugang zu den beiden Häfen in Genzan und Fusan erschlossen, aber erst nach Öffnung der Häfen und nach Abschluss von Handelsverträgen mit den Vereinigten Staaten (1882), Deutschland und Großbritannien (1883), Russland und Italien (1884), Frankreich (1886), Oesterreich (1892), China (1897) begann das Ein- und Ausfuhrgeschäft Koreas bedeutenderen Umfang anzunehmen und rasch aufzufliegen. So bewertete sich bereits im Jahre 1884 die Einfuhr auf etwas über 800 000 Dollar (1 Dollar = 4,20 M.) und die Ausfuhr auf 475 000 Dollar. Im Jahre 1890 erreichten diese Ziffern 3 850 000 Dollar und 2 975 000 Dollar. Das Kriegsjahr 1894 blieb mit seinen Ein- und Ausfuhrwerten hinter den Beträgen des Jahres 1890 erheblich zurück, doch waren diese Werte im Jahre 1897 bereits wieder auf rund 5 000 000 Dollar und 4 500 000 Dollar gestiegen. Im Jahre 1902 belief sich die Ein- und Ausfuhr über die Vertragshäfen auf rund 7 000 000 Dollar und 4 200 000 Dollar (hierbei ist der Wert des Goldports mit 2 000 000 Dollar nicht mit eingerechnet), so daß man unter Hinzurechnung des nicht auf die Vertragshäfen entfallenden Warenumsatzes den Gesamtumsatz Koreas — ohne den Edelmetall- und Münzverkehr — im Jahre 1902 auf gut 15 000 000 Dollar veranschlagen kann.

Der Außenhandel Koreas konzentriert sich ausschließlich auf die Vertragshäfen von Tschemulpo, Fusan, Wonsan (oder Genzan), Tschinampo, Kopsu, Kunsan, Masampo und Songtschin. Von diesen ist Tschemulpo, der ungefähr in der Mitte der Westküste Koreas liegt, in kommerzieller Beziehung bei weitem der bedeutendste. Seine Einfuhr bewertete sich 1902 auf 1 250 000 Dollar. Die Ausfuhr blieb dagegen mit rund 45 000 Dollar erheblich hinter den Exportziffern der übrigen Häfen zurück. Tschemulpo nimmt daher als Importhafen den ersten Platz ein, welche Stellung diese ziemlich große Stadt wohl in erster Linie dem Umstande zu verdanken hat, daß sie von einer verhältnismäßig starken ausländischen Bevölkerung bewohnt wird und außerdem mit der Hauptstadt Seoul, die nur 35 Meilen entfernt liegt, durch eine Eisenbahn verbunden ist. Alle Anzeichen sprechen schon jetzt dafür, daß Tschemulpo, welches zur Zeit 2082 Handelshäuser und 5978 Kaufleute aufzuweisen hat, dazu ansetzen ist, im auswärtigen Handel Koreas die führende Rolle zu übernehmen. Der ganze Verkehr mit der Hauptstadt des Landes muß über Tschemulpo gehen, außerdem befindet sich in ihr der Sitz der vier großen, in amerikanischen, englischen, japanischen und französischen Händen befindlichen Goldminen und einer vom Staate subventionierten Zigarettenfabrik.

Nächst Tschemulpo sind Fusan und Wonsan die wichtigsten Einfuhrhäfen. Fusan an der südöstlichen Küstenspitze Koreas liegt für den Verkehr mit Japan am günstigsten, während Wonsan, auch Genzan genannt, an der Ostküste und zwar dicht an der Nordgrenze den geeigneten Handelsplatz für Wladivostok abgibt. Der Hafenplatz Wonsan befindet sich außerdem in gerader Richtung gegenüber den an der Westküste gelegenen Städten Antung und Widschu an der Mündung des Jaluflusses, wo das russische Bahnen in der Mandchurie unmittelbar an das koreanische Gebiet heranreicht. Dieser Teil Koreas, in dem bereits viele Bergbauunternehmungen im Betriebe sind, ist der mineralreichste, ein Umstand, der neben dem sonst hervortretenden Bedarf der eingeborenen Bevölkerung für das Importgeschäft Wonsans von ausschlaggebender Bedeutung ist. Die Einfuhr belief sich 1902 auf 250 000 Dollar, die Ausfuhr auf 280 000 Dollar, abgesehen vom dem Wollhandels, der ebenfalls von erheblichem Umfange gewesen ist. Von Wonsan gehen direkte Dampferlinien nach Wladivostok und Nagasaki.

Der Hafen von Fusan, welcher Japan am nächsten gelegen ist, vermittelte, wie bereits oben gesagt, den Warenaustausch mit den meisten der größeren japanischen Handelsplätze, und das Geschäft liegt fast ausschließlich in japanischen Händen. Zwischen den japanischen Häfen, Shanghai und Wladivostok ist ein regelmäßiger Dampferbetrieb eingerichtet. Fusan ist durch ein submarines Kabel mit Japan, außerdem durch Telegraphen mit den andern Vertragshäfen und dem Innern des Landes verbunden. Der Wert der Einfuhr belief sich 1902 auf 220 000 Dollar, der der Ausfuhr auf 290 000 Dollar.

Ueberseeische Auswanderung. Nach dem Vierteljahrshesft zur Statistik des Deutschen Reiches 1904 I sind im Jahre 1903 36 310 Deutsche über See ausgewandert; das sind 6,2 Auswanderer auf 10 000 der Gesamtbevölkerung. An sich erscheint diese Ziffer gering, doch ist sie im Vergleich nicht nur zum Vorjahre, wo 32 068 Auswanderer (5,6 auf 10 000 Einwohner) ermittelt wurden, sondern auch zu den weiteren Vorjahren bis 1896 zurück wesentlich höher. Von den 36 310 deutschen Auswanderern haben 27 614 ihren Weg über deutsche Häfen genommen. Zu diesen 27 614 kommen (fast das Zehnfache) 268 227 Fremde, so daß die Gesamtzahl der über deutsche Häfen beförderten Auswanderer im Jahre 1903 295 841 betrug. Gegen 1902 hat sowohl die deutsche wie fremde, über deutsche Häfen erfolgte Auswanderung zugenommen, nämlich um 4084 bzw. 46 793, also insgesamt um 50 879. Von den 295 841 Auswanderern des Jahres 1903 gingen 175 320 über Bremen, 120 321 über Hamburg. Das Hauptziel der Auswanderung waren die Vereinigten Staaten von Amerika.

Bankier-Tag. Der Centralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes ladet zur Besichtigung des zweiten deutschen Bankier-Tages ein, der am 6. und 7. Mai in Berlin stattfinden soll. Als Beratungsgegenstand ist auf die Tagesordnung die Frage der Börsengesetz- und Börsensteuer-Reform gesetzt.

Soziales.

Ärzte und Krankenkassen.

In der Zweiten Kammer des sächsischen Landtages kam es am Donnerstag zu einer Aussprache über die Differenzen zwischen der Ortskasse Leipzig und den Ärzten.

Der Minister des Innern v. Wegsch teilte seine Stellung in längerer Rede dahin: Die Regierung und die Behörden haben die Aufgabe gehabt, vermittelnd einzugreifen. Darüber hinaus aber mußte sie sich streng auf den gesetzlichen Standpunkt stellen. Das Gesetz gebe aber den Kassen die Befugnis, Distriktsärzte anzustellen. So lange nicht bewiesen sei, daß die neuangeworbenen Ärzte nicht ausreichen, so lange habe die Behörde keine gesetzliche Handhabe, in irgend einer Weise hindernd einzugreifen.

Jetzt stehe allerdings, daß die jetzt vorhandenen 66^{*)} Distrikts-Ärzte nicht ausreichen. Der Rat der Stadt Leipzig sei bereits zur Verichterstattung aufgefordert worden; erst wenn dieser Bericht vor-

liege, werde die Frage des Eingreifens spruchreif sein. Wahrscheinlich werde sich aber die Kasse dadurch helfen, daß sie die freie ärztliche Behandlung der Familienangehörigen vorübergehend aufhebe. Dagegen sei die Regierung machtlos.

Es könne nicht Aufgabe der Behörden sein darauf hinzuwirken, daß die unbedingte freie Arztwahl eingeführt werde.

Die Regierung sei überhaupt der Ansicht, daß die freie Arztwahl nicht durchführbar sei, ohne die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kassen wesentlich zu beeinträchtigen.

Wenn die Regierung sich jedoch auch auf den gesetzlichen Standpunkt stelle, erklärte der Minister weiter, so mache sie doch kein Hehl daraus, daß nach ihrer Ansicht die Ärzte Anlauf hätten, sich über die jetzige Gesetzgebung zu beschweren. Die Regierung könne aber vorläufig weiter nichts thun, als auf dem Boden des Gesetzes verharrend abzuwarten.

Das Verhalten des Kreishauptmanns v. Ehrenstein billigte die Regierung vollkommen. Er habe gar nicht anders handeln können. Gäbe er anders gehandelt, so würde man der Regierung und den Behörden den Vorwurf machen können, daß sie einseitig für die Ärzte eingetreten seien.

An diese Erklärung schloß sich eine Debatte, worin Oswald Zimmermann und der Leipziger Arzt Dr. Bräuner scharfe Angriffe gegen die Kreisoberhauptmannschaft und die Leipziger Kasse richteten. Herr Cule, Abgeordneter für Leipzig, trat auf die Seite der Kreisoberhauptmannschaft. Er meinte unter anderem, die Leipziger Ärzte könnten sich bei ihren Führern bedanken, wenn sie jetzt auf das Exotische geraten.

Auch andre Redner traten für die Kreisoberhauptmannschaft ein. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt.

Am Tage zuvor hatte in Dresden unter Vorsitz des Ministers v. Wegsch eine Besprechung stattgefunden unter Beteiligung von Abteilungspräsidenten und Räten des Ministeriums, ferner des Kreisoberhauptmanns v. Ehrenstein zu Leipzig, des stellvertretenden Bevollmächtigten zum Bundesrat Geh. Rates Dr. Fischer, des Präsidenten des Landes-Medizinalkollegiums Dr. Fuschel und der ärztlichen Berater des Ministeriums des Innern und der Kreisoberhauptmannschaft Leipzig Geheimen Medizinalräte Dr. Rent und Dr. Hofmann.

Dabei wurde, wie in den Regierungsbüchern offiziös mitgeteilt wird, volles Einverständnis über die Stellung zu der Frage erzielt. Die öffentliche Erklärung des Ministers stellt also das Ergebnis dieser Aussprache dar.

Die Vereinigung der neuen Kassenärzte in Leipzig veröffentlicht folgende Erklärung:

Die neuen Ärzte der Leipziger Orts-Krankenkasse sind zu ihrem Bedauern gezwungen, gegen das Verhalten von Mitgliedern des Leipziger Ärzteverbandes öffentlich nachdrücklich Verwahrung einzulegen, weil diese durch Verbreitung unwahrer Nachrichten in der Bevölkerung eine Einrichtung zu untergraben versuchen, zu der sie durch ihr eignes Vorgehen den Vorstand der Orts-Krankenkasse selbst gezwungen haben; weil sie bei den Mitgliedern der Orts-Krankenkasse gegen die neue Einrichtung der Distriktsärzte und Beratungsanstalten Mißtrauen zu säen bemüht sind; weil sie endlich nicht davor zurückschrecken, durch kontraktliche Verpflichtungen gebundene Kollegen zum Wortbruch zu verführen.

Die Ärzte der Leipziger Orts-Krankenkasse sind sich bewußt, ein System verwicklichen zu helfen, das gegen den bisherigen Zustand einen wirtschaftlichen und sittlichen Fortschritt bedeutet. Dem die Kasse hat jetzt zum erstenmal Ärzte, die nicht zwei Herren dienen, ihr und Privat; die erkrankten Kassenmitglieder befinden sich zum erstenmal in den Händen von Männern, die keinen Unterschied machen und keinen zwischen hoch und niedrig, zwischen arm und reich, die aber ihre ganze Kraft, ihre ganze Teilnahme dem ihnen anvertrauten Kassenkassen zuwenden; die Ärzte stehen zum erstenmal in einem rein kollegialen Verhältnis zu einander, das durch keinen Konkurrenzneid getrübt, sondern durch die Förderung gemeinsamer hoher sozialer Aufgaben gehoben und gestärkt ist.

Die Ärzte der Leipziger Orts-Krankenkasse bedauern lebhaft den Miß, der sie weit trennt von Männern des gleichen Berufs, und beklagen schmerzlich die tiefen Schatten, die in jüngster Zeit auf den gesamten Ärztestand gefallen sind; aber sie sind sich bewußt, daß nicht sie sich einer Handlungsweise schuldig gemacht haben, weder in Worten noch in Taten, durch die unglückliche Urteile über den hoch ehrenwerten Beruf hätten herbeigerufen werden können; daß nicht sie den Vorwurf der Intrigue auf sich geladen haben.

Die Ärzte der Leipziger Orts-Krankenkasse erklären hiermit öffentlich auf das bestimmteste, daß sie durch keinerlei Versprechungen und Lockungen sich in der freudigen Erfüllung ihrer neu übernommenen Verpflichtungen behindern oder gar von ihr werden abziehen lassen, sondern daß sie der Verwaltung der Kasse aus ehrlicher Ueberzeugung unbedingtes Vertrauen entgegenbringen.

Das mögen sich die Mitglieder des hiesigen Ärzteverbandes samt ihren Freunden gesagt sein lassen, danach mögen sie ihr ferneres Verhalten einrichten.

Die kaiserliche Werk als Arbeitgeber und der Kampf um die Rente.

Zwanzig Jahre hatte der Helfer H. den Kampf um das Recht in den Arbeiterbetrieben auf der kaiserlichen Werk in Wilhelmshaven geführt; da erlt er am 24. August 1900 einen Unfall. War bis dahin die gefährliche Erziehung dem H. schon sehr fragwürdig vorgekommen, so sollte er jetzt noch erkennen, wie die kaiserliche Werk über die „soziale Fürsorge“ der in dem Arbeiterbetrieb inaktiv gewordenen Arbeiter denkt. H. stürzte an Bord des Schiffes „Wittelsbach“ in das Mantelloch und erlitt hierbei einen Bruch der siebenten Rippe linksseitig und eine Quetschung des Herzens. Nach fünf-wöchiger ärztlicher Behandlung nahm H. die Arbeit wieder auf, und trotz heftiger Beschwerden im Kopf und in der Brust arbeitete er weiter. Durch Bescheid vom 12. November 1900 lehnte die kaiserliche Werk eine Rentenentschädigung ab, da nach dem Gutachten des Werkarztes Erwerbsunfähigkeit nicht vorliegt. Anfangs April erlitt H. einen Schlaganfall durch Gehirnblutung. Während der behandelnde Arzt Dr. Fr. aus N. diesen auf den Unfall zurückführt, nimmt der Werkarzt Herr Dr. König, der den Verletzten im Werkkrankenhaus beobachtete, an, daß dieses nicht mit Sicherheit zu sagen sei. Herr Dr. König ist vielmehr der Ansicht, daß die Kopfschmerzen und Schwindelanfälle schon vor dem Unfall bestanden haben, und daß der Unfall als Folge eines solchen Schwindelanfalls eingetreten sei. Zu dieser merkwürdigen Auffassung gelangt Herr Dr. König dadurch, daß H. bei seiner Aufnahme im Werkkrankenhaus am 22. April 1901 angegeben habe, „er habe stets an Kopfschmerzen gelitten“. H. dagegen behauptet, nicht „stets“, sondern nach dem Unfall habe er stets an Kopfschmerzen gelitten. Der Werkarzt Dr. N. sagt dann weiter, daß die Quetschung des Herzens indes auch einen indirekten schädigenden Einfluß auf die Erkrankung der Gefäße ausgeübt haben „kann“. Mit Rücksicht auf diese Möglichkeit wurde H. seitens der Werk eine Rente von 66^{*/} Proz. der Vollrente gewährt. Hiergegen legte H. Berufung ein. Das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Aurich hörte seinen Vertrauensarzt, den Medizinalrat Dr. Z. Dieser Sachverständige schloß sich im „wesentlichen“ dem Vorgesetzten des Herrn Dr. N. an und hält eine Rente von 60^{*/} Proz. für ausreichend. Auf Grund dieses „einwandfreien“ Gutachtens sei den Behauptungen des Möglers, daß eine Verschlimmerung in seinem Leiden eingetreten sei, „kein Wert“ beizumessen. Eine Anfrage des Schiedsgerichts bei der Werk, welchen Lohn H. erhalte und welche Arbeit er verrichte, ergab, daß H. mit dem Geradklopfen von Nägeln

beschäftigt werde und einen Lohn von 24 Pf. pro Stunde erhalte; indessen entspricht seine Leistung diesem hohen Lohn nicht, der Lohn werde auf 16 Pf. pro Stunde herabgesetzt. Trotz dieser Auskunft wurde die Berufung zurückgewiesen, es verblieb bei 66^{*/} Proz. Der von H. eingelegte Rekurs war zu spät eingereicht, so daß das Reichs-Versicherungsamt über denselben nicht verhandeln konnte.

Rum begann für H. die Aera des Leidens. Selbst die leichte Arbeit vermochte er nicht zu verrichten, da er das Hämmern und Drehen nicht aushalten konnte. Er wandte sich an die Direktion um leichtere Arbeit, das Gesuch wurde abschlägig beschieden. Zeitweilig mußte H. wieder ins Krankenhaus, bis ihm dann endlich am 28. Februar 1903 bedeutet wurde, er möge den gaslichen Staub der Werk von seinen Sandalen schütteln und die Werk verlassen, er sei eben völlig erwerbsunfähig.

Das hieß für H. den Rest des Leidens bis zur Reize leeren. Rum wandte er sich an den Arbeiterssekretariat in Berlin und betraute den Sekretär W. mit der Führung seiner Angelegenheit. Er machte geltend, daß eine wesentliche Verschlimmerung in seinem Leiden eingetreten sei, wodurch er jetzt völlig erwerbsunfähig geworden sei, er beantrage die Vollrente. Hierauf erfolgte eine neue Beobachtung im Werkkrankenhaus. Der Werkarzt Dr. Dirksen erklärte H. im Grade von 75 Proz. arbeitsunfähig. Das Schiedsgericht hörte auf die gegen diese Schätzung eingelegte Berufung wieder seinen Vertrauensarzt Dr. Z. Dieser Arzt sagt, H. leidet an Herzvergrößerung, Herzschwäche, Verklüftung der Arterienwände; die Klagen desselben müssen als berechtigt angesehen werden.

Nach diesem Befunde erklärt der Herr Gutachter dennoch, daß eine Rente von 75 Proz. ausreichend sei, der Verletzte könne noch Arbeiten im Sitzen verrichten.

Das Schiedsgericht schloß sich wiederum diesen einwandfreien Gutachten an und es blieb bei 75 Proz. Die Werk hatte in ihrer Gegenerklärung gegen die Berufungsschrift des Verletzten unter anderem folgende Weisheit bestritten: H. ist entlassen worden, weil er auch die ihm daselbst gebotenen leichteren Arbeiten nicht auszuführen vermochte.

Daraus darf jedoch nicht gefolgert werden, daß er die ihm verbliebene Erwerbsfähigkeit nicht noch auf anderem wirtschaftlichen Gebiete verwerten kann, umsoweniger, da der „objektive“ Befund für den angegebenen Grad der Beschwerden keine Erklärung giebt.

Das Schiedsgericht bezeichnete diese echt kapitalistische Weisheit als sehr zutreffend. Mehr denn zwanzig Jahre hat der Verletzte seine Kräfte dem Staat zur Verfügung gestellt, mehr denn zwanzig Jahre war er Ausbeutungsobjekt; nun wird er durch einen Unfall völlig erwerbsunfähig, so daß er nicht einmal verbogene Nägel gerade klopfen kann, — die Werk zahlt ihm den horrenden Lohn von 16 Pf. pro Stunde, doch auch diese kann er nicht verdienen, er muß entlassen werden. Indes, der Staat weiß, was soziale Fürsorge bedeutet. Wenn H. auch nicht mehr auf der Werk arbeiten kann, so giebt es doch noch andere wirtschaftliche Gebiete!

Für den Verletzten wurde gegen diese Entscheidung beim Reichs-Versicherungsamt Rekurs eingelegt und beantragt, da in der ganzen Umgebung von Bant und Wilhelmshaven nicht ein Arzt zu finden war, der sich gegen Honorierung bereit erklärt hätte, dem Verletzten ein ärztliches Gutachten über seinen Zustand auszustellen, vom Professor Herrn Dr. Mendel ein Obergutachten einzufordern.

Leider wurde diesem Antrage nicht stattgegeben, dagegen mußte H. sich unter dem 11. September 1903 wieder einer Untersuchung durch den Werkarzt Herrn Dr. Wiemann unterziehen. Dieser Arzt konstatierte, daß die Klagen des H. über Kopfschmerzen usw. glaubhaft erscheinen und derselbe völlig erwerbsunfähig sei. Da die einzigen Leiden, welche die völlige Erwerbsunfähigkeit bedingen, bis zum Schiedsgerichtstermin am 9. Juli 1903 nicht erwähnt sind, so muß angenommen werden, daß sich diese Leiden in der Zeit vom 9. Juli bis 11. September 1903 eingestellt haben. Als Zeitpunkt des Eintritts der Verschlimmerung wird daher der 1. September 1903 angenommen.

Das Reichs-Versicherungsamt gab dem Rekurs insoweit statt, daß die Beklagte dem H. vom 1. September 1903 ab die Vollrente zu zahlen hat.

Bei der Art der Begutachtung entsteht unwillkürlich die Frage, ob H., wenn er sein Recht nicht durch sachkundige Personen bis zur letzten Instanz durchgeföhrt hätte, überhaupt die Vollrente jemals erhalten hätte.

Leberwurst mit Wehlsatz. Für ungültig erklärte das Kammergericht eine Polizeiverordnung, welche für Leberwurst geringere Qualität bis zu solcher, die 70 Pf. das Pfund kostet, nach bestimmten Prozentzahlen Wehlsatz gestattet. Das Kammergericht geht davon aus, daß „Wurst“ nur aus Teilen des tierischen Körpers und Gewürzen bestehe. Jedemfalls dürfe nicht durch Polizeiverordnung ein Wehlsatz zur Wurst ausdrücklich gebilligt werden. Das Nahrungsmittel-Gesetz sei jedoch in einem Falle, wo Leberwurst (für 80 Pf. das Pfund) Wehlsatz enthält, ein Schild auf dem Ladentisch dies aber verbotene, nicht anwendbar, da § 10 Nr. 1 und 2 immer die Absicht der Täuschung voraussetze. Indessen komme dann immer noch der § 367 Nr. 7 des Reichs-Strafgesetzbuches in Betracht, wonach sich strafbar macht, wer verfälschte oder verdorbene Getränke oder Speisewaren herstellt oder verlanft. Die Strafsache eines in zweiter Instanz freigesprochenen Fleischermeisters Fischer, der sich gegen jene Polizeiverordnung und gegen das Nahrungsmittel-Gesetz vergangen habe, wurde wegen Nichtbeachtung des § 367 Nr. 8 des Strafgesetzbuches nochmals an die Vorinstanz zurückverwiesen.

Verfammlungen.

Eine Generalversammlung der Freien Volkshöhne fand am 31. März im großen Saal des Gewerkschaftshauses statt. Dr. Max Osborn hielt einen sehr interessanten durch Lichtbilder wirksam unterstützten Vortrag über den großen belgischen Künstler Meunier, den ersten, der die Rot, das Sehnen und die Kraft moderner Proletarier bildnerisch in Form von Statuen und Statuetten zu ergreifendem Ausdruck gebracht hat. Darauf gab der Vorsitzende Conrad Schmidt den Geschäftsbericht. Der Vertrag mit dem Metropol-Theater ist für das nächste Spieljahr verlängert worden. Ein Abbruch mit der neuen Direktion des Lessing-Theaters, Dr. Wagn, hat sich dagegen nicht erzielen lassen. Nach vielerlei Verhandlungen ist schließlich das Berliner Theater, allerdings zu einem beträchtlich höheren Preise als vor einigen Jahren, für fünf Serien gewonnen. Die artistische Leitung im Metropol-Theater bleibt nach wie vor in den bewährten Händen Witte-Wilts. — Der Vorstand hat sich nochmals in einer Eingabe um Ueberlassung des Bürgerlaales des Rathauses an den Magistrat gewandt und die Zustimmung erhalten, daß am Wochentag-Abenden, die durch andere Veranstaltungen nicht bereits besetzt sind, der Raum dem Verein zur Verfügung gestellt werden könne. — Der Volkshor unter Leitung Dr. Banders hat sich inzwischen unabhängig von der Freien Volkshöhne gestellt und auch Nichtmitglieder des Vereins aufzunehmen erklärt. Natürlich wird der Chor mit seinen Kräften auf Wunsch immer gern bei den Volkshöhne-Festen mitwirken. Endlich teilte der Vorsitzende mit, daß einer der Revisoren, gegen den von den Ordern Einspruch erhoben wurde, sein Amt vorläufig niedergelegt hat, bis die Beschwerde vor einem Schiedsgericht erledigt sein würde.

Der Kassierer Winkler erstattete den Kassensbericht für das erste Winterquartal. Die Einnahmen betragen 40 533,99 M., die Ausgaben 29 315,76 M., der Kassenbestand betrug somit am Quartalsabschluss 11 218,23 M. Auf Antrag des Revisors Gutschmidt wurde einstimmig Beschlüsse erteilt. In der Diskussion unter Punkt „Verschiedenes“ wurde wiederum Klage über Störung der Vorstellungen durch zu spät kommende Mitglieder geführt, insbesondere der Wunsch geäußert, daß die Mitglieder mit dem eventuellen Austausch der Willets bis zur ersten Pause warten sollten. Roniert wurde ferner der zu späte Anfang und die zu lange Dauer der musikalischen Vorträge bei den Festen. Ueber Opernvorstellungen konnte Definitives noch nicht mitgeteilt werden.

*) Die Regierung stützt sich bei dieser Angabe offenbar auf ältere Informationen. Jetzt sind 71 Ärzte für die Kasse tätig; außerdem werden in den nächsten Tagen noch 12 bis 15 Ärzte zugewiesen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Freitag, den 8. April.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Der Waffenschied.
Schauspielhaus. Wallenstein Tod.
Deutsches Hoftheater.
Berliner Hoftheater.
Vossing. Kapfenreich.
Westen. Die Prinzessin von Trapesant.
Neues. Schwester Beatrix. Vorher: Koketterie.
Residenz. Nathan der Weise.
Central. Die Puppe.
Belle-Alliance. Freut Euch des Lebens.
Thalia. Der Hochtourist.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater).
Der Geizige. Hierauf: Der eingebildete Kranke.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt.)
Hercules.
Kleines. Nachtschl.
Luisen. Ehrliche Arbeit.
Trianon. Das elfte Gebot. — Der Dieb.
Carl Weich. Die schöne Ungarin.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.
Gebr. Herrfeld. Nur eine Nacht. Am andern Morgen.
Metropol. Ein tolles Jahr.
Cosmos. Der Raub der Sabinerinnen.
Winter-Garten. Spezialitäten.
Apollo. Liebesgötter. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Vossing-Theater. Spezialitäten.
Urania. Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera.
Invalidenstr. 57/62.

Neues Theater.
Schiffbauerdamm 4a-5.
Schwester Beatrix.
Vorher zum erstenmal: Koketterie.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Minna von Barnhelm.
Central-Theater.
Heute: 18. Wammentsch. Vorstellung.
Mia Werber nach ihrem Urlaub.
Die Puppe.
Operette in 3 Akten von Kadran.
Sonnenabendnachmittag 4 Uhr, halbe Preise.
Abendvorstellung: Der geflügelte Vater. Abends 7 1/2 Uhr: Der Raub der Sabinerinnen.
Luisen-Theater.
Zum erstenmal:
Ehrliche Arbeit.
Anfang 8 Uhr.
Sonnenabend: Die Kohlenhul'n von Berlin.
Sonnenabendnachmittag: Der Kaufmann von Venedig.
Abends: Ehrliche Arbeit.
Montag: Der Kaufmann v. Venedig.

Residenz-Theater
Direktion S. Lautenburg.
Heute:
Gastspiel v. Adolf Sonnenthal.
Nathan der Weise.
Sonnenabend:
Gastspiel d. Adolf Sonnenthal.
Vater und Sohn.
Metropol-Theater
Zum 25. Male:
Ein tolles Jahr.
Gr. dramatisch-satirische Revue in 5 Bildern von Julius Freund.
Musik von Victor Hollander.
In Szene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.
1. Bild: Am Kleinkindersee.
2. Bild: Was gibt's Neues.
3. Bild: Das Ordensfest.
4. Bild: Der neue Zapfenstreich (Parodie).
5. Bild: Briefe, die ihn erreichten (Ballade).
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.
Apollo-Theater.
Täglich 8 Uhr:
Das grosse April-Specialitäten-Programm.
9 Uhr: Die sensationelle Novität
Liebesgötter.
Burleske Operette von Schlack und Herrmann.
Im dritten Bild:
Der grosse Götterzug
und die
Sensations-Apotheose.
Casino-Theater.
Kottbuserstr. 37. Anf. 8. Sonntag 7 1/2.
Des großen Erfolges bis 14. April verlängert.
„Der Raub der Sabinerinnen“.
Vorher das vollst. neue Aprilprogramm
Freitag, den 15. April: Premieren-Abend.
Sonnenabend. 4 Uhr: Badekuren.
Beckers Geschichte.

Central-Theater.
Heute: 18. Wammentsch. Vorstellung.
Mia Werber nach ihrem Urlaub.
Die Puppe.
Operette in 3 Akten von Kadran.
Sonnenabendnachmittag 4 Uhr, halbe Preise.
Abendvorstellung: Der geflügelte Vater. Abends 7 1/2 Uhr: Der Raub der Sabinerinnen.
Luisen-Theater.
Zum erstenmal:
Ehrliche Arbeit.
Anfang 8 Uhr.
Sonnenabend: Die Kohlenhul'n von Berlin.
Sonnenabendnachmittag: Der Kaufmann von Venedig.
Abends: Ehrliche Arbeit.
Montag: Der Kaufmann v. Venedig.

Residenz-Theater
Direktion S. Lautenburg.
Heute:
Gastspiel v. Adolf Sonnenthal.
Nathan der Weise.
Sonnenabend:
Gastspiel d. Adolf Sonnenthal.
Vater und Sohn.
Metropol-Theater
Zum 25. Male:
Ein tolles Jahr.
Gr. dramatisch-satirische Revue in 5 Bildern von Julius Freund.
Musik von Victor Hollander.
In Szene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.
1. Bild: Am Kleinkindersee.
2. Bild: Was gibt's Neues.
3. Bild: Das Ordensfest.
4. Bild: Der neue Zapfenstreich (Parodie).
5. Bild: Briefe, die ihn erreichten (Ballade).
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.
Apollo-Theater.
Täglich 8 Uhr:
Das grosse April-Specialitäten-Programm.
9 Uhr: Die sensationelle Novität
Liebesgötter.
Burleske Operette von Schlack und Herrmann.
Im dritten Bild:
Der grosse Götterzug
und die
Sensations-Apotheose.
Casino-Theater.
Kottbuserstr. 37. Anf. 8. Sonntag 7 1/2.
Des großen Erfolges bis 14. April verlängert.
„Der Raub der Sabinerinnen“.
Vorher das vollst. neue Aprilprogramm
Freitag, den 15. April: Premieren-Abend.
Sonnenabend. 4 Uhr: Badekuren.
Beckers Geschichte.

Central-Theater.
Heute: 18. Wammentsch. Vorstellung.
Mia Werber nach ihrem Urlaub.
Die Puppe.
Operette in 3 Akten von Kadran.
Sonnenabendnachmittag 4 Uhr, halbe Preise.
Abendvorstellung: Der geflügelte Vater. Abends 7 1/2 Uhr: Der Raub der Sabinerinnen.
Luisen-Theater.
Zum erstenmal:
Ehrliche Arbeit.
Anfang 8 Uhr.
Sonnenabend: Die Kohlenhul'n von Berlin.
Sonnenabendnachmittag: Der Kaufmann von Venedig.
Abends: Ehrliche Arbeit.
Montag: Der Kaufmann v. Venedig.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Freitagabend 8 Uhr:
Der Geizige.
Lustspiel in 5 Aufzügen von Molière.
Hierauf:
Der eingebildete Kranke.
Lustspiel in 3 Akten von Molière.
Sonnenabend 8 Uhr:
Lampacivagabundus.
Sonnenabendnachmittag 3 1/2 Uhr:
Maria Stuart.
Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Freitagabend 8 Uhr:
Ferréol.
Schauspiel in 4 Aufzügen von Victorien Sardou.
Sonnenabend 8 Uhr:
Die Wildente.
Sonnenabendnachmittag 3 Uhr:
Die Stützen der Gesellschaft.
Sonnenabend 8 Uhr:
Heimat.
Thalia-Theater.
Dresdenstr. 72/73. Anf. IV 4440.
Anf. 7 1/2 Uhr. Direktion Jean Kron
Heute und folgende Tage:
Der Hochtourist
mit neuen Gesangsbelegungen.
Gaius Thielacher in der Titelrolle.
Sonnenabendnachmittag 3 1/2 Uhr:
Charleys Tante.
Belle-Alliance-Theater.
Belle-Alliancestr. 7/8. Anf. VI 283.
und Alfred Schönfeld. Anf. 7 1/2 Uhr.
Heute Freitag zum erstenmal:
Freut Euch des Lebens.
Große Kunst-Posse m. Gesang u. Tanz in 3 Akten.
Sonnenabendnachmittag 3 Uhr:
Die Jungfrau von Orleans.

Cirkus Busch.
Abends 7 1/2 Uhr: Forstung der Großen internationalen Ringkampf-Konkurrenz unter dem Ehren-Patrosolat des Herrn Prof. Dr. Begas. Entscheidungskampf zwischen:
Bech Olsen (Dänemark) und **Heinz Eberle** (Deutschland).
Ausgeschieden sind bis jetzt nach viermaliger Niederlage: Eigemann, van Dohf, Lemmer, Gierßen, Paul le Reunier, Koeppel, Witt, Bloehnd, Balkoff, Bernhart, Robinet, Pierre le Colosse, Clément le Terrassier.
Herner: Rademolische de Holstein, Schürlestein, auf ihrem irischen Springpferd Milton. — Die Wiener Damenkapelle, höchst komisches Intermezzo sämtlicher Clowns. — Zum 106. Male: **Bemerkenswert: Der Automobilsturz.**

Urania.
Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Frühlingstage an der Riviera.
Um 4 Uhr (kleine Preise):
Von der Zugspitze zum Watzmann.
Invalidenstr. 57/62.

CASTANS PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Letzter Monat
die
Tunesen-Truppe.
(Afrika in Berlin!)
Grosse Völkerschaustellung!
Die schönen Harems-Damen aus Tunis.

HEUTE:
Zum **226.**
Male:
Anfang 8 Uhr.
Ende 10 Uhr 30.
Deutsch-Amerikanisches THEATER
Köpenickerstrasse 67.
Jeden Abend:
Gastsp. Ad. Philipp Ueborn
GROSSEN TEICH.

Passage-Theater.
Anfang: Sonntags 3 Uhr.
Wochentags 5 Uhr. — Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr
Vollständig neues Programm.
Oskar Fürst * Lina Goltz.
Heute abend Fortsetzung der
Ringkampf-Konkurrenz.
Die Ringkämpfe beginnen jeden Abend um 10 Uhr.

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Nachtschl.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Das Pastors Klek.

Trianon-Theater.
Georgenstrasse, zwischen Friedrich- und Unter den Linden.
Abends 8 Uhr:
Das elfte Gebot.
Hierauf: **Der Dieb.**
Gebrüder

Herrnfeld-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Anfang 8 Uhr.
Am andern Morgen!
Nachspiel zu „Nur eine Nacht!“
Komödie von K. und D. Herrfeld.
Vorher:

Nur eine Nacht!
2 Akte aus einer Gb.
Seibe Stücke mit den Autoren in den Hauptrollen.
Morgen: „Nur eine Nacht“ und „Am andern Morgen“.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Oll.
Brunnenstrasse 10.
Kabale und Liebe.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonnenabend: Gr. Extra-Vorstellung:
Der Beiter in tausend Hengsten.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Freitagabend 8 Uhr:
Der Geizige.
Lustspiel in 5 Aufzügen von Molière.
Hierauf:
Der eingebildete Kranke.
Lustspiel in 3 Akten von Molière.
Sonnenabend 8 Uhr:
Lampacivagabundus.
Sonnenabendnachmittag 3 1/2 Uhr:
Maria Stuart.
Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Freitagabend 8 Uhr:
Ferréol.
Schauspiel in 4 Aufzügen von Victorien Sardou.
Sonnenabend 8 Uhr:
Die Wildente.
Sonnenabendnachmittag 3 Uhr:
Die Stützen der Gesellschaft.
Sonnenabend 8 Uhr:
Heimat.
Thalia-Theater.
Dresdenstr. 72/73. Anf. IV 4440.
Anf. 7 1/2 Uhr. Direktion Jean Kron
Heute und folgende Tage:
Der Hochtourist
mit neuen Gesangsbelegungen.
Gaius Thielacher in der Titelrolle.
Sonnenabendnachmittag 3 1/2 Uhr:
Charleys Tante.
Belle-Alliance-Theater.
Belle-Alliancestr. 7/8. Anf. VI 283.
und Alfred Schönfeld. Anf. 7 1/2 Uhr.
Heute Freitag zum erstenmal:
Freut Euch des Lebens.
Große Kunst-Posse m. Gesang u. Tanz in 3 Akten.
Sonnenabendnachmittag 3 Uhr:
Die Jungfrau von Orleans.

Cirkus Busch.
Abends 7 1/2 Uhr: Forstung der Großen internationalen Ringkampf-Konkurrenz unter dem Ehren-Patrosolat des Herrn Prof. Dr. Begas. Entscheidungskampf zwischen:
Bech Olsen (Dänemark) und **Heinz Eberle** (Deutschland).
Ausgeschieden sind bis jetzt nach viermaliger Niederlage: Eigemann, van Dohf, Lemmer, Gierßen, Paul le Reunier, Koeppel, Witt, Bloehnd, Balkoff, Bernhart, Robinet, Pierre le Colosse, Clément le Terrassier.
Herner: Rademolische de Holstein, Schürlestein, auf ihrem irischen Springpferd Milton. — Die Wiener Damenkapelle, höchst komisches Intermezzo sämtlicher Clowns. — Zum 106. Male: **Bemerkenswert: Der Automobilsturz.**

Carl Weiss-Theater.
Bürgerliches Schauspielhaus.
Direktion R. C. Fischer.
Große Frankfurter Straße 132.
Gastspiel des Herrn Fritz Bockmann vom Residenz-Theater.
Sebenstünd ermäßigte Preise.
Die schöne Ungarin.
Gesangsspiel in 4 Akten von Ram- stadt und Keller.
Anfang 8 Uhr.
Morgen nachm. 4 Uhr Kinder-Vorstellung: **Max und Moritz.** Abends 8 Uhr: **Die zärtlichen Verwandten.**

Palast-Theater
Burgstraße 22, früher Feen-Palast.
Elite-Vorstellung!
Halbe Kassenpreise.
Dorf und Stadt
Schauspiel in 5 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer.
Sonnenabend:
Der Wuckebold.

Schwanz von Gustav v. Roser.
Rud. Rentier: Direktor R. Winkler.
Zum pyramidalen Spezialitätenstück:
Miss Darnett, athletische Spiele.
Miss Aida, Trapez-Kunstlerin.
The Crullers Comp., der Salen a. Keller.
Hedda Potraza, jugendliche Soubrette.
Miss Cayra, Handstand-Kunstlerin.
Emmoline Hochberg, Vortr.-Soubrette.
Miss Steers, die musikalische Laube.

Schloss Weissensee.
Heute Freitag, den 8. April cr.:
Gastspiel des
Herrhard Rose-Theaters.
Winterjegen.
Schauspiel mit Gesang in 5 Akten von G. Lemoin.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Entree 30 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf.

WINTERGARTEN
Neues Programm.
Kollino-Truppe Italienische Akrob.
Lilke Carlson im Ball-Foyer.
Paul Conchas in seiner Scene im Bivouak.
Robinson Baker-Trio Springer.
Cincinnati Jongleur.
Helene Land Vortrags-Soubrette.

Costantino Bernardi
Verwandlungsschauspieler
Sigwart Gentes Humorist.
Orford Wunder-Elefanten.
Peschkeff-Truppe Russische Tänzer.
Die Blumenkönigin Tanzdivertissem.
Biograph.

Reichshallen
Stettiner Sänger
Zum Schluss: **Reu!**
Cirkus Lenz und Cirkus Busch.
Anfang: 8 Uhr.
Sonnenabend: 7 Uhr.

Sanssouci.
Kottbuser Thor — Stat. der Hochbahn.
Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Nach jeder Solree:
Tanzkränzchen.
Dienstag, den 12. April:
Keine Vorstellung.

Herrnfeld-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Anfang 8 Uhr.
Am andern Morgen!
Nachspiel zu „Nur eine Nacht!“
Komödie von K. und D. Herrfeld.
Vorher:

Neue freie Volksbühne.
Sonntag, den 10. April, abends 7 1/2 Uhr
in Louis Kellers Festsälen, Koppenstrasse No. 29
Frühlings-Fest
(Operetten-Konzert und Lebende Lieder).
Mitwirkende: Dr. Guedenfeldt, Carola Galsier, Klara Paul, Eise Schütt, Grete Böttcher und das gesamte **Berliner Sinfonie-Orchester.**
Nach dem Konzert: **TANZ.**
Eintrittskarten für Mitglieder a 50 Pf., Gäste a 60 Pf. sind in allen Zahlstellen zu haben.
Extra-Vorstellungen:
Sonntag, den 17. April, nachm. 3 Uhr, im Neuen Theater:
Serenissimus-Zwischenspiele.
Liebesträume. — Kollegen. — Don-Carlos.
Eintrittskarten für Mitglieder und Gäste sind in allen Zahlstellen sowie beim Kassierer zu haben.
Der Vorstand. I. A.: H. Neft, Kassierer, Veteranenstr. 6.
Sonntag, den 24. April, nachm. 3 Uhr, im Schiller-Theater N.:
Kollege Crampton.
Schauspiel von Gerhard Hauptmann.
Eintrittskarten für Mitglieder und Gäste sind in allen Zahlstellen sowie beim Kassierer zu haben.
Der Vorstand. I. A.: H. Neft, Kassierer, Veteranenstr. 6.

Frühels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 148.
Sonntag, den 10. April:
Grosse Extra-Vorstellung.
Harburger Sänger
Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Montag 8 1/2 Uhr:
Burmesters Gontha-Ens.
Grosser Theater-Abend.

Königstadt-Kasino
Holzmarktstr. 73, Ecke Alexanderstrasse.
Grosse Extra-Vorstellung
Nur einmalige Aufführung:
Traum der Rose. Liebespiel in 1 Akt.
Die Gebante. Posse in 1 Akt.
Auftreten sämtlicher Spezialitäten.
Keine erhöhten Preise.
Anfang 8 Uhr.

Die Frauen
und die Politik
Von Elly Bruns.
Preis 50 Pf.
Kgl. Hof- und Staatsbibliothek 20 Pf.
In warmen zu Herzen dringenden Worten fordert die Verfasserin die proletarischen Frauen auf zu tätiger Mitarbeit bei den Organisationsbestrebungen der Arbeiter. Die Revolution der Maschine hat die Frau der Ausbeutung des Kapitalismus überantwortet; die Maschine ehret aber auch dem Weg zur Befreiung der Frau aus den ökonomischen, rechtlichen und politischen Fesseln, in die vergangene Zeiten sie gefangen haben. Die Verfasserin zeigt, wie dieses Ziel erreicht werden kann.
Vorwärts Buchhandlung
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69

Marienburger-Geld-Lotterie.
Ziehung:
14.—16. April.
5540 Geldgewinne bar ohne jeden Abzug zahlbar von Mk.
355000
Hauptgewinn: Mark
60000
50000
40000
etc. etc. etc.
Originallose a 3 Mark.
Für Porto und Liste 30 Pf. extra.
Oscar Bräuer & Co. Nachf.
G. m. b. H., Bankgeschäft,
Berlin W., Friedrichstr. 161.
Filialen:
NW. Wilsnackerstr. 63.
O. Andreasstr. 16a.
SO. Oranienstr. 177.

Charlottenburg, Leibnizstr. 3,
Restaurant zur alten Linde.
Warme Speisen zu jeder Tageszeit. [47542*]
A. Röttger.
Zum Sporthaus
Ziegenhals, Post Zenthen.
Fernsprecher: Amt Königs-Wusterhausen 75.
Empfehle den geehrten Vereinen, Fabriken und Gesellschaften mein herrlich am Crossin-See bei Rauchfangwerder gelegenes Lokal zur bewirtschaftenden Saison. Ich bin durch Ausbau und Renovierung meiner Säle, Hallen und Gartens im Stande, bis zu 2000 Personen zu bewirten.
Eigene Waldung, Dampferstege, Kaffeefläche, Regelpöhlen, Bootverleihung, Gelfr. Orchester und Belustigungen aller Art. Speisen und Getränke in bekannter Güte. Zudem ich hoffe, das mir bis jetzt entgegengebrachte Vertrauen auch weiter entgegenzubringen, zeichnet Hochachtungsvoll Max Mörschel.
Bestellungen auf mein Lokal nimmt auch in Berlin, Drefenstr. 39, Tel.-Anst. III, 1813, der Verband Deutscher Galtwirtschaftlichen entgegen.
NB. Billige Dampfer stehen zur Verfügung. 47553*

Prosit! Böhmisches Brauhaus.
BERLIN.

Empfehlen unser helles u. dunkles Tafelbier:
Gambrinusbräu (Münchener)
Nepomukbräu (Pilsener)
Böhmisches Brauhaus NO.
Fass-Abteilung: Landsberger Allee 11/13. T. VII. 5088.
Flaschen- „ Frieden-Strasse 93. T. VII. 1670.
Unsre Original-Abzug-Flaschenbiere in fast allen Kolonialwaren-Handlungen.

Plüsch-Portieren,

gestickt, alle Farben a Garnitur, bestehend aus 2 Shawls und einem Lambrequin, 12 Mk.
25.—, 18.— bis
Velvet-Portieren, m. Applikation, in reicher Auswahl, sehr preiswert.
Tuch-Portieren, 8 Mk.
gestickt, a Garnitur 15.— bis 13.—
Wollene Portieren, 7 Mk.
gestickt, a Garnitur 12.50.— bis 10.—
Gewebte Portieren 1, 25
a Stück 6.—, 4.—, 3.— bis 2.—
Vorjährige Muster und Restbestände für die Hälfte des Preises.
Teppich-Haus
B. Hurwitz,
Rotes Schloss,
vis-a-vis dem Nationaldenkmal.
Telephon 1. 8311.

Gewerkschaftliches.

Bueck oder Vogel?

Die Bueck — die Vogel! tönt das Schlachtfeld in den beiden Lagern der auf Unterdrückung der organisierten Arbeiterschaft...

Die Reichshauptstädtische Korrespondenz meldet aus besonderer Quelle folgendes: Der Einberufer der neutralen Industriellen-Versammlung vom 17. Januar dieses Jahres, Herr Geh. Kommerzienrat Vogel...

Dennoch scheint es, daß wir nicht eine einheitliche, sondern zwei Unternehmerorganisationen bekommen werden, von denen die eine mehr sozialdemokratisch, die andere freihändlerischer sein wird.

Berlin und Umgegend.

Stuttateure! Die laut Annonce am Sonntag um 1/10 Uhr vormittags stattfindenden Jahreshellenbesprechungen der Stuttateure Berlins sollen der Ortsverwaltung durch die Ausfüllung eines Fragebogens Material liefern zur Feststellung, inwieweit unser Tarifvertrag hochgehalten oder durchbrochen wird.

Die Ortsverwaltung des Centralverbandes der Stuttateure Deutschlands (Zentrale Berlin).

Der Streik der Leitergerüstbauer von der Firma Junk u. Co., Charlottenburg, dauert unverändert fort. Die Zahl der Streikenden beträgt 59 Mann. Die Zahl derer, die sich an der Arbeitsniederlegung nicht beteiligen, beträgt inkl. 7 Poliere 13 Mann.

Deutsches Reich.

Die Aussperrungen im Baugewerbe.

Die Generalaussperrung in den Unterweser-Orten ist jetzt völlig durchgeführt. Es arbeiten nur noch einige Poliere, sowie eine kleinere Anzahl alter Gesellen und dann noch verschiedene Lehrlinge.

Die Aussperrten bewahren eine musterhafte Ruhe und Ordnung. Von den unterbezahlten Arbeitern sind bereits eine große Anzahl abgereist, die übrigen werden selbstverständlich von ihrer Organisation unterstützt.

Gerichtsweg verlannt, daß die Unternehmer versucht haben, auch die Werften und den Norddeutschen Lloyd zur Aussperrung ihrer baugewerblichen Arbeiter zu bewegen.

Daß übrigens der jetzt geführte Schlag seitens des Unternehmervereins von langer Hand vorbereitet war, beweisen klar und deutlich die Bemühungen des Unternehmer-Arbeitsnachweises, auswärtige Arbeiter heranzuziehen. Schon seit Wochen erscheinen in den verschiedensten auswärtigen Zeitungen Inserate, durch die Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter für die Unterweser-Orte gesucht werden.

Es ist zweifellos, daß auch jetzt von Seiten des Arbeitgeberverbandes, von seinem Arbeitsnachweis sowohl wie von den einzelnen Unternehmern die größten Anstrengungen gemacht werden, von auswärtigen Arbeitskräfte heranzuziehen.

In Königsberg hat sich die Situation nicht wesentlich geändert. 187 Bauhilfsarbeiter haben die Baupläne freiwillig verlassen, ca. 300 Mann sind von den Meistern ausgesperrt.

um so die Friedensliebe der Arbeiter zu bekunden und den Kampf auf friedlichem Wege zu beenden.

Zur Malerbewegung. Der Streik der Maler in Hannover dauert fort. Herr Obermeister Großmann veröffentlicht in der „Leipziger Malerzeitung“ einen Bericht über die Situation, in dem es u. a. heißt: „Viele Gehilfen werden zwangsweise vom Streikkomitee aus Hannover abgeschoben.“

Die Lithographen und Steinsetzer, die bei der Abführung Blechballagen- und Maschinenfabrik, A.-G. in Jena, beschäftigt sind, befinden sich seit Anfang dieser Woche wegen Differenzen mit der Fabrikleitung im Widerstande.

Ein Schuhmacherstreik ist in Kiel ausgebrochen. Die Situation ist für die Streikenden überaus günstig. Von 188 am Orte beschäftigten Gesellen haben 83 die Forderung von 26 Arbeitgebern bewilligt erhalten und arbeiten zu den neuen Bedingungen.

Die Grund- und Ackerbauarbeiter in Köln fordern 50 Pf. Stundenlohn bei zehnstündiger Arbeitszeit. Sie haben auf allen Arbeitsplätzen, wo sie organisiert sind, die Arbeit einmütig niedergelegt.

Die Crimmitschauer Fabrikanten sind keine absoluten Gegner der Koalition. Sie haben sich nicht nur selbst eine festgestigte Organisation geschaffen, sondern auch jetzt die „Arbeitswilligen“ organisiert. Die Organisation der „nützlichen Elemente“ betreiben sie sogar mit solchem Eifer, daß man diesen in die Wohnungen läuft, um sie zum Eintritt in den neuen Verein zu veranlassen.

Es ist von schwerer Schuld nicht frei zu sprechen. Wer mich an erster Arbeit hindern will, mir kam es vor wie heimliches Verbrechen.

Das dürfte nicht kommen in einem Verein, der von Herrn Lukas Schmidt so protegiert wird, von dem Vorsitzenden des Spinner- und Fabrikanten-Vereins, der 7000 fleißige Arbeiter und Arbeiterinnen strapellos auf die Straße warf, sie an erster Arbeit hinderte und nicht das heimliche, sondern vor aller Welt das öffentliche Verbrechen beging.

Ausland.

Die Aussperrung der Buchbinder Dänemarks dauert sowohl in der Hauptstadt, als auch in den Provinzstädten unverändert fort. Die Generalversammlung des Buchbinder-Fachvereins in Kopenhagen hat die in der gemeinsamen Sitzung der Vertreter der beiden Parteien aufgestellten Einigungsvorschläge verworfen.

Die Maler in Helsingborg haben am Sonnabend die Arbeit niedergelegt, nachdem es nicht gelungen war, die Meister durch Verhandlungen zur Anerkennung ihrer Hauptforderungen: Erhöhung der Stundenlöhne von 42 auf 47 Öres und Regelung des Lehrlingswesens, zu veranlassen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Schöneberg. Am Sonntag findet in allen Bezirken unseres Ortes eine Flugblattverbreitung statt. Treffpunkt früh 1/8 Uhr in folgenden Lokalen: Ständer, Hohenstaufenstr. 79; Schilling, Kyffhäuserstr. 16; Krüger, Vorderstr. 9; Döring, Werkeburgstr. 7; Döb, Weiningerstr. 8; Horlemann, Kaiser Friedrichstr. 8; Reimer, Hohenfriedbergstr. 23; Hauser, Sedanstraße 60; Dittmeyer, Sedanstr. 71a; Hoffmann, Poststraße 25; Koll, Sponholzstr. 24.

Wilmersdorf. Die Flugblattverbreitung am heutigen Abend 7 Uhr findet nicht nur, wie gestern irrtümlich angegeben, von Bittes Volksgarten, sondern von allen bekannten Lokalen aus statt.

Waldmannsland. In der Sonntagnachmittag 4 Uhr bei Kleefen in Hohen-Neuendorf stattfindenden Versammlung des Wahlvereins spricht Genosse Davidsohn über die Arbeiter und die Kunst. Gäste haben Zutritt.

Eichwalde. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins fällt diesen Monat aus. Sonntag, den 10. April, nachmittags 4 Uhr, ist eine öffentliche Vollversammlung bei W. Heinrich, Pantels Abloge (Bahnhof Reuthe). Reichstags-Abgeordneter Fritz Zubeil spricht über: Der Kampf gegen die Sozialdemokratie.

Neuenhagen an der Ostbahn. Die Parteigenossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß die nächste Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins nicht am 10. d. M., sondern am Sonntag, den 17. d. M., stattfindet.

Lokales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Die gestrige Sitzung der Stadtverordneten begann mit der Beratung einer Pausage, bei der es wieder nicht ohne einiges Geplänkel gegen den teuren Stadtbaurat Hoffmann abging.

Vorsitzer Langerhans zu kospispielig, und so bemühte sich denn der alte Herr, zu zeigen, wo man sparen könne. Baurat Hoffmann wies mit seinem Humor nach, daß gerade die Ausführung der Vorschläge des Herrn Langerhans mehr Kosten verursachen würde, und er blieb bei der Abstimmung Sieger.

Es folgte eine lange Debatte über die Wahl des Hoteliers Leis zum Stadtverordneten. Der Wahlprüfungsausschuß hatte diese Wahl trotz der eingegangenen Proteste für gültig erklärt, aber das Plenum hatte ihm die Sache zu nochmaliger Beratung zurückgegeben.

Der freisinnige Mehrheit eine Reihe bitterer Wahrheiten, die man auf gegnerischer Seite einsteckte, ohne zu mucken. Herr Galland (alte Linke) meinte, die Stadtverordneten-Versammlung sei doch nicht dazu da, den Protestführern ihr Material zu beschaffen, und sein Fraktionskollege Dove äußerte sich in ähnlichem Sinne.

Ein paar Sachen hat er summarisch ab, aber als er bei der Vorlage über die Vermehrung der Feuerwehre in gleicher Weise verfahren wollte, erhob Genosse Singer Einspruch und forderte regelrechte Beratung.

Herr Fischbeck und der „Zuhälter“.

Unsre Nachtragsbemerkungen zu der Stadtverordneten-Sitzung vom 23. März, in der der Stadtrat Fischbeck die im „Vorwärts“ (2. März) gegebene Schilderung einer Ausweisung aus der Geschlechtskranken-Station des städtischen Obdachs dadurch zu entkräften suchte, daß er den ausgewiesenen D. als Zuhälter bezeichnete, haben bei der „Freisinnigen Zeitung“ und ihren Hintermännern die Wirkung hervorgerufen, die wir erwartet hatten.

Der Verfasser der durch die „Freisinnige Zeitung“ gegebenen Antwort sucht sich aus unsren Angaben über die persönlichen Verhältnisse des „Zuhälters“ alles heraus, was ihm in den Kram paßt, und verschweigt alles, was seinem Zweck nicht dient.

Genannte Stellen der Fischbeck'schen Rede — Stellen, die der Redner in seiner Eigenart zeigte — sind in dem erst jetzt erschienenen amtlichen stenographischen Berichte teils in milderer Form, teils mit Auslassungen wiedergegeben.

Hätte der Mitarbeiter der „Frei. Ztg.“ seine Nase in unsern Bericht gesteckt, dann hätte er auch gesehen, daß die Kennerung, die D. dem ärztlichen Leiter der Station ins Gesicht schleuderte, ziemlich vollständig darin enthalten ist.

Wenn man's ihm vorher zugesagt hätte. In der „Fr. Ztg.“ wird jene unheimliche Neugierde als ein Ausfluß „frecher Benehmens“ bezeichnet. Auch Herr Fischbed trug sie am 23. März in entsprechendem Tone vor — und wir müssen sagen: der Ton gelang ihm nicht übel und erzielte seine Wirkung — doch ein parteiloses, nüchternes Beurteilen wird zugeben, daß ein solches Benehmen eher auf Verächtlichkeit hindeutet. Das mag dem ärztlichen Leiter der Geschlechtskranken-Station entgangen sein, aber man kann eben nicht alles von ein und demselben Arzte verlangen.

Nicht wird von uns „bestätigt“, daß D. wegen dieser Neugierde ausgewiesen worden sei. Er ließ sich erst zu ihr hinreichend, als ihm wegen der Umlaubsüberschreitung seine Ausweisung angelündigt worden war. Und hierum handelt es sich! Wäre man ihm weniger schroff entgegengetreten, hätte man ihn in Ruhe angehört und austreden lassen, so hätte er sich wahrscheinlich doch anders benommen. Aber man hatte ja schon, als er den Umlaub nachsuchte, die von ihm angegebenen Gründe, obwohl er eine eben eingelaufene, von seiner Tochter abgeordnete Postkarte als Beweis vorlegte, für Schwindel gehalten und ihm das auch nicht verhehrt. Es ist unzulässig, daß der „kurze Prozeß“, den man mit dem Manne gemacht hat, von den Ärzten mit einem nachträglichen „frechen Benehmen“ und von Fischbed gar damit entschuldigt wird, daß D. sich hinterher als „Zuhälter“ (was noch gar nicht bewiesen ist) entpuppt habe.

Wir wiederholen hier, was wir am 2. März sagten. Daß in den Krankenhäusern die „Disciplin“ in einer lediglich bürokratischen Weise gehandhabt wird, widerspricht dem Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege. Fischbed sprach von dem „Zuhälter“, der im „Vorwärts“ den Vertreter seiner Interessen gefunden“. Es handelte sich hier um die Interessen nicht eines einzelnen, sondern der Gesamtheit — was Herr Fischbed freilich nie sapieren wird.

Der Direktor der Philharmonie, Herr Ludovico Sacchetti, ist in der Nacht zu gestern gestorben. Er hat gemeinsam mit dem Direktor Landecker die Philharmonie ausgebaut und zu dem berühmten Konzertsinstitut, das es heute ist, hergerichtet.

Zum Diebstahl auf der Reichsbahn ist mitzuteilen, daß der Postkoffer wieder in den Besitz seines Eigentümers gekommen ist. Gestern erhielt er die Tasche, die von einem unbekanntem Abfahrer auf dem Postamt 2 aufgegeben war, wieder zugestellt. Sie enthielt nicht nur die beiden Wechsel, sondern auch die sechs Hundertmarkscheine. Der Mann, der sie besaß, traute sich wohl nicht mehr, eins der Papiere auszugeben, nachdem er in den Zeitungen gelesen hatte, daß sie gesperrt waren. Er mußte auch damit rechnen, daß die Nummern der Scheine bekannt waren.

Aus dem Reiche des Herrn Bubbe. Ein großer Speicherbrand entstand Mittwochabend 1/9 Uhr auf dem alten Lehrter Güterbahnhof an der Lüneburgerstraße und beschäftigte die Wehr bis heute mittag. Der 1/2stündige langgestreckte Schuppen ist erst vor zwei Jahren von dem Kaufmann H. Wolf aus Steinfachwerk aufgeführt und barg mehrere tausend Centner Lumpen und Papier. Als das Feuer bemerkt wurde, schlugen die Flammen bereits an allen Ecken durch das leichte Pappdach. Brandmeister Hammer war mit seinem Löschiuge aus der Turnstraße bald zur Stelle und gab angefangen des großen Brandherdes sofort die Meldung „Mittelfeuer“, worauf die ganze vierte Compagnie unter Leitung des Wandinspektors Julius herbeieilte. Am hellen Tag wieder die alte Kalamität ein, nämlich der Mangel an Hydranten auf dem Bahngelände. In Schlauchleitungen von mehr als fünf hundert Meter mußte das Wasser teilweise herangeschleppt werden. Die Abschöpfung gestaltete sich langwierig, obgleich sechs Mähre in Tätigkeit waren. Einzelnen mußten die glimmenden Balken auseinander und ins Freie gezogen werden. Hierbei litten die Löschmannschaften stark unter Qualm und Rasse. Zwei Pferde waren rechtzeitig aus ihren Ställen in Sicherheit gebracht. Im Laufe der Nacht wurden die einzelnen Löschiuge wiederholt abgelöst. Ueber die Entstehungsurache des Feuers ist nichts ermittelt. Seit Jahren kämpft die Verwaltung der Feuerweh für die Herstellung von Hydranten auf dem Gelände des alten Lehrter Güterbahnhofes an der Lüneburgerstraße. Alle in dieser Richtung bei der zuständigen Eisenbahn-Behörde erhobenen Vorstellungen blieben bisher unbeachtet, so daß sich der Feuerweh-Offiziere nachgerade eine große Erbitterung bemächtigt hat. Die Bahndirektion verpagt die Stadtbahnbedürfnisse, erteilt die Genehmigung zur Errichtung von Zumpenspeichern in der Nähe der Bahngelände, hat ihre eigene Polizei, die sich in nichts hineinreden läßt, und wenn dann auf ihrem Gelände ein Brand ausbricht, der bei vorhandenem Wasser und Hydrantenleitungen vielleicht im Keime erstickt werden könnte, so überläßt sie es ruhig der Feuerweh, das benötigte Löschiittel aus weiter Entfernung herbeizuholen. In den letzten Jahren kamen wiederholt sowohl in den benachbarten Bahnhöfen, wie auch auf dem freien Gelände, erhebliche Brände zum Ausbruch, die für die Feuerweh immer dieselbe Wasserkräftigkeit im Gefolge hatten. Dabei birgt die Anlage eines Zumpenspeichers auf dem Bahnrörper schon Feuergefahr in sich. Balken von Papier und Lumpen, die oft tagelang im Freien liegen, können von den Funken vorbeifahrender Lokomotiven entzündet werden. Ob nun die Bahnbehörde dem dringenden Verlangen der Feuerweh nach der Anlage von Hydranten nachkommt? Als einzige Entschuldigend wäre anzuführen, daß der Kampf gegen ebendiese soziale demokratische Eisenbahnarbeiter die Zeit der Behörde voll auf in Anspruch nimmt.

Gegen den Heilgehilfen Hugo Walter, welcher beschuldigt ist, seine Ehefrau in der Nähe von Dellgow-Döberitz mit Vorsatz und Ueberlegung getötet zu haben, ist nunmehr die Anlage wegen Mordes erhoben worden. Die Strafsache wird an einem noch näher zu bestimmenden Tage in der am 17. April am Landgericht II beginnenden neuen Tagung des Schwurgerichts zur Verhandlung kommen. Den Vorsitz wird Landgerichtsdirektor Grabs v. Haugsbork führen, die Verteidigung haben die Rechtsanwälte Dr. Henry Silberstein und Morris übernommen.

Unter schwerem Verdacht wurde im Anschluß an die Liebestragödie im Treptower Park, über die wir gestern berichteten, der 21 Jahre alte Fabrikarbeiter Otto Lehmann aus der Königsbergerstraße festgenommen. Der Wächter, der das vergiftete Mädchen im Park aufsuchte, traf später Lehmann ebenfalls im Park und führte ihn nach der Wache. Heute wurde der junge Mann der hiesigen Polizei zugeführt. Nach seiner Darstellung, die durch die Vernehmung der beiderseitigen Angehörigen untersucht wurde, wollte das Mädchen gemeinsam in den Tod gehen, weil es sich nach durchschwärmter Nacht nicht wieder nach Hause traute. Lehmann hatte aus dem galvanischen Fabrik, in der er arbeitete, Chankali mitgebracht. Am sich die Feiertage über vergnügen zu können, hatte er seinem Bruder ein Portemonnaie mit 6 M. weggenommen, während das Mädchen die Kasse der Wächter erlöscherte. Um sich Mut anzurufen, kauften sich die Lebensmüden eine Flasche Cognac und tranken davon einen großen Teil. Dann mischten sie Chankali in den Rest. Nachdem das Mädchen getrunken hatte und sich in Krämpfen wand, bekam Lehmann Angst und lief davon, um sich nach Hilfe für seine Geliebte anzusehen. Unterdessen kam der Wächter und nahm sich ihrer an.

Zu dem Verschwinden des Rechtsanwalts Vensher wird berichtet, daß die Angelegenheit sich durchaus harmlos aufklärt. Herr Vensher hat sich keiner Verfehlungen schuldig gemacht, sondern ist in einer Potentatengelegenheit nach New York gereist und hat von dort bereits Nachricht nach hier gelangen lassen.

Eine gute Waise hatte ein Taschendieb gewählt, der gestern auf dem Bahnhof Friedrichstraße entlarvt wurde. Ein gebrechlicher alter Herr mit weißem Haar und Bart hielt sich auffallend lange auf dem Fernbahnsteig auf und mischte sich gerade dann unter die Fahrgäste, wenn sie sich im letzten Augenblick zum Einsteigen vor dem zur Ab-

fahrt bereit stehenden Zuge drängten. Er schien sehr unbeholfen zu sein und in einer Weise, die Mitleid erregte, bald hierhin bald dort hin gestoben zu werden. Einem Kriminalbeamten aber, der den Verkehr beobachtete, kam es sonderbar vor, daß der würdige Greis wiederholt den Anblick veräumte, obwohl er doch vor dem Zuge stand. Er schenkte ihm daher seine besondere Aufmerksamkeit und sah dabei u. a., wie er die Kette hinuntergehend, einem Reisenden, der ihm mit offenem Munde und Ueberzieher begegnete, in die Arme hineinstolperte und sich dann mit vielen Verbeugungen entschuldigte. Der alte Herr hatte Gelegenheit gehabt, die Wustfaffen des Reisenden zu untersuchen, aber nichts gefunden. Dann wandte er sich einer Dame zu, öffnete behutend ein Täschchen, das sie am Arme trug und hatte es sicher geleert, wenn er nicht jetzt, unmittelbar vor Abgang des Zuges, wirklich einen Stroh bekommen hätte. Nun wachte der Beamte genug, nahm der Greis beiseite und brachte ihn nach dem Alexanderplatz. Hier erkannte man ihn wieder als einen alten Taschendieb, einen 71 Jahre alten früheren Agenten Josef Wiesinger aus Oestreich, der erst vor kurzer Zeit das Gefängnis verließ. Nach der Entlassung legte Wiesinger, der wahrscheinlich auch schon auf andern Bahnhöfen „gearbeitet“ hat, seine Gebrechlichkeit ab und wurde wieder ganz rüstig.

Von einem Omnibus überfahren und getötet wurde der frühere Steinbruder Arthur Veresius, der seit vier Jahren von seiner Frau geschieden war und mit seiner Mutter zusammen in der Briesenerstraße Nr. 9 wohnte. Der 46 Jahre alte Mann, der seit einigen Jahren Invalide war, hatte am Mittwoch in einer Gastwirtschaft einige Schriftstücke bearbeitet. Auf dem Heimwege wurde er um 7 1/2 Uhr abends von einem Omnibus überfahren und so schwer verletzt, daß er auf dem Wege nach der Charité starb.

Ein Selbstmordversuch im Tiergarten erregte gestern, Donnerstag, nachmittag Aufsehen unter den zahlreichen Spaziergängern. Auf dem Floraplatz schoß sich ein unbekannter Mann von etwa 50 Jahren eine Revolverkugel in die rechte Schläfe. Obwohl das Geschloß den Kopf durchschlug und an der linken Seite wieder heraustrat, blieb der Verwundete noch am Leben und wurde von einem Schutzmann nach der chirurgischen Klinik der Charité gebracht. Anhaltspunkte zur Feststellung seiner Persönlichkeit wurden noch nicht gefunden. Der Unbekannte scheint seiner Kleidung nach dem Mittelstande anzugehören. Er ist kräftig gebaut, mittelgroß und unterseht und hat einen blonden Schnurrbart.

Große Aufregung rief der Zusammenstoß der Droschke Nr. 1485 mit einem Omnibus in der Leipzigerstraße an der Friedrichstraße hervor. Das Pferd wurde scheu, warf die Droschke gegen den Omnibus und der Reiter blieb mit schweren Verletzungen am Boden liegen. Das Pferd rannte im Galopp die Friedrichstraße hinauf und wurde an der Zimmerstraße wieder eingefangen.

Im Ostend-Theater ist ein Direktionswechsel eingetreten. Herr Carl Weiß, der einstige Komiker des Adolf Ernst-Theaters, hat die Leitung niedergelegt und ein Herr Direktor Fischer führt das Szepter. Ob irgend ein Programmwechsel kommen wird, steht dahin; die erste Vorstellung unter der neuen Direktion, die Mannstädt's alte Fosse „Die schöne Ungarin“ in erträglicher Darstellung brachte, kündete noch gar nichts an. Und doch hätte gerade in diesem Reiztempel ein Wandel dringend not. Jetzt soll das Theater den Namen „Bürgerliches Schauspielhaus“ führen. Das sagt ja auch noch nichts. Das Institut hat manchen Namenwechsel erlebt, doch ist es sich in einem immer treu geblieben, nämlich in seinem Charakter als dramatische Schredenslammer. Wenn irgend ein Kummel los war, wurde er unter den Frankfurter Linden dramatisiert und zwar ungefähr nach denselben Grundsätzen, die früher bei großen Nordthäten für Deutschlands Verfallensmänner maßgebend waren. Als 1885 der Sensationsprozeß gegen den Märchenmaler Professor Graf vor sich ging, wurde im Ostend-theater prompt ein Drama „Modelle“ aufgeführt; nicht lange dauerte es und die Heldin des Prozesses, Bertha Rothel, betrat selber die Bühne. Im Jahre 1888 übernahm Direktor Weiß die Leitung des Theaters. Aber auch er konnte sich während seiner kurzen Direktionsführung nur mit Sensationsstücken über Wasser halten. Als besonders entsetzliches Merkmal aus dieser Zeit sei erwähnt, daß im Mai 1890 der frühere Scharfrichter Strauß als Held des von ihm selbst fabrizierten Stüdes „Der Scharfrichter von Berlin“ im Ostend-Theater mimte. Auch unter der Direktion Max Samst hielt die Vera der Gelegenheitsstücke an. Im Jahre 1892 setzte die Kellnerinnen-Bewegung ein und stugs gab es ein Stück „Die Kellnerinnen von Berlin“; einige Zeit später kam der Alexianer-Prozeß, und auch dies Ereignis wurde dramatisiert. Und so bis heute. Die „freie Volkshöhle“ hielt im Ostend- oder damaligen National-Theater ihre Vorstellungen ab; aber von einem irgendwie sittigen Einfluß dieser Institution auf die Bühne war keine Rede. Dabei war Herr Samst ein ganz vornehmer Schauspieler, der auch in klassischen Stücken wohl seinen Mann zu stehen wußte. Herr Carl Weiß fing mit einem patriotischen Kolonialstück an und verlegte sich dann namentlich auf die Dramatisierung der „Tafel-Anzeiger“-Romane. Doch auch dies Geschäft scheint nicht viel eingebracht zu haben. Wird jetzt der alte Baden weiter gesponnen werden bis zu dem Tage, wo der Aufenthalt in dem auch äußerlich recht ramponierten Hause lebensgefährlich geworden ist?

Die Lust an der Parodie. Die Unfreiheit der deutschen Doffenheit erstickt die künstlerische Satire auf das öffentliche Leben, soweit die Bühne in Betracht kommt. Das gewaltsam erstüde Recht macht sich nun auf politisch erlaubte Weise derart Luft, daß zwar nicht das Leben, aber das Theater parodiert wird. So klammerlich dies Surrogat ist, so charakteristisch ist es, daß selbst der Reichshelf vom Publikum anherordenlich beborzugt ist. Daher die Erscheinung, daß auf der vornehmsten Spezialitätenbühne Berlins, im „Wintergarten“ das April-Programm in überwiegendem Maße solcher Parodie gewidmet ist. Neben dem aus dem Vormonat übernommenen Verwandlungskünstler Bernardi, der — 22 Personen in einer — gleich ein ganzes Spezialitätenprogramm parodiert, erscheint die „Vortrags-Tourette“ Lene Land, die mit kräftiger Gestaltung das Heberbrett, den Otto Reutter, die Duse kopiert, die letztere so genau, daß die spottende Nachahmung schon fast ernsthaft wirkt. Als dritter im Bunde tritt Siegwart Gentes auf, der mit außerordentlich wandlungsfähiger Stimme und frischem Temperament eine ganze Oper auszugeweiht zur Aufführung bringt und den Familien-dittantismus lustig verpöttelet — zum größten Behagen der Zuschauer. — Von den andern Spezialitäten des April-Programms sind zu nennen: die Hellme-Truppe, italienische Akrobaten, die mit Menschen wie mit Federbällen spielen; das Robinson Vater-Trio, Springer, die in den Weinen Sympyngedern zu haben scheinen, und der bekannte „Arme Herules“ Paul Conchas, der mit Armen, Kopf und Nacken centnerschwere Granaten jongliert, als wären es Glacehandschuhe. Die Heberwindung der Schwere und Wasse durch disziplinierter Kraft, das Problem aller Akrobatenkunst, feiert schließlich auch in drei „Wundererfanten“ Triumphe, die fast ohne Einwirkung des Dressiers wie die Fudel ihre Mäunchen machen und ihre ungeheure Körperfälle soweit dänbigen, daß sie kleine Theater-scenen — eine Feuersbrunst — gewandt exekutieren.

Aus den Nachbarorten.

Die landhausmäßige Bebauung für einen Teil des Schöneberger Gemeindegebietes ordnet eine neue Polizeiverordnung an, die als Nachtrag zur Baupolizei-Ordnung für die Stadt Charlottenburg und andre Gemeinden soden vom Berliner Polizeipräsidenten erlassen worden ist. Die Beschränkung umfaßt das Gebiet, daß im Norden von der Erfurterstraße, im Osten von der verlängerten Martin Lutherstraße, im Süden von der Straße R und im Westen von der verlängerten Bamberger (früher Postauer) Straße umschlossen wird. Abgesehen von Nebenanlagen dürfen hier nur Gebäude errichtet werden, die ausschließlich oder zum überwiegenden Teile Wohnzwecken dienen und ganz oder an drei Seiten freiliegen. Die Einrichtung von Werkstätten, Geschäftsläden und Fabrikanlagen ist verboten.

Schöneberg. Am kommenden Sonntag, abends 7 1/2 Uhr, findet in der Aula der Hohenzollernschule, Eisenacherstraße, der nächste vollständige Kunstabend statt. Es gelangen zum Vortrag Szenen aus „Ara“, „Geipenfer“ und „Vollstünd“ von Henri J. Ben. Billets zum Preise von 30 Pf. sind in der Parteispedition, Martin Lutherstr. 51, zu haben.

Gerichts-Zeitung.

Der Victoria-Prozeß. Nach viermaliger Vertagung stand gestern wiederum Termin zur Hauptverhandlung gegen den Ingenieur Adolf Hejn wegen Verleumdung der Direktoren der Versicherungsgesellschaft „Victoria“ an. Als Nebenkläger waren Generaldirektor Gerzenberg und die Direktoren Thon und Brunwald zugelassen, als deren Vertreter war Rechtsanwalt Siegmann, als Verteidiger Rechtsanwalt Jüngst anwesend, dagegen fehlte der Angeklagte. Dieser hatte, nachdem schon dreimal der Termin vertagt werden mußte, auch den vierten durch Einsetzung eines Krankheitsattestates vereitelt und der Gerichtshof hatte das letzte Mal beschloffen, den Angeklagten vorführen zu lassen. Zum gestrigen Termin traf eine polizeiliche Depesche ein, wonach die Vorführung unmöglich sei, da der Angeklagte im Bette liege und behaupte, krank zu sein. Der Verteidiger hatte Tags zuvor eine gleiche, eilige Mitteilung an das Gericht gelangen lassen und um Aufhebung des Termins gebeten. Er hatte angegeben, daß der leidende Angeklagte infolge eines Streites mit seinem künftigen Hochgradig verübt und nicht im stande sei, zum Termin zu erscheinen. Ein gestern bei Gericht einlaufendes ärztliches Attest sprach davon, daß der Angeklagte magenkrank sei. Bei dieser Sachlage beantragte der Staatsanwalt nunmehr die Verhaftung des Angeklagten, da dieser schon seit Februar vorigen Jahres offenbar alles aufbiete, um eine Verhandlung zu vereiteln. — Der Verteidiger trat diesen Anträge entschieden entgegen, versicherte, daß der Angeklagte krank sei und gab anheim, den Gesundheitszustand durch den Gerichtsarzt feststellen zu lassen. — Der Gerichtshof beschloß, auch diesen fünften Termin wieder zu vertagen und weitere Ermittlungen über den Gesundheitszustand des Angeklagten anzustellen.

Ganz durchtriebene Schwindelereien hat der ehemalige Fabrikant Gustav Vishoff in Scene gesetzt, der gestern wegen Betruges und verurtheilt wurde der zweiten Strafammer des Landgerichts I vorgeführt wurde. Er verübte zur Zeit eine ihm wegen Glücksspiels auferlegte viermonatige Gefängnisstrafe. Er ist auf irgend eine Weise in den Besitz von Briefbogen gelangt, auf denen sich die Firma des Oberstabsarztes Dr. Kimmle befindet. Auf einem dieser Briefbogen machte er eines Tages bei der bekannten Firma Anschütz eine Bestellung, wonach das altliche und inaktive Sanitätscorps des zweiten Eisenbahn-Regiments einem Kollegen zu seinem Jubiläum einen photographischen Apparat im Werte von 4—500 M. zum Geschenk machen sollte. Zu diesem Behufe wurde die Firma Anschütz ersucht, zwei derartige Apparate nach dem Dienstgebäude des Eisenbahn-Regiments zur Auswahl zu schicken. Dieser Auftrag wurde dann telefonisch dahin abgeändert, daß beide Apparate in die Privatwohnung des Oberstabsarztes Dr. K., Potsdamerstr. 71, gefandt werden möchten. In diesem Hause hatte der Angeklagte kurz vorher als angeblicher Verwandter des Oberstabsarztes Dr. K. angeblickt für diesen auf kurze Zeit eine gerade leerstehende Wohnung gemietet. Er hatte dem Vermieter gesagt, daß der Dr. K. am nächsten Tage die Wohnung beziehen und inzwischen wohl durch den Burshen desselben und andre Personen verschiedene gelaufte Sachen hingebacht werden würden. Dem Portier wurde bedeutet, die Personen nach der Hintertreppe zu weisen. Als nun der Anschütz'sche Bote mit den beiden Apparaten erschien, fand er an der Hintertüre eine hübsch geschriebene Adresse mit dem Namen „Dr. K. Kimmle, Oberstabsarzt“, angeklebt. Auf sein Klopfen öffnete der Angeklagte, nahm dem Boten einen Apparat ab, angeblich um ihn „dem Herrn“ zu zeigen, ging aber damit durch die vordere Wohnungstüre und die Bordertreppe hinauf und ließ sich nicht mehr sehen. Er hat den Apparat schließlich für 45 M. verkauft. Denselben Schwindel versuchte er mit kleinen Abänderungen, aber ohne Erfolg. In dem einen Falle hatte er „für den Jubilar“ eine Uhr und Kette im Werte von 500 M. ausgewählt. Der Bedienstete des Uhrmachers kam nach der Potsdamerstr. 71, als der Angeklagte den ersten Schwindel schon ausgeführt hatte und verschunden war. Als er den angeblichen Herrn Oberstabsarzt nicht mehr vorfand, wandte er sich an das Eisenbahn-Regiment in der General-Pape-Strasse und ersucht dort, daß von einem solchen Jubiläum und solchem Geschenke niemand etwas wisse. Auch der Versuch des Angeklagten, die Firma Sauer u. Sohn zur Lieferung zweier Dreilast-Gewehre für den „Jubilar“ zu bewegen, ging fehl. Schließlich wurde ihm das Uhrgeschäft des Herrn v. Stach in der Hülowstraße zum Verhängnis. Dort erschien er, um für seinen „Bruder“, den Dr. Brillwiz, in der Kurfürstentstraße eine goldene Uhr im Werte von 500 M. zu bestellen. Er wies dabei einen Brief mit dem Firma-Aufdruck eines hiesigen Rechtsanwalts vor. Der Brief war von der angeblichen Frau des Rechtsanwalts, die die Schwester des Angeklagten sein sollte, geschrieben und bezog sich auf die Uhr. In Wahrheit hatte ihn aber der Angeklagte geschrieben. Befagter Rechtsanwalt hatte den Angeklagten einmal in einer Armenjache vertreten und letzterer hat dabei wohl Gelegenheit gefunden, sich einige Briefbogen anzueignen. Herr v. Stach kam die Sache etwas verdächtig vor und als der Angeklagte sich entfernen wollte, angeblich um an seine Schwester zu telephonieren, wurde ihm das Geschäftstelephon zur Verfügung gestellt. Von dort sprach er nach dem Bureau des Rechtsanwalts, der Inhalt des Gesprächs war aber so nichtsagend, daß sich der Verdacht gegen ihn verhärtete. Als er sich entfernt hatte, setzte sich v. Stach mit dem Rechtsanwalt in Verbindung und auf seine Anfrage wegen der Bestellung erhielt er den Bescheid, daß der Besteller offenbar ein Schwindler sei und festgenommen werden solle. Dies geschah denn auch bald. Ein Kriminalschutzmann begleitete einen Boten des Geschäfts nach der Kurfürstentstraße und pflanzte sich auf der Bordertreppe auf. Der Bote, dem ein inhaltsloses Valisehen mitgegeben worden war, wurde an der Hintertüre der Wohnung von dem Angeklagten empfangen, der ihm das Paket abnahm und wieder über die Bordertreppe entkommen wollte. Hier wurde er aber von dem Kriminalbeamten in Empfang genommen und zur Wache gebracht. Er war im gestrigen Termin geständig. Der Staatsanwalt beantragte 6 Monate, der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu 3 Jahr Gefängnis.

Ein großer Wucher und Betrugsprozeß hat Mittwoch vor der Strafkammer des Landgerichts zu Essen begonnen. Die Hauptangeklagten sind zwei Brüder, der Bautechniker und Agent Jakob Högel aus London, der auch unter dem Namen Dr. J. Engel und J. Arbaces auftrat, und der Schriftsetzer Heinrich Högel alias Henry Engel und A. Arbaces aus London. Daneben sind noch angeklagt: der Kaufmann Georg Hampert (Heerde), Kaufmann Karl Kröger (Reichsheim), Handlungsgehilfe Karl Wegler (Düffelhof), der frühere Rechtsanwalt Dr. jur. August Kolden (Essen), Kaufmann Arnold Köcking (Köln), Kaufmann Albrecht Hoffmann (Berlin), Ingenieur Max Albert (Gelle), Kaufmann Wilhelm Nais, zuletzt in Frankfurt a. M. und Hannover ansässig, der Kellner Ernst Dündel (Hamburg) und der Agent Max Widenow (Berlin). Die Mehrzahl der Angeklagten befindet sich seit vorigem Jahre in Untersuchungshaft, die Hauptangeklagten Högel sind im Jahre 1901 nach langen Verhandlungen von England ausgeliefert worden und seitdem in Untersuchungshaft. Die Hauptangeklagten erliegen seit Jahren in den neuesten denkwürdigen Zeitungen Anzeigen, worin sie Ankaufieren und Offizieren, oder auch Gutsbesitzern, Fabrikanten, Kaufleuten Geld auf Wechsel und gegen Bürgschaft zu soliden Bedingungen anboten. Daraufhin melbten sich zahlreiche Geldbesitzer, die Wechsel hergaben und später einlösen mußten, ohne auch nur einen Pfennig Geld erhalten zu haben. Statt dessen erhielten sie wertlose Kure oder Antifeisilcheine. In der Regel traten die Angeklagten als Selbstgeber auf, obgleich sie völlig mittellos waren. Die übrigen Angeklagten sollen den Hauptangeklagten nach den verschiedensten Richtungen Wechsele geleistet haben.

Zu der Verhandlung sind 74 Zeugen, darunter eine Anzahl Offiziere und Mitglieder der Aristokratie, aus ganz Deutschland geladen.

Buchdrucker!

Freitag, den 8. April, abends 8 1/2 Uhr,
in
Louis Kellers Festsälen,
Koppenstraße 29:

Allgemeine Buchdrucker-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Ist der Kampf gegen den Gutenbergbund ein berechtigter? Referent: Kollege Albert Massini.
2. Diskussion.

Bei der großen Wichtigkeit der Tages-Ordnung erwarten wir ein zahlreiches Erscheinen der Berliner Gehilfenschaft. Der Leitung des Gutenbergbundes ist durch Einberufung dieser Versammlung Gelegenheit gegeben, ihre Ansichten in der freiesten und ausgedehntesten Weise zu äußern.

Der Einberufer: Alb. Wachs.

Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

(E. G. 29 Hamburg)
Filiale Berlin II.
Freitag, den 8. April, abends 8 Uhr, im „Märkischen Hof“, Admiralstr. 18c: Ausserordn. Mitgliederversammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die Vorstandsmitglieder der Aufstellung der Kandidaten zur Generalversammlung. 2. Aufstellung eines Kandidaten zur Generalversammlung. NB. Die Wahl der Delegierten findet am Sonntag, den 10. April, von früh 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr bei Böhling, Adalbertstr. 4, statt. Die Ortsverwaltung.
S. H.: E. Fahrwald. 3045

Dr. Simmel, Prinsen-Str. 41, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7, Sonntags 10-12 2-4.

Typographia.

Die Übungsstunde findet morgen Sonnabend, abends 9 Uhr, statt. Erscheinen sämtlicher Sänger notwendig. Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 3353.

Versammlung der Bauanschläger

in Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal I.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Loos über: „Die Entstehung und Entwicklung der Vereinigten Staaten von Amerika“. 2. Diskussion. 3. Brandversicherungsbeitrag. 4. Verbandsangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert. 114/1
Zahlreiches Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

Central-Verband der Maurer.

Zweigverein Berlin. - Sektion Putzer.
Sonntag, 10. April, vormittags 10 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:
Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom I. Quartal 1904. 2. Situationsbericht und Bericht des Vorstands. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Die örtliche Verwaltung. S. H.: H. Neumann.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.

Achtung! Einsetzer! Achtung!

Sonntag, den 10. April, vormittags 10 Uhr, finden in den bekannten Lokalen die Bezirksitzungen statt. Um rege Beteiligung ersucht Die Kommission.
Montagabend 8 Uhr im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Zimmer 2: **Kommissionssitzung.** 82/1

Stukkateure.

Montag, den 11. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Franke, Sebastianstr. 39:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: 173/6
1. Unser diesjährige Frühjahrskonjunktur und die Tarifserhöhungen vom 1. Mai 1904 ab. 2. Diskussion. 3. Die paritätische Arbeitsvermittlung in unserem Berufe. Zahlreiches Erscheinen der Kollegen erwartet. Der Einberufer.

Sonntag, den 10. April, vormittags 1/10 Uhr, in sämtlichen Zählstellen des Verbandes Zusammenkunft der Stukkateure Berlins. Die Ortsverwaltung.

Central-Verband der Maurer Deutschlands.

Sektion der Gips- und Cementbranche. - Gruppe: Rabitzspanner.
Sonntag, den 10. April 1904, vormittags 10 Uhr, bei Jannasch, Injel-Strasse 10:

Versammlung der Rabitzspanner.
Tages-Ordnung: 137/16
1. Vertragserhaltung im allgemeinen. 2. Gewerkschaftliches. 3. Verschiedenes. Erscheinen aller Kollegen dringend notwendig. Der Vorstand.

An alle Dachdecker Berlins und der Vororte!

Gemäß den Bestimmungen unseres Tarifvertrages tritt vom 1. April dieses Jahres eine Lohnserhöhung von 2¹/₂ Pf. pro Stunde ein. Der Stundenlohn beträgt demzufolge 70 Pf.
Wir machen darauf aufmerksam und ersuchen alle Dachdecker, welchen diese vereinbarte Lohnserhöhung vorenthalten wird, unverzüglich Mitteilung an unten bezeichnete Adresse gelangen zu lassen.
Centralverband der Dachdecker Deutschl.
Ortsverwaltung Berlin.
S. H.: G. Höppner, Wilhelmshagenstr. 57. 51/6

Orts-Krankenkasse der Sattler

u. verwandt. Gewerbe zu Berlin.
Sonnabend, den 16. April, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, (Saal I) Engel-Ufer 15:

Ordentl. General-Versammlung der Vertreter der Kassenmitglieder und Arbeitgeber.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes über das vergangene Geschäftsjahr. 2. Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses und Abnahme der Jahresabrechnung. 3. Antrag der Beamten auf Neuorganisation des Dienstleistungsvereins. 4. Verschiedenes. Delegiertenkarte legitimiert. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht 272/10
Der Vorstand.
Albert Tischendorf, Vorsitzender, Dresdenerstr. 107/108.
Walter Dittmann, Schriftführer, Sparrstr. 6.

Kranken-Unterstützungs- und Begräbniskasse der Federzurichter Berlins. (E. G. Nr. 30.)

Sonntag, den 17. April 1904, vormittags 10 1/2 Uhr.

General-Versammlung bei Felnd, Weichstraße 11.

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom I. Quartal 1904. 2. Geschäftliches. 3006
Der Vorstand.
S. H.: Gustav Busse.

Arbeiter-Radfahrerverein „Berlin“.

Sonntag früh 7 Uhr: nach Fürstenuwald, mittags 1/2 Uhr nach Hirschgarten (Radisat). Bei schlechtem Wetter per Bahn. Beide Starte: Schließliche Beside. 12/1

Dr. Schünemann

Spezialarzt für Haut, Horn- und Frauenleiden, Seydelstr. 9, 1/12-1/3, 1/6-1/8, Sonnt. 9-11

Eine Mark
möge die Teilzahlung dieser eleganten fertigen Herren-Roben. Bestellungen nach Maß in kürzester Zeit. Bestellt im Hause.
J. Kurzberg, Neue Königstr. 47.
direkt am Alexanderplatz.

Kleine Anzeigen.

Jedes 5 Pfennig.
Wort: 5 Das erste fettdruckte Wort 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Wäbelerkauf. In meiner Möbel-Fabrik, Griesenaustraße 15, am Hallischen Thor, stehen viele Wohnungs-Einrichtungen, welche ganz billigen Verkauf. Teilzahlung bei ganz geringer Anzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Bei dieser gediegene Einrichtungen für 150, 200, 300, 400 Mark, hoch-elegante von 500 bis 10000 Mark. Ganz besonders empfehlenswert ist der große Vorrat verleiher gewesener und zurückgekaufter Möbel, die noch fast neu und im Preise bedeutend herabgesetzt sind. Kleiderplind 21, Kommode 13, Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit Matratze 20, Küchenspinde, Vertikal 36, Salongarnitur, Küchengeräte 105, Kuschelbettstellen mit Matratzen 40, geschmückte Kassetten, Küchenspinde, Kuchenspieß mit Gattelschalen 33, Schreibtisch 40, Englische Schlaf-stühle, Speisezimmer, Salons, auch Ziermöbel. 2177R

Verkäufe.
Betten, Gardinen, anerkannt preisbilligste Bezugsquelle Handeltreibhaus Weidenweg 19. 155

Stegdecken, Tischdecken, Teppiche preisbillig Handeltreibhaus Weidenweg 19. 155

Regulatoren, Freischwinger, Spiegel, Rückenrahmen preisbillig Handeltreibhaus Weidenweg 19. 155

Taschenuhren, Herrenketten, Damenketten, Schmuckstücke preisbillig Handeltreibhaus Weidenweg 19. 155

Trauringe, Aussteuerwäse preisbillig Handeltreibhaus Weidenweg 19. 155

Bettlatten, Bettbezüge, Bettlaken preisbillig Handeltreibhaus Weidenweg 19. Verkaufszeit bis 9 Uhr abends. 155

Sommerpaletots, Radeltanzgötte, Herrenhosen, Damenhosen, Regen-anzüge, Sportbillig, Handeltreibhaus Weidenweg 19. Verkaufszeit bis 9 Uhr abends. 155

Reklamation mit Vereinszimmer, Grammophon, Wohnung (2 Stuben und Küche), für annehmbaren Preis sofort verkauft. Reimann, Neue Kochstr. 47, Cigarrenladen. 2025

Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. 157

Vorfürliche Herrenanzüge, Winterpaletots, Weinleider, aus feinsten Stoffen preisbillig täglich, zurückgekauft Paletots, Weinleider, Anzüge, Davelods, Joppen entsprechend billiger. Sonntagsvorverkauf. Deutsches Verandhaus, Jägerstraße 63, I. *

Stegdecken kauft man am besten und billigsten direkt in der Fabrik Köpenickerstraße 62, I. 1126

Teppiche! (leberhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Berlin, Fiedlerstr. Markt 4, Bahnhofsstr. 93/22

Garnitur, Tischensofa, verständig Invalidenstraße 120, Seitenflügel I.

Reklamation, Vereinszimmer mit Pianino, Miete 1200, sofort zu verkaufen. Bestlan, Neue Kochstraße 13. *

Waffelmaschinen, Vereinsabzeichen, Turnmäder, extra von Gemahrgeliebten gefertigt. liefert das Gewerkschafts-fabrikat Vorsch, Goll, Spitalstraße 30, Vorsch 1. Bz. 2194R

Garger Anarienthäbne, Fischweischen, junge und sprechende Papageien, auch Tauch. Grundmann, Vogelmarkt, Kommandantenstraße 52.

Röhmaschinen ohne Anzahlung bis 10,00 Vergütung. Vorkasse. Dreiteiliges Thor, Rosenbergsstraße 39. 132

Zwei Karol viertheiliges Damen-betten, Herrenbetten 3,20, große Bettlaken 1,30, Handtücher, Tischtücher, Servietten, Normalwäsche, preisbillig. Wäscheausstattungs-Fabrik Adolph Salomonsh, Diercksstraße 21 (Alex-anderplatz). 139/8

Outgehendes Grünzeuggeschäft, verbunden mit Fahrrad, seit zehn Jahren bestehend, ist sofort veräußerlich. Bestlich, Grünwaldstraße 48, in Schöneberg. 1119

Fahrräder kauft, beleiht, verkauft, Schönhäuser Allee 163a. 108/3

Sofa und gute mahagoni Möbel verkauft sehr billig Reich, Dittmannstraße 20. 2005

Zingermaschine, gut nähend, 12,00. Grünweg 48, IV rechts. 3005

Umständlicher Schlafsofa 18,00, Bancelosa 56,00, Säulenplind 45,00, Tischensofa 36,00, Kuschelbetten komplett 32,00. Schönhäuser Allee 53, parterre. 3115

Sechse eichene Kassetten, andere gebrauchte Möbel zu verkaufen. Wilhelmstraße 13, Hof parterre. 3005

Gardinenplind, Kleiderplind, 4 Stücke billig. Eichenholz, Invalidenstraße 146. 1125

Fahrräder, Röhmaschinen, gebrauchte, nagelneue, Nietenanstrich, preisbillig. Handeltreibhaus Weidenweg 19. 2965

Piano- u. Tapeten, Einleum-Teppich, Einleum-Läufer, Reste. Dolg-marktstraße 52. 2965

Reklamation, gutgehend, frankheitshalber zu verkaufen, Preis 2500, Anzahlung 1500. Offerten bitte unter A. K. Vorkassant 31 einlegen den. 3125

Gardinen, gutes Bett, Teppich, Stoves, Dimandede, Tischschilde, zwei Steppdecken, Uebergardinen, Küchenspinde billig. Hoffmann, Raunons-trasse 52. 3135

Fahrräder, verfallene! Einzig mögliche, den Umständen nach billigste Bezugsquelle bleibt das bestbekannte Leihhaus Neue Schönhauserstraße 11. Näheres, Hausnummer! Ueberfülltes Nebenlager sämtlicher Marken W. K. O-Maschinen, Originalpatent mit Kontinental preisbillig. Brennbohrer in allen Preislagen! Desgleichen Dürkoppäder, Ueberäder, Mars-fahrräder. Gebrauchte Fahrräder 15,00, 20,00, 25,00, neue 55,00, 65,00. Leihhaus, Neue Schönhauserstraße 11.

Vermietungen.

Wohnungen.
Stube, Kammer, Küche, preiswert, I. Kat., Gdertstraße 2, III. 155

Zimmer.
Sommerfrischier. Direkt am Walde und Baffer freundliches Zimmer, leer oder möbliert, Balkonbenutzung, herrliche Aussicht, preiswert, eventuell Pension. Frau Haase, Dammstraße 4, Ober-Schöneweide. 2965

Möbliertes Zimmer, 14 Mark, sofort, Schillerstraße 109 bei Raben.

Schlafstellen.
Freundliche Schlafstelle, einen oder zwei Herren, Schulz, Alte Leipzigerstraße 21, III. 3065

Arbeitsmarkt.
Malermeister verlangt. Beierstr. 7. 2705

Stellenangebote.
Malermeister verlangt. Beierstr. 7. 2705

Tüchtige Schreihauer sofort verlangt Copel, Nordend. 2735

Tüchtige Radfahrer verlangen Quartel u. Paas, Liederstraße 39. *

Tischlerlehrling verlangt Gehrlitz, Mariannenplatz 13. 132

Schriftmaler verlangen Otto Grund u. Co., Wallergasse 3. 2965

Stempelfeher wird sofort verlangt. S. Bernert, Charlottenburg, Wielandstraße 60. 2965

Schlosser oder Mechaniker auf Papier- (auch Hand-) Maschinen wird sofort verlangt. S. Bernert, Charlottenburg, Wielandstraße 60.

Intelligente Herren, welche bereit für den Verkauf von Büchern, Bildern, Röhmaschinen, für Zahlungsgeschäfte und in weiterer Hinsicht waren, sowie im Versicherungs-wesen, finden gute, feste Anstellung, eventuell Tageslohn, (nicht in obigen Artikel), auch als Neben-erwerb. Offerten mit genauen Angaben unter P. 5 an die Expedition dieser Zeitung. 3105

Aufwärterin, laubere, sucht vormittags Rodenbergs, Gdertstraße 14.

Schärzenwärterin, bessere weiße Händer, verlangt Klamm, Peters-burgstraße 25 II. 155

Verschiedenes.

Rechtsbureau! (Andreadplatz), Grünweg vierundzwanzig. Lang-jähriger Gerichtsbeistand! An-zeigung! Eingabengeld! Steuer-beratung! 2925

Rechtsbureau Brunnenstraße vierzig. Langjähriger Prozessbeistand, Chelageladen, Straßlagen, Milken-lagen, Steuerlagen, Eingabengeld, Katerleistung. 2585

Rechtsbureau (Alexander-Platz), Kuznetze achtzehn! Gerichts-laden, Interventionen, Straßlagen! Rechts-büße! Eingabengeld! 135/5

Steuerberatung 0,75! Rechts-bureau Gasserstraße 96, (Rosen-bahnhof). 1565

Unfallfachen, Rechtsbureau Pöcher, Steglitzerstraße fünfundsiebzig, 22198

Rechtsbureau (0,50 Katerleistung), Steuerlagen, Gerichts-lagen, Straß-lagen, Unfallfachen, Schenkerlaubnis, Eingabengeld, Wohnungslagen. Bestl, Brunnenstraße 97. 1110

Zahnärztin C. Gebide, Stargarderstraße 3. 1135

Kunsthoferei von Frau Kolodtz, Steinhilfsstraße 48, Duergebäude kop-parterre.

Wappsteinerung! Sofa 5,00, Matratze 4,00, auch anheimt Hause. Badmann, Blumenstraße 35 b. 21735

Wandliche. Geld auf Verleihen, Verkauf von Teppichen. Müller, Hoffenerstraße 35. 87/5

Wandliche, Schönhäuser Allee 35, Frankfurterstr. 62. 180

Platina, alte Uhren, Goldschmelz, Kuch-geld, Brillanten, sämtliche Reliquie kauft Goldschmelz Brod, Branden-bergstr. 4. 88/5

Patentanwalt Danmann, Cran-kenstraße 57, Kottbusplatz. 3025

Rechtsbureau. Gerichtslehrling, früherer, Andreadstraße 38. Son-ntagsschluss. 3015

Rechtsbureau. Vorsteher, früherer, Gdertstraße 13. Sonntagsschluss. 127

Vereinszimmer nach einige Tage zu vergeben. Schuhmachers Bie-hallen, Reinholdstraße 2a. 3065

Aufwärterin verlangt Beierstr. 7, I. Umh. 132

Zaufmädchen, junges, und Lehr-schulein verlangt Buchgeschäft Köpen-bergerstraße 78. 185

Älteres Mädchen oder Frau ohne Anzahlung zur Hilfe in Restauration sofort gesucht. Frau Oranble, Friedrichsberg, Weiserstraße 45a. 1122

Im Arbeitsmarkt durch besondern Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile.

Gesucht

ein erfahrener **Redakteur,** 43052

der selbständig arbeiten kann. Rednerische Begabung erwünscht. Offerten unter Angabe der Gehalts-anprüche und der bisherigen Tätig-keit sind zu richten an

Paul Hug & Co., Verlag des Nordb. Volksblatt, Bant in Oldenburg.

Buchbinder-Workmeister

mit Vorkriegsgoldung, Farb- u. Präge-druck und Collodierarbeiten ver-stand, im Besonderen langjähriger Zeug-nisse, der sofort verlangt. Offerten an E. L. 1551 Rudolf Mosse, Pringen-straße 41, erbeten. 88/7

Achtung, Holzarbeiter!

Zuzug ist streng fern zu halten von

Bautischlern, Einsehern nach der Werkstatt 81/8

Maass, Vichenberg, Ogen-krasse 55.

Für Tischler, Drechsler, Bildhauer, Polierer, Maschinenarbeiter: Frankel, Waldemarstr. 11, Bruns, Vorkriegsmöbel-Fabrik, Chorinerstraße 26.

Jeder ist Zuzug fern zu halten nach Charlotten-burg, da dort Bautischler und Einseher im Streit stehen.

Verantw. Redakteur: Paul Büttner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Gluck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorkriegs Buchbinder u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.